

## MONTAG, 8. FEBRUAR 2010

**VORSITZ: HERR BUZEK**

*Der Präsident*

*(Die Sitzung wird um 17.05 eröffnet.)*

### 1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

**Präsident.** – Ich erkläre die am 21. Januar 2010 unterbrochene Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für wieder aufgenommen.

### 2. Erklärungen des Präsidenten

**Präsident.** – Mit großer Trauer muss ich Sie über den tragischen Tod von Frau Juarez Boal, stellvertretender Leiterin der Delegation der Europäischen Union für Haiti informieren. Frau Juarez Boal war bis 2002 im Europäischen Parlament tätig. Sie starb bei dem tragischen Erdbeben, das Haiti am 12. Januar ereilte. Dem Erdbeben können insgesamt bis zu 200 000 Menschen zum Opfer gefallen sein. Sie werden sich daran erinnern, dass wir bei der letzten Sitzung vor einem Monat eine Schweigeminute für all diejenigen einlegten, die in dem Erdbeben ihr Leben ließen. Wir wussten zu diesem Zeitpunkt nicht bzw. wir waren uns nicht sicher, dass unter den Opfern ein Mensch sein würde, der so eng mit dem Europäischen Parlament und der Arbeit der Europäischen Union verbunden war - Frau Juarez Boal.

Gestern wurde die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine abgehalten. Während wir noch auf die offizielle Bestätigung der Wahlergebnisse warten, möchte ich die Ukrainer zur Durchführung von freien und transparenten Wahlen beglückwünschen. Das zumindest besagen die Berichte aus der Ukraine. Ich habe noch keine offiziellen Mitteilungen gesehen, aber die Aussagen unserer Kollegen des Europäischen Parlaments, die die Wahlen beobachtet haben, besagen, dass außer einer bestimmten Anzahl von Beanstandungen, die sicherlich Verletzungen der Wahlbestimmungen darstellten, die absolute Mehrheit der Handlungen von jedem, der mit den Wahlen zu tun hatte, verfahrensgerecht waren und die Normen demokratischer Wahlen erfüllten. Dies ist eine sehr große Leistung für die Ukraine. Wir erinnern uns, dass noch vor fünf Jahren alles ganz anders war. Heute wünschen wir der Ukraine, dass ein demokratisch und friedlich gewählter Präsident dem Wohle des Landes dienen wird. Wir möchten zudem die bestmöglichen Beziehungen zur Ukraine aufbauen. Trotz des hohen Ausmaßes an politischer Instabilität in den letzten Jahren ist erkennbar, dass die Demokratie in der Ukraine auf soliden Füßen steht.

Ich möchte diese Gelegenheit auch ergreifen, um alle politischen Kräfte in der Ukraine aufzufordern, ihre Differenzen beizulegen, und zusammen an sozialen und wirtschaftlichen Reformen sowie an Reformen der Gesetzgebung und der Verfassung zu arbeiten und ihre europäische Agenda fortzuführen. Ich wiederhole: Die Europäische Union ist sehr daran interessiert, gute und freundschaftliche Beziehungen zur Ukraine zu unterhalten. Dies betrifft sowohl die künftige Regierung als auch die Opposition. Wir hoffen und erwarten, dass die Ukraine dabei zusammenarbeiten wird. Wir teilen diese Herausforderung und die Verantwortung. Am Mittwoch wird eine Aussprache zur Situation in der Ukraine nach den Wahlen stattfinden. Wir werden uns die Berichte unserer Parlamentskollegen anhören. Den Vorsitz bei der Wahlbeobachtungsmission des Europäischen Parlaments hatte Pawel Kowal inne. Sie waren vor Ort und haben die Wahlen am Sonntag beobachtet und werden uns darüber informieren.

Das Zustimmungsvotum über die neue Europäische Kommission wird morgen stattfinden. Dies wird einer der wichtigsten Augenblicke in dieser parlamentarischen Amtszeit sein. Im Namen unserer Bürger bekunden wir unseren Willen in einer demokratischen Stimmabgabe, und daher ist morgen ein äußerst wichtiger Tag.

Während der Sitzung morgen werden wir auch über die Entschließung zur neuen Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission abstimmen. Der Text dieses Vertrages wurde Ihnen zur Verfügung gestellt. Es ist eine sehr wichtige Rechtsvorschrift, die festlegt, wie beide Institutionen in der nächsten parlamentarischen Amtszeit zusammenarbeiten werden.

Am Mittwoch werden wir eine weitere wichtige Aussprache zur Verarbeitung und zur Übertragung von finanziellen Messaging-Daten in die USA für das „Terrorist Finance Tracking Programme“ abhalten. Den Vorsitz bei dieser Aussprache übernehme ich selbst. Das Europäische Parlament legt außerordentlich großen

Wert auf die Gewährleistung eines ausreichenden Datenschutzes in Bezug auf personenbezogene Daten. Wir wurden direkt von unseren Bürgern gewählt und haben ihnen gegenüber eine Verantwortung, auf der anderen Seite verstehen wir jedoch auch die Bedeutung der SWIFT-Vereinbarung. Diese Prioritäten sollten von allen Mitgliedern dieses Hauses bei dieser wichtigen und verantwortungsvollen Entscheidung berücksichtigt werden. Die Abstimmung findet am Donnerstag statt. Ich werde während der Abstimmung nicht zugegen sein, da ich den Europäischen Rat in Brüssel besuchen werde.

Ich möchte Sie noch über eine andere Sache informieren.

Der Herr zu meiner Rechten, (*Herr David Harley*), nimmt nach 35 Jahren im Europäischen Parlament an seiner letzten Plenarsitzung teil.

(Beifall)

Das Rentensystem funktioniert, aber gelegentlich mögen wir es gar nicht so besonders, da wir einen derart verantwortungsvollen Kollegen verlieren, der uns so viele Jahre lang mit seiner Arbeit effizient im Europäischen Parlament unterstützt hat - Sie zu verlieren, Herr David Harley, ist ein echter Verlust.

Wir wünschen Ihnen für die kommenden Jahre das Allerbeste. Ich hoffe, Sie besuchen von Zeit zu Zeit unsere Plenarsitzungen, um zu sehen, wie wir arbeiten, und um uns vielleicht auch zukünftig den ein oder anderen Rat zu geben. Nochmals vielen Dank.

(Beifall)

### **3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**

### **4. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll**

### **5. Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll**

### **6. Petitionen: siehe Protokoll**

### **7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll**

### **8. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll**

### **9. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**

### **10. Beschlüsse betreffend bestimmte Dokumente: siehe Protokoll**

### **11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

### **12. Arbeitsplan**

**Präsident.** – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung, der am Donnerstag, den 4. Februar 2010 durch die Konferenz der Präsidenten gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung erstellt wurde, wurde verteilt. Es wurden die folgenden Änderungsanträge vorgeschlagen:

*Montag:*

Keine Änderungen.

*Dienstag:*

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hat einen Antrag eingereicht, der in die Tagesordnung der Rats- und Kommissionserklärungen bezüglich der schwierigen monetären und

wirtschaftlichen Lage im Euro-Wirtschaftsraum aufgenommen werden soll. Dies betrifft Mitgliedstaaten, die derzeit finanzielle Probleme haben.

**Corien Wortmann-Kool**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (NL) Es ist für dieses Haus wichtig, über die neuesten Entwicklungen im Euroraum und zudem über die Maßnahmen, die die Europäische Kommission in Bezug auf die Länder im Euroraum ergreift, die sich in der Gefahrenzone befinden, zu debattieren.

Wir haben gesehen, dass diese Entwicklungen in den letzten Wochen große Auswirkungen auf den Euro-Wechselkurs hatten und auch zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten geführt haben. Daher sollten wir vor dem informellen Gipfel am Donnerstag eine Erklärung des Rates und der Kommission vorliegen haben, die sich nicht nur auf die bereits vorgeschlagenen Pläne bezieht, sondern auch die einzuleitenden Maßnahmen zur schnellstmöglichen Wiederherstellung des Vertrauens in den Euro betrifft.

**Hannes Swoboda**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident! Ich möchte dieses Anliegen ausdrücklich unterstützen. Es ist wichtig, dass wir über die Frage reden und uns mit den grundsätzlichen Problemen befassen, ohne parteipolitisches Hickhack darüber, wer nun schuld oder wer nicht schuld ist.

Ich habe zwei Bitten: Die eine wäre, dass die Kolleginnen und Kollegen der EVP zustimmen mögen, den Aspekt der sozialen Auswirkungen mit in den Titel hineinzunehmen, dass wir also deutlich machen, dass es um die Krise in diesen Ländern und deren soziale Auswirkungen geht.

Die zweite Bitte: Wir wollen ja auch mit der Kommission reden, jedoch mit den Kommissionsmitgliedern, die in Zukunft Verantwortung tragen. Da aber die neue Kommission noch nicht im Amt ist, sollten wir den Kommissionspräsidenten bitten, dass er entweder selbst kommt oder jemanden schickt, der auch in der neuen Kommission Verantwortung trägt, wie z. B. Herrn Almunia oder Herrn Rehn. Es wäre sinnvoll, in dieser schwierigen und wichtigen Debatte einen Gesprächspartner zu haben, der auch später in der Kommission entsprechende Verantwortung hat.

**Präsident.** – Wenn wir diesem Antrag stattgeben und sie als Tagesordnungspunkt aufnehmen, werden Vertreter der Kommission zugegen sein. Ich werde darüber mit Herrn Barroso sprechen. Möchte sich jemand gegen den Antrag aussprechen? Ich sehe niemanden. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag?

**Corien Wortmann-Kool**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (NL) Ich möchte den Vorschlag von Herrn Swoboda nachdrücklich befürworten. Es geht dabei natürlich um all die Folgen, einschließlich der sozialen.

*(Das Parlament gibt dem Antrag statt)*

*Mittwoch:*

Die Faktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hat den Antrag gestellt, die drei Aussprachen über die Fortschrittsberichte 2009 zu Kroatien, der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei zu einer gemeinsamen Aussprache zusammenzufassen.

**Ioannis Kasoulides**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, dies sind in der Tat drei Entschließungen, die vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der den Fortschrittsbericht der Kommission zur Erweiterung geprüft hat, angenommen wurden.

Sie können daher als eine Einheit behandelt, zusammen geprüft und in einer Aussprache abgehandelt werden.

*(Das Parlament gibt dem Antrag statt)*

*Mittwoch:*

Die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie hat einen Antrag eingereicht, gemäß dem der Tagesordnung eine mündliche Frage zu ausländischen Immobilieneigentümern in Spanien hinzugefügt werden soll.

**Marta Andreasen**, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Herr Präsident, ich weiß, dass Sie beim Konferenztreffen der Präsidenten in der letzten Woche eine überbordende Tagesordnung hatten und dass nicht viel Zeit für die Aussprache über die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung blieb, aber in der Plenarsitzung im Januar haben – wie Sie alle bemerkt haben – Mitglieder der verschiedenen politischen Fraktionen Bedenken bezüglich der fraglichen Punkte zum Missbrauch in Bezug auf Immobilienbesitz von Ausländern in Spanien geäußert. Mittwochabend hätte die Kommission die Gelegenheit, darauf zu antworten.

Daher lade ich unsere Kollegen ein, diesen Vorschlag zu unterstützen. Im Namen der EFD-Fraktion möchte ich Sie zu einer namentlichen Abstimmung aufrufen. Wenn die Mehrheit diesen Vorschlag begrüßt, würde ich eine zweite namentliche Abstimmung vorschlagen, um die Aussprache mit einer Entschließung einzuleiten.

**Gerard Batten (EFD).** – Herr Präsident, ich möchte zugunsten von Frau Andreasens Antrag sprechen, da viele unserer WählerInnen uns wegen dieses Problems anschreiben und ich der Ansicht bin, dass das Parlament darüber debattieren sollte.

**Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, ich möchte nur anmerken, dass eine sehr antieuropäische Fraktion dieses Europäische Parlament benutzt, um dieses Thema anzusprechen. Dies ist eine willkommene Entwicklung, spreche mich aber dennoch dagegen aus, Herr Präsident.

(Beifall)

(Das Parlament lehnt den Antrag ab)

**Gerard Batten (EFD).** – Herr Präsident, ich hätte eine kleine Wortmeldung. Mein Kollege dort drüben, (Herr Guy Verhofstadt), bezeichnet uns als „antieuropäisch“. Das stimmt nicht; wir sind gegen die Europäische Union.

**Präsident.** – Das war keine Wortmeldung. Bitte kommentieren Sie nicht den Inhalt einer Angelegenheit bei der Festlegung der Tagesordnung, dies ist nicht der richtige Zeitpunkt dafür.

*Donnerstag:*

Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke hat einen Vorschlag zur Aussprache in Fällen von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingereicht. Die Fraktion schlägt vor, die Aussprache über Madagaskar durch eine Aussprache über die Todesstrafe, insbesondere über den Fall Mumia Abu-Jamal, zu ersetzen.

**Sabine Lösing, im Namen der GUE/NGL-Fraktion.** – Herr Präsident! Aus unserer Sicht ist der Tagesordnungspunkt Madagaskar an diesem Tag nicht so wichtig. Wir möchten darum bitten, zu diesem Zeitpunkt den Fall des afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu besprechen, der nach einem fadenscheinigen Indizienprozess 1982 des Mordes an einem Polizisten für schuldig befunden wurde.

Mumia Abu-Jamal wurde zum Tode verurteilt und sitzt nun seit fast 30 Jahren in der Todeszelle. Der Tathergang wurde bis heute niemals eindeutig geklärt, die Beweislage wurde niemals wirklich untersucht. In jedem Fall ist die Todesstrafe eine der schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte, die es gibt. In dem Verfahren, das nun zur Umwandlung der Todesstrafe in lebenslange Haft hätte führen können, hat Ende Januar die Staatsanwaltschaft diese Möglichkeit zurückgewiesen. Das Leben Abu-Jamals ist nun mehr bedroht denn je. Wir möchten diesen Fall sehr gern im Plenum besprechen, um zu einer Entscheidung zu kommen, wie wir handeln können, um zu erreichen, dass das Todesurteil ausgesetzt wird und darüber hinaus Mumia Abu-Jamal die Möglichkeit gegeben wird, in einem fairen Prozess seine Unschuld zu beweisen.

**Véronique De Keyser, im Namen der S&D-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, ich sage nicht, dass die Situation von Mumia Abu-Jamal nicht kritisch ist, und dieser Fall verdient es sicherlich, gehört zu werden. Die Situation auf Madagaskar ist jedoch absolut chaotisch. Das ganze Land leidet unter einem Übergangsregime, das illegal eingesetzt wurde und das Land in die Anarchie führt.

Es ist äußerst schwierig, Ihnen zu sagen, dass ein Thema besser als das andere ist. Ich denke, wir können Madagaskar retten. Herr Präsident, Sie können erneut Protest bei den USA einlegen und die Aussetzung der Todesstrafe fordern. Dies ist nicht das erste Mal und ich fürchte, es wird auch nicht das letzte Mal sein. Auf jeden Fall weigere ich mich im Namen meiner Fraktion, die Entschließung, die wir zum Thema Madagaskar vorbereitet haben, zurückzuziehen, wobei es auch um eine echte Gefahr für eine ganze Bevölkerung geht.

**Der Präsident.** – Gemäß Ihrem Vorschlag werde ich das Problem gründlich analysieren und dann eine Erklärung dazu abgeben.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab)

(Die Tagesordnung wird angenommen)<sup>(1)</sup>

---

<sup>(1)</sup> Weitere Änderungen der Tagesordnung: siehe das Sitzungsprotokoll.

### 13. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

**Der Präsident.** – Der nächste Tagesordnungspunkt sind die einminütigen Ausführungen zu politisch wichtigen Fragen.

**Elena Oana Antonescu (PPE).** – (RO) Die rumänische Regierung prüft die Möglichkeit, eine Fast-Food-Steuer zu erheben, in der Hoffnung, dass dies die Anzahl von Bürgern, insbesondere von Kindern und jungen Menschen, die diese Art von Lebensmitteln konsumieren, verringern wird, da diese mittel- und langfristig äußerst negative Auswirkungen auf den menschliche Organismus haben.

Steuern sind in einer Krise vielleicht eine komplizierte Lösung, aber wenn eine derartige Maßnahme ordnungsgemäß umgesetzt wird, können sich die Auswirkungen über rein finanzielle Aspekte hinaus auch auf die Bildung erstrecken. Es kann dafür sorgen, dass eine ständig wachsende Anzahl Menschen lernt, dass ein Gesundheitsbewusstsein mit der Ernährung beginnt. Die Mittel, die durch diese Steuern eingenommen werden, sollten ausschließlich in Programme fließen, die die Aufklärung der breiten Öffentlichkeit über schädliche Inhaltsstoffe und Substanzen zum Ziel hat.

Durch Übergewicht verursachte Krankheiten belasten die Gesundheitsversorgungssysteme der Mitgliedstaaten ständig mehr, und die Verbindung zwischen Übergewicht und Fast Food ist hinlänglich dokumentiert. Die Förderung einer gesunden Ernährungsweise sollte zu einer wichtigen politischen Maßnahme in der Europäischen Union werden, und zwar unverzüglich. Ein von mehreren Mitgliedstaaten ausgearbeitetes europäisches Programm, das diese Initiativen umsetzt, wäre sehr willkommen und äußerst hilfreich. Es könnte helfen, die Grundernährung innerhalb der Europäischen Union gesünder zu gestalten.

**Jarosław Kalinowski (PPE).** – (PL) Herr Präsident, ich möchte gern über die Sicherheit der Rohstoffversorgung reden, die von Landwirten und Händlern in der Europäischen Union für die Produktion sowie von den Herstellern von Futtermitteln benötigt werden. Eines der Hauptprobleme und eine der Hauptbedrohungen der europäischen Versorgungskette ist der Mangel an einer nachweisbaren, annehmbaren, sehr geringen Menge von Sorten genetisch veränderter Organismen (GVO), die derzeit innerhalb der Europäischen Union noch nicht genehmigt werden. Neue Forschungserkenntnisse besagen, dass bis 2015 weltweit ca. 120 neue GVO-Arten kultiviert werden. Das Fehlen einer Lösung trägt zu einem Anstieg des Preises von Futtermitteln bei und kann infolgedessen zu einem Ausschluss vieler europäischer Landwirte vom Markt führen. Das neueste Beispiel ist die Situation vom Juli letzten Jahres, als Spuren von genetisch veränderten Arten in Soja-Lieferungen gefunden wurden. Dies hatte maßgebliche Auswirkungen auf die gesamte Lebensmittel- und Tierfutterkette, da Europa nicht in der Lage ist, die Nachfrage mit der Binnenproduktion zu befriedigen und somit gezwungen ist, 14 Millionen Tonnen Sojabohnen jährlich zu importieren.

**Ádám Kósa (PPE).** – (HU) Ich möchte den Präsidenten oder den Vorsitz dieses Parlaments bitten, der Europäischen Kommission mitzuteilen, dass ich innerhalb von sechs Monaten zwei schriftliche Anfragen gestellt habe. Im ersten Fall erhielt ich erst mit deutlicher Verspätung eine Antwort und auf meine zweite Anfrage, die ich am 30. November eingereicht habe, habe ich noch immer keine Antwort erhalten. Ich denke, es wäre wichtig, eine adäquate Kommunikation und einen angemessenen Dialog zwischen den EU-Institutionen zu haben. Bitte übermitteln Sie dies, um so sicherzustellen, dass meine Arbeit nicht behindert wird und dass ich die angeforderten Antworten erhalte.

**Csaba Sándor Tabajdi (S&D).** – (HU) Herr Präsident, Herr Kommissar, es ist für die Europäische Union sehr gut, dass sie mit Cathy Ashton nun endlich ein Gesicht bekommt, sozusagen eine Ministerin für auswärtige Angelegenheiten. Während ihrer Anhörung sagte sie einen Satz über China, auf dessen globale Bedeutung wir hier nicht weiter hinweisen müssen. Erstaunlicherweise hat sich nicht ein einziges Mitglied des Parlaments, das berechtigt war, Fragen zu China zu stellen, gemeldet, obgleich die EU erst kürzlich auf dem Klimagipfel von Kopenhagen, als China und die USA hinter unserem Rücken ein Abkommen trafen, einen Rückschlag hinnehmen musste. Es ist gleichermaßen erstaunlich, dass der Europäische Rat während seines Bestehens nie über die Beziehung zwischen der EU und China diskutiert hat. Daher bitte ich den Präsidenten, den Europäischen Rat aufzurufen, die strategische Beziehung zwischen der EU und China als Tagesordnungspunkt aufzunehmen, während das Parlament künftig die Frage zu Chinas Bedeutung klären sollte.

**George Sabin Cutaș (S&D).** – (RO) Oberste Priorität der künftigen Europäischen Kommission muss die Verringerung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Mitgliedstaaten durch eine enge Zusammenarbeit auf steuerlicher und monetärer Strategieebene sein.

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist seit Beginn der Wirtschaftskrise spürbar und muss unbedingt weiterhin bestehen. Gleichzeitig muss, was die Koordination auf steuerlicher Ebene anbelangt, die Tatsache berücksichtigt werden, dass die Europäische Union Länder umfasst, deren Wirtschaften andere Strukturen aufweisen. Tatsächlich zeichnen sich die Volkswirtschaften in bestimmten Mitgliedstaaten durch größere zyklische Bewegungen aus, da sie hohe öffentliche Investitionen erfordern und ihr Wachstum das von reifen Volkswirtschaften innerhalb der EU übersteigt.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und das aktuelle Beitrittsverfahren zum Euroraum sollten daher Flexibilitätsklauseln beinhalten, die die Analyse der öffentlichen Ausgaben über den gesamten Wirtschaftszyklus hinweg ermöglichen, sodass die Mitgliedstaaten investieren können, sollte dies erforderlich werden. Dies könnte sicherstellen, dass sich jeder Mitgliedstaat gemäß der Stufe entwickelt, auf der sich seine Wirtschaft derzeit befindet.

**Anni Podimata (S&D).** – (EL) Herr Präsident, wir haben in den letzten Tagen einen beispiellosen und koordinierten Angriff auf die Wirtschaft der Mitgliedstaaten im Euroraum erlebt, wobei die Verteilung von Staatsanleihen in bestimmten Ländern, wie Griechenland, Portugal und Spanien, alle Maßstäbe sprengte.

Diese Länder werden ganz eindeutig benutzt, um die wirtschaftliche Kohäsion im Euroraum generell und insbesondere den Euro anzugreifen. Genau die Mechanismen, die die globale Kreditkrise auslösten, spekulieren nun schamlos auf Kosten der Länder, die die größten Finanzprobleme haben.

Daher kann es für Europa nicht nur eine Frage der Bewertung der zur Defizitbekämpfung ergriffenen Maßnahmen sein. Die eigentliche Frage muss sein: Beabsichtigen wir, auf europäischer Ebene Solidaritätsmaßnahmen zu ergreifen, indem wir den Euroraum und den Euro schützen, und werden wir uns irgendwann entscheiden, Richtlinien anzunehmen, die einer grundlegenden Wirtschaftskohäsion - und nicht nur einer monetären Kohäsion - dienen.

**Carl Haglund (ALDE).** – (SV) Herr Präsident, ab Anfang dieses Jahres tritt die Schwefelrichtlinie der EU in Kraft, die einen Grenzwert von 0,1 % für den Schwefelgehalt in Kraftstoff für Schiffe, die Häfen anlaufen und auf Binnenwasserstraßen unterwegs sind, vorsieht. Aus Sicht des Umweltschutzes ist dies gut. Es ist wichtig, dass insbesondere die Schifffahrt umweltfreundlicher wird.

Derzeit nutzen die meisten Passagier- und Frachtschiffe Schweröl. Auf der Ostsee haben wir aus Umweltschutzgründen bereits seit vielen Jahren das so genannte schwefelarme Schweröl mit einem Schwefelgehalt von 0,5 % verwendet. Ein geringer Schwefelgehalt auf See wird nicht als Umweltbelastung angesehen, da das Hauptziel die Reduzierung der urbanen Umweltbelastung ist. Daher bin ich der Ansicht, dass die EU in dieser Angelegenheit diese Linie fahren sollte - nämlich die Förderung des Einsatzes von schwefelarmem Schweröl.

Die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen, ist, dass die Marpol-Konvention der IMO einen Grenzwert von 0,1 % für alle Schiffe auf der Ostsee empfiehlt, der 2015 in Kraft treten soll - dies hätte vernichtende Folgen für die Ostsee. Daher möchte ich die Kollegen daran erinnern und die Menschen ermutigen, nicht ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Chris Davies (ALDE).** – Herr Präsident, gelegentlich machen die Kollegen in diesem Parlament ihren Freunden das Leben sehr schwer. Das Präsidium hat Ausgaben für die Einstellung von 150 weiteren Mitarbeitern im Parlament und in den politischen Fraktionen empfohlen, um so den Anforderungen des Vertrages von Lissabon gerecht zu werden - massive Mehrkosten in einer Zeit, in der so viele unserer Bürger Einschnitte in öffentlichen Dienstleistungen und Steuererhöhungen hinnehmen müssen.

Ich beschäftige mich seit über 10 Jahren mit Mitentscheidungsverfahren. Meiner Ansicht nach brauchen wir nicht so viele Mitarbeiter: Ich bin der Ansicht, dass wir unser Personal neu und effektiver einsetzen können, auch ohne eine Erhöhung unseres Haushaltsplans.

Jeder von uns, der einen Rat - oder sogar eine Regierung - leitet, weiß, dass wir gelegentlich mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen müssen. Wir sollten nichts tun, für das wir keine Rechenschaft ablegen können. Der Test sollte stets sein: Können wir bei einer öffentlichen Sitzung aufstehen und unseren Bürgern erklären, was wir tun? Meiner Ansicht nach können wir dies in diesem Fall nicht.

**Marek Józef Gróbarczyk (ECR).** – (PL) Herr Präsident, die Grundlage für die Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union ist die Diversifizierung der Gasversorgung. Indem wir uns von der Versorgung durch ein Land abhängig machen, gerät auf lange Sicht das Gleichgewicht ins Wanken, nicht nur, was die

Sicherheit der Energieversorgung anbelangt, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht. Niemand in Europa versteht dies besser als postkommunistische Länder, die noch immer unter dem Einfluss - dem gewaltigen Einfluss - von Russland stehen. Die nordeuropäische Gasfernleitung eliminiert die Möglichkeit einer Diversifizierung und beschränkt die Entwicklungsmöglichkeit der baltischen Häfen, insbesondere einer neuen diversifizierten Gasversorgungsquelle für Europa, der Świnoujście Gas Terminal. Darüber hinaus gibt es auch einen ökologischen Aspekt der negativen Auswirkungen des Baus der Gaspipeline. Der Bericht des letzten Jahres zeigt eindeutig, dass die nordeuropäische Gasfernleitung negative Auswirkungen haben wird. Ich rufe die Kommission auf, diese Angelegenheit nochmals zu prüfen.

**Malika Benarab-Attou (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident, ich frage mich, welche Maßnahmen die Europäische Union einführen wird, um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten das Recht auf Asyl und die Menschenrechte von Menschen, die von der Südküste des Mittelmeers kommen, achten.

Viele von ihnen kommen in einem armseligen Boot an und mehrere tausend Afrikaner ertrinken, ohne dass jemand dagegen protestiert. Sind der Rat und die Kommission sich dieser Probleme, die sowohl die Menschenrechte als auch die humanitäre Hilfe betreffen, wirklich bewusst?

Die Aussagen von Herrn Moratino in Bezug auf die Stärkung des Sicherheitskonzepts und die zusätzlichen Mittel, die Frontex zugewiesen werden und die der Rat erst kürzlich beschlossen hat, beruhigen mich diesbezüglich nicht.

Meine Damen und Herren, es liegt an uns, im Einklang mit unseren Werten zu handeln. Dies ist dringend notwendig, weil hier Leben auf dem Spiel stehen.

**Bairbre de Brún (GUE/NGL).** – (GA) Herr Präsident, in den letzten Wochen haben im Rahmen des gegenwärtigen Nordirland-Friedensprozesses Verhandlungen stattgefunden. Die politischen Parteien und die Regierungen von Großbritannien und Irland nahmen an diesen Gesprächen teil. Sie waren insbesondere dort, um die Verlagerung der Polizeigewalt vom Westminster Parlament in London zur Versammlung in Belfast zu gewährleisten. Sie haben auch andere wichtige Angelegenheiten besprochen.

Ich bin froh, dass diese Gespräche endlich zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien geführt haben, und ich bin sicher, dass das Europäische Parlament diesen Fortschritt ebenfalls begrüßt. Ich hoffe, dass wir nun die anderen Verpflichtungen angehen können, die bisher noch nicht vereinbart oder erfüllt wurden. Dies bringt uns zu stabilen politischen Institutionen, die auf der Grundlage von Gleichheit, Gewaltenteilung und gegenseitigem Respekt arbeiten werden.

**Paul Nuttall (EFD).** – Herr Präsident, ich habe um diese einminütige Rede gebeten, um auf die furchtbaren Auswirkungen der 14-tägigen Müllabfuhr in meinem Wahlkreis im Nordwesten von England hinzuweisen.

Nehmen Sie beispielsweise meine Heimatstaat Bootle, wo viele Familien in Reihenhäusern ohne Vorgärten leben und nur wenig Platz hinter dem Haus haben. Es ist einfach verrückt, dass sie gezwungen werden, ihren Müll nur alle zwei Wochen zur Abfuhr bereitzustellen.

Dies hat zu wahren Müllhaufen geführt, da es keinen Lagerungsplatz gibt. Bei einem heißen Sommer können Sie sich sicher sein, dass es zu einem Anstieg an Schädlingen führen wird, was wiederum eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt.

Aber warum berichte ich diesem Haus davon? Nun, weil die 14-tägige Müllabfuhr das Ergebnis der EU-Müllhaldenrichtlinie ist, die in diesem Plenarsaal von der britischen Labour-Partei und den Konservativen unterstützt wurde. Ich hoffe, dass eine Vielzahl britischer Wähler daran denken, wenn Sie später in diesem Jahr bei den Parlamentswahlen wählen gehen.

**Andreas Mölzer (NI).** - Herr Präsident! Wir werden in zwei Tagen über die Frage der *body scanner* diskutieren. Dabei geht es darum, dass wir uns insgesamt Gedanken über die Sicherheit auf Flughäfen machen bzw. über das, was hier im Rahmen der Europäischen Union geschieht. Die Europäische Union lässt sich immer wieder – insbesondere von vorgeblichen oder bisweilen auch echten Terrordrohungen – zu einer Anlassgesetzgebung hinreißen, die die Sicherheitssituation auf den Flughäfen nicht verbessert, aber die Maßnahmen immer umständlicher und immer skurriler werden lässt.

Wenn man aber bedenkt, dass beispielsweise die Situation auf Bahnhöfen nicht grundsätzlich anders ist als auf Flughäfen und dass es auf Bahnhöfen zumeist ohne Sicherungsmaßnahmen geht – zumindest was den innereuropäischen oder den innerstaatlichen Verkehr betrifft –, so sollte man sich vielleicht Gedanken

machen, ob hier nicht übertrieben wird. Eine ausufernde Bürokratie und immer mehr Sicherheitsmaßnahmen gewährleisten nämlich nicht Sicherheit, sondern nur Belästigung der Fluggäste.

**Krzysztof Lisek (PPE).** – (PL) Herr Präsident, wie Sie schon sagten, wir werden über die Ernennung der neuen Europäischen Kommission abstimmen. Es ist in der Tat, wie Sie sagten, ein äußerst bedeutsamer Augenblick, ein Augenblick, an dem viele Hoffnungen hängen, nicht nur die der Mitglieder des Europäischen Parlaments und der europäischen Regierungen, sondern grundsätzlich die aller Bürger der Europäischen Union. In diesem Rahmen ist die Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union von besonderer Bedeutung, und daher ist die Herausforderung, der sich Baronin Ashton auf diesem Gebiet gegenüberstellt, noch größer.

Es gibt zwei neue Herausforderungen. Die erste, die Sie, Herr Präsident, bereits angesprochen haben, ist die Ukraine. Ungeachtet der Wahlergebnisse müssen wir eine neue politische Strategie für die Ukraine – eine Politik der Europäischen Union – entwickeln und konsequent umsetzen, damit dieses Land zukünftig ein Mitgliedstaat der Europäischen Union werden kann. Die zweite Herausforderung ist jedoch Weißrussland. Ich möchte bekannt geben, dass vor einigen Stunden leider eine erneute Menschenrechtsverletzung in Weißrussland stattgefunden hat. Die Polizei von Weißrussland ist in das polnische Haus in Iwieniec eingedrungen und hat die Aktivitäten der Polnischen Vereinigung in Belarus verhindert.

**Gabriel Mato Adrover (PPE).** – (ES) Herr Präsident, im letzten Dezember haben die Europäische Union und das Königreich Marokko ein Abkommen zur Liberalisierung des Handels von landwirtschaftlichen Erzeugnissen geschlossen. Leider haben wir die einzigen Informationen bezüglich des Inhalts dieses Abkommens aus den Medien.

Diese Informationen deuten auf einen Anstieg des Kontingents an Tomaten, die in die Europäische Union importiert werden, hin, etwas, das wir kategorisch ablehnen, da das Königreich Marokko wiederholt seine Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union nicht eingehalten hat. Die Europäische Kommission ignoriert diese Situation, obgleich das OLAF selbst dies bereits getan hat.

Wir können nicht zulassen, dass die Kommission weiterhin darüber hinwegsieht und die Bedürfnisse der Erzeuger auf den Kanarischen Inseln, in Andalusien, Murcia und Alicante missachtet. Daher fordern wir nachdrücklich die Einhaltung von Abkommen und eine größere Berücksichtigung der Pflanzengesundheitskontrolle. Darüber hinaus sollte der Zeitplan für die marokkanischen Exporte flexibler gestaltet werden, sodass Exporte während des ganzen Jahres erfolgen können.

**Paulo Rangel (PPE).** – (PT) Herr Präsident, ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, die aktuellen Geschehnisse in Portugal zu verurteilen, wobei klar ist, dass die Medien einen Regierungsplan zur Kontrolle der Zeitungen, Fernsehkanäle und Radiosender ans Licht gebracht haben, durch den die Freiheit der Meinungsäußerung gefährdet wird. In dieser Woche erst wurde eine Zeitungskolumne eines bekannten Journalisten, Mário Crespo, auf Veranlassung – oder scheinbar auf Veranlassung – des Premierministers zensiert.

In diesem Rahmen muss der Premierminister José Sócrates der portugiesischen Zeitung *O País* nun eine substantielle Erklärung liefern und deutlich machen, dass er die Freiheit der Meinungsäußerung in Portugal nicht kontrolliert, einschränkt oder zensiert.

Durch diese Handlungsweise ist Portugal nicht länger ein Staat, der gemäß dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit regiert wird, sondern ein formeller Rechtsstaat, wobei sich der Premierminister auf Formalitäten, Verfahren und Bürokratie beschränkt und keine aussagekräftigen Erklärungen anbietet.

Wir wollen, dass Portugal ein Staat materiellen Rechts ist!

**Véronique De Keyser (S&D).** – (FR) Herr Präsident, am 27. Januar um 2 Uhr morgens zerstörte eine Gasexplosion die historische Altstadt von Lüttich. Ich war mit meinen Kollegen aus dem Stadtrat vor Ort, und wir überlebten nur durch ein Wunder. 14 Menschen verloren jedoch bei der Explosion ihr Leben. Dutzende sind verletzt und 500 Menschen mussten ihre Häuser verlassen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur den Opfern und ihren Familien gedenken, sondern auch den herausragenden Mut der Feuerwehrleute und aller Rettungskräfte hervorheben. Diesbezüglich möchte ich Sie daran erinnern, dass es nicht eine einzige Satzung für Feuerwehrleute in der Europäischen Union gibt und dass die Brandbekämpfung weder in meinem Land noch in anderen als ein gefährlicher Beruf gilt. Ich fordere eine europäische Satzung für Feuerwehrleute, da diese in vielen Fällen grenzübergreifend Hilfe leisten müssen.



**Präsident.** – Vielen Dank für Ihre Erklärung und dafür, dass Sie unser Augenmerk auf diese Tragödie gelenkt haben, die sich ganz in unserer Nähe, in Belgien, abgespielt hat. Es ist in der Tat ein tragischer Fall. Vielen Dank. Wir möchten den Opfern dieser Tragödie sowie ihren Familien unser tiefes Mitgefühl ausdrücken.

**Rosario Crocetta (S&D).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte mit meiner Rede auf das ernste Problem des Deindustrialisierungsprozesses hinweisen, von dem eine Reihe von sizilianischen Industriezentren betroffen sind, insbesondere das Automobilzentrum Termini Imerese im Besitz der FIAT-Gruppe und das Gela-Petrochemiezentrum, das der ENI-Gruppe gehört. Termini Imerese hat unter dem Wettbewerb durch das Niedriglohnsystem innerhalb einiger EU-Länder zu leiden, und Gela unter dem Wettbewerb aus Asien.

Die Deindustrialisierungsprozesse betreffend, die in weiten Bereichen der Union stattfinden, halte ich die Zeit für gekommen, die Nichteinmischungspolitik, die die Europäische Kommission bisher angewendet hat, neu zu überdenken, und mit der Umsetzung einer Reihe wichtiger strategischer Maßnahmen zur Unterstützung der europäischen Industrie zu beginnen. Mein Aufruf gilt im Wesentlichen der Europäischen Kommission und Herrn Tajani, den Kommissar für Industrie und Unternehmertum.

**Jelko Kacin (ALDE).** – (SL) Am Donnerstag letzter Woche hat das Parlament der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eine Erklärung zur Unterstützung der Resolution der Europäischen Union zu Srebrenica angenommen, die vor einem Jahr mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

In dieser Resolution huldigt das Parlament allen Kriegsoptionen im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts, nicht nur den Opfern des Genozids von Srebrenica. Das Parlament in Skopje ist das dritte Land auf dem westlichen Balkan, das die Resolution mit 70 Stimmen und nur einer Gegenstimme ratifiziert und angenommen hat. Eine solche Mehrheit und ein darartiger Konsens verdienen auch den Respekt und die Anerkennung dieses Hauses.

Obgleich die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in keinsten Weise in dieses tragische Ereignis involviert war, ist ihre überwältigende Reaktion ein Akt der Solidarität und eine Geste, die Respekt und Bewunderung verdient. Die Entscheidung des Parlaments der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist ein Ausdruck von Respekt für alle Opfer und eine Botschaft, dass wir alle die Verantwortung für die Schaffung einer besseren Zukunft für alle Länder auf dem westlichen Balkan gemeinsam tragen. Es ist ein Schritt in Richtung Zukunft, eine Hand der Versöhnung für alle benachbarten Länder und ein Beispiel für alle anderen Länder in der Region.

Als jemand, der am Entwurf dieser Resolution beteiligt war, möchte ich den Mitgliedern des Parlaments der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu ihrem politischen Mut und ihrem Beitrag zur Versöhnung in dieser Region gratulieren.

**Michail Tremopoulos (Verts/ALE).** – (EL) Herr Präsident, ich möchte darauf hinweisen, dass in dieser Zeit der Wirtschaftskrise, in der sich einige Länder in der Rezession befinden, es andere Länder, wie beispielsweise Griechenland, gibt, die bestimmte Fragen hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter klären müssen, wenn man bedenkt, dass diese Krise Frauen härter trifft als Männer.

In den vergangenen Jahren wurden viele Anstrengungen unternommen, und es wurden in Europa Gesetze verabschiedet, die diesem Sektor bestimmte Einrichtungen und bestimmte Instrumente an die Hand gibt. Die Richtlinien der Gemeinschaft zur Gleichstellung von Männern und Frauen werden jedoch nicht in nationales Recht umgesetzt.

Daher müssen wir, trotz dieser Anstrengungen, die geschlechtsbezogenen Unterschiede zu überbrücken, da Frauen 17 % weniger als Männer verdienen und sich auf dem Arbeitsmarkt mit bestimmten Formen des Rassismus auseinandersetzen müssen, und ich möchte betonen, dass jede Regelung oder Änderung in Bezug auf Versicherungs- oder Arbeitsfragen von neuen sozialen Infrastrukturen begleitet werden muss.

**Zbigniew Ziobro (ECR).** – (PL) Herr Präsident, danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben, hier zu sprechen; ich möchte über eine wichtige Angelegenheit im Zusammenhang mit den Kosten der Klimapolitik sprechen.

Die Europäische Union plant, ihre Klimapolitik konsequent umzusetzen. Es ist jedoch von großer Bedeutung, dass diese Politik einen großen Einfluss auf die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten haben wird. Wenn die strukturellen Unterschiede zwischen den Wirtschaftssystemen der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden, wird es immer klarer, dass die einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich hohe Kosten für die Umsetzung der Strategie zu tragen haben. Gleichzeitig ist es eine Tatsache, dass die neuen Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen gemäß dem Kyoto-Protokoll mit einer

recht weit gesteckten Marge erfüllen. Für Polen beträgt die Reduktion fast 30 %, im Vergleich zu den geforderten 6 %, bei den „alten 15“ betrug die Reduktion jedoch nur 1 %, sie hatten sich jedoch zu einer Verringerung von 6 % verpflichtet. In diesem Zusammenhang müssen bei allen Maßnahmen der Kommission die differenzierten Kosten für die Anpassung der Wirtschaftssysteme der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden - Kosten, die einzelne Mitgliedstaaten bisher für die Verringerung der Treibhausgasemissionen gemäß dem Kyoto-Protokoll getragen haben -, und es darf keine Änderungen mehr geben, die das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten stören könnten.

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Joe Higgins (GUE/NGL).** – (GA) Herr Präsident, die irische Regierung wird nun eine Mehrwertsteuer von 21 % auf öffentliche Dienstleistungen der lokalen Gebietskörperschaften, wie Müllabfuhr und Recycling, erheben. Die Europäische Union zwingt die irische Regierung, diese neuen Steuern zu erheben, was zu einer höheren Belastung der arbeitenden Bevölkerung und der armen Menschen, die bereits für die kapitalistische Krise in Irland zahlen, beiträgt. Die Regierung beabsichtigt zudem, neue Wassergebühren für Hauseigentümer einzuführen, die zwischen 500 und 1 000 EUR pro Jahr ausmachen können. Dies wäre ein weiterer großer Einschnitt im Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung. Darüber hinaus wird das öffentliche Wassersystem auf die künftige Privatisierung vorbereitet. Ich warne die irische Regierung und die Europäische Kommission, die ein Befürworter von Gebühren und Privatisierung ist, hiermit, dass dies nicht hingenommen wird und von einer massiven Boykottkampagne sowie von der Basis bekämpft wird. Dies ist eine weitere wirtschaftliche Belastung, die die arbeitende Bevölkerung Irlands nicht hinnehmen wird.

**Nikolaos Salavrakos (EFD).** – (EL) Herr Präsident, morgen werden wir über die neue Europäische Kommission abstimmen, und wir werden zu den Vereinigten Staaten von Europa werden. Nachdem dieser Prozess abgeschlossen ist, müssen wir innerhalb dieses Rahmens die Herausforderung einer gemeinsamen Außenpolitik, einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, engerer Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Union und der Solidarität und Planung der Zukunft Europas angehen. Eine Zukunft, die in Bezug auf die Erweiterung Europas um andere Länder sowie im Hinblick auf Zuwanderungstendenzen, die für die Zukunft Europas ein massives Problem darstellen und die meiner Ansicht nach nicht nur von nationalen Regierungen, sondern auch im Rahmen einer gemeinsamen Politik der Europäischen Union bewältigt werden müssen, sorgsam zu planen ist.

Daher rufe ich die Kommission und das Haus auf, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

**Louis Bontes (NI).** – (NL) Herr Präsident, ich habe wie Sie vor einigen Wochen Auschwitz besucht, und wir haben das Grauen gesehen, das dort stattfand. Stellen Sie sich mein Erstaunen vor, als nur wenige Tage danach Juden in abscheulichen Erklärungen auf dem offiziellen Nachrichtenkanal der palästinensischen Behörde verteuelt wurden.

In der Zusammenfassung: „Die Juden sind die Feinde Allahs und der Menschlichkeit. Der Prophet sagt: Tötet die Juden.“ Diese Aussagen sind einfach abscheulich, und ich bin der Ansicht, dass dies nicht ohne Folgen bleiben kann. Ein Gremium, dessen so genannter öffentlicher Fernsehkanal den „Propheten“ zitiert, der den Mord an Juden verlange, sollte nicht einen Cent - nicht einen einzigen Cent - Entwicklungshilfe mehr bekommen. Das Europäische Parlament sollte die Einstellung dieser Geldmittel befürworten und seinen Abscheu hinsichtlich derartiger Praktiken ausdrücken.

**Nuno Teixeira (PPE).** – (PT) Herr Präsident, das Grünbuch zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik, bei der meine azorische Kollegin, Frau Patrão Neves, Berichterstatterin war, bietet eine einzigartige Gelegenheit für eine Aussprache über einen Sektor, der bei der Stabilisierung der lokalen Entwicklung in den Gebieten in äußerster Randlage eine wichtige Rolle spielen muss.

Madeira folgt den derzeit stattfindenden Diskussionen mit besonderem Interesse und ist der Ansicht, dass es unabdingbar ist, zwischen den traditionellen Fangflotten und den industriellen Großflotten zu unterscheiden, die unter andere Fischereibestimmungen fallen sollten. Die Unterstützung von Fördermaßnahmen, wodurch der Zugang zu Territorialgewässern innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone auf lokale traditionelle Fangflotten beschränkt ist, ist unabdingbar.

Auf Madeira ist die Unterstützung der Fangflottenmodernisierung sowie die Umsetzung von Verwaltungsmaßnahmen, wodurch die langfristige Bewahrung einer größeren Artenvielfalt gewährleistet wird, unbedingt notwendig. Nur auf diese Weise können wir Situationen vermeiden, die für die wirtschaftliche, umwelttechnische und soziale Stabilität untragbar sind.

Schließlich kämpfen wir für eine dauerhafte und zeitgemäße Unterstützung der Fischerei in den Gebieten in äußerster Randlage.

**Romana Jordan Cizelj (PPE).** – (SL) Europa hat viele Minderheiten und ethnische Minderheiten machen dabei einen maßgeblichen Teil aus. Einheimische Minderheiten machen dabei nur 8 % unserer Bevölkerung aus, wir müssen jedoch auch die Immigrantenminderheiten berücksichtigen, die weitere 6,5 % ausmachen.

Vor den letzten beiden EU-Erweiterungswellen mussten die Kandidatenländer ihre Einhaltung der Kriterien zu den Rechten von Minderheiten demonstrieren. Im Gegensatz dazu wurden die Politik für und die Beziehungen zu Minderheiten der Länder, die bis dato bereits Mitglieder der Europäischen Union waren, keinerlei Kontrolle unterzogen. Eine derartige Situation war inkongruent.

In letzter Zeit sind die slowenischen ethnischen Minderheiten in Italien, Österreich und Ungarn auf Grund von Einsparungen bei der Vertretung ihrer Interessen unter großen Druck geraten. Daher fordere ich die europäischen politischen Entscheidungsträger auf, die Angelegenheiten von Minderheiten auf europäischer Ebene ernst zu nehmen. Der neue Vertrag von Lissabon stellt eine Rechtsgrundlage für eine derartige Maßnahme dar. Ich dränge die Europäische Kommission zudem, einen Plan zu entwerfen und vorzulegen, der die Vorgehensweise in Bezug auf die Umsetzung der Vorgaben des Vertrages von Lissabon, die die Minderheiten schützen, genau aufzeigt.

**Anna Záborská (PPE).** – (SK) Der Slowakei droht der Bau eines Mega-Kasinos, das irreführenderweise als Metropolis bezeichnet wird. Nachdem sich Slowenien, Ungarn und Österreich geweigert haben, die erforderlichen Lizenzen auszustellen, wenden sich die beteiligten Gruppen nun an die Slowakei, um ihren Geschäftsplan dort umzusetzen. Das Parlament in Breslau hat sich negativ dazu geäußert, aber die Entscheidung ist nicht endgültig, und das Glücksspielprojekt wird fortgesetzt.

Der Bauunternehmer greift bereits zu Euphemismen und stellt das Projekt als multifunktionales Zentrum vor. Es wird von Spielplätzen, einem Aqua-Park und einem Konferenzzentrum geredet, nicht jedoch über ein Mega-Kasino.

Welche Hindernisse kann die EU errichten, um dem Glücksspiel in den Mitgliedstaaten einen Riegel vorzuschieben? Wie schützt die EU ihre schutzbedürftigsten Personengruppen? Es ist kein Geheimnis, das Glücksspiel mit Kriminalität, Gewalt, organisiertem Verbrechen, Prostitution und einer Vielzahl anderer verwandter Phänomene einhergeht. Ich fordere meine Mitgliedskollegen und auch die nationalen Verbände auf, die Bürger in der Slowakei bei ihrem Protest zu unterstützen, die schriftliche Erklärung zu unterzeichnen und somit auch unseren Protest zu fördern.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D).** – (RO) Der Name Roşia Montană muss sowohl für europäische Institutionen als auch für europäische Bürger extrem vertraut klingen. Wir reden über ein Gebiet in Rumänien, in dem sich historische Ruinen befinden, die die Aufmerksamkeit der UNESCO auf sich gezogen haben, und die nun möglicherweise zerstört werden. Die Verwendung von Cyaniden im Bergbau, durch die die Unversehrtheit und die Güter dieses Ortes in Gefahr geraten, ist als reale Möglichkeit wieder existent.

In den letzten Wochen hat die rumänische Regierung Anlass zu Befürchtungen gegeben, dass die Zerstörung der Region als annehmbar angesehen wird, wenn nur die Bergbau-Aktivitäten fortgesetzt werden können. Ich bitte das Europäische Parlament und die Europäische Kommission inständig, die Möglichkeit einer Intervention in EU-Foren für Führungskräfte zu erwägen, um dem Einhalt zu bieten, was sich zweifelsohne als ökologisches und menschliches Desaster erweisen wird.

**Derek Vaughan (S&D).** – Herr Präsident, ich möchte über die Energiepolitik reden. Wie einer meiner Vorredner bereits sagte, ist die Sicherung der künftigen Energieversorgung ein wesentlicher Punkt, der uns alle angeht, und um dieses Problem zu lösen, müssen wir uns einer großen Bandbreite an Technologien zuwenden: nicht nur einer, nicht nur Gas. Erneuerbare Energien werden natürlich eine wichtige Rolle spielen, ganz gleich, ob es sich dabei um Windkraft, Energie aus Biomasse oder Wasserkraftwerke handelt, aber auch Kernkraft und CCS müssen berücksichtigt werden.

Ich begrüße daher die letzten Initiativen der britischen Regierung. Diese hat in letzter Zeit eine Reihe von Projekten ins Leben gerufen, die sich mit neuen Technologien für erneuerbare Energien, Kernkraft und CCS beschäftigen. Meiner Ansicht nach sichern diese Strategien die künftige Energieversorgung in Großbritannien, und ich würde dies gern als Modell für den Rest Europas sehen. Ich glaube auf jeden Fall nicht daran, dass wir alles auf eine Karte setzen sollten: Wir müssen über eine große Technologiebandbreite verfügen. Ich möchte die Kollegen nachdrücklich auffordern, eben dies in Zukunft zu tun.

**Giommaria Uggias (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise hat die Europäische Kommission eine Maßnahme - deren Vorschlag hier heute diskutiert wird - zur Intensivierung der Bekämpfung der Steuerflucht vorgestellt. Diese ermöglicht durch den Austausch von Informationen zu Vermögenswerten eine bessere Transparenz der Steuersysteme in den europäischen Staaten.

Es ist eine gute Maßnahme, wir müssen uns jedoch auch daran erinnern, dass noch vor einigen Monaten eine Mehrheit im italienischen Parlament den Steuerschild genehmigt haben, der die Identität von Steuerflüchtlings verbirgt und europäischen Bürgern ihrer Mehrwertsteuer-Einnahmen beraubt.

Während die ganze Welt die Untugenden der Illegalität bekämpft, verletzen einige nationale Gesetze dennoch die Würde ehrlicher Bürger. Aus diesen Gründen haben wir, zusammen mit anderen Mitgliedern der Parteien *l'Italia dei Valori* und *Partito Democratico* eine Beschwerde bei der Kommission eingereicht.

Wir haben gehört, dass eine Reaktion auf unsere Beschwerde erfolgen wird. Ich fordere daher die Kommission auf, mutig zu sein, Verantwortung dafür zu übernehmen, den italienischen Steuerschild für illegal zu erklären und eine Besteuerung dieser Kapitalbeträge zuzulassen.

**Marek Henryk Migalski (ECR).** – (PL) Herr Präsident, ich möchte gern ein Thema ansprechen, das hier bereits erwähnt wurde; ich möchte das Gesagte jedoch nochmal untermauern. Während wir hier reden, wird im weißrussischen Iwieniec eine illegale Durchsuchung in einem der Büros der polnischen Minderheit „Vereinigung der Polen in Weißrussland“ durchgeführt. Dies ist ein weiterer Akt der Unterdrückung der polnischen Minderheit in Weißrussland. Ich weiß, Herr Präsident, dass Sie bereits persönlich in der Angelegenheit der hohen Strafe für Angelika Borys interveniert haben, und ich möchte Ihnen für Ihre Intervention danken, da wir dieser Organisation wirklich sehr verpflichtet sind. Gleichzeitig möchte ich an Sie, Herr Präsident, appellieren und auch an den Rat und die Kommission, schnellstmöglich eine Erklärung abzugeben und in der Angelegenheit der Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland - Verletzungen der Rechte der Polen - zu intervenieren. Aber ich erwähne dies im Zusammenhang mit der Verletzung von Bürgerrechten - Menschenrechten -, mit anderen Worten handelt es sich hierbei um ein Thema, das uns als Europäisches Parlament wichtig sein sollte.

**João Ferreira (GUE/NGL).** – (PT) Herr Präsident, in den letzten Wochen haben wir die Forcierung einer perfiden, ideologischen Kampagne in Bezug auf die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Austerisierung der öffentlichen Finanzen erlebt. Es ist kein Zufall, dass viele von denen, die bei dieser Kampagne eine führende Rolle spielen, zugleich die Verantwortlichen für die wirtschaftliche und soziale Krise sind. Genau so, wie sie es in der Vergangenheit taten, unterstützen sie bereits wieder die Beschneidung von Löhnen und Gehälter, sozialen und Arbeitsrechten sowie der sozialen Aufgaben des Staates.

Als Reaktion auf diese Angriffe gingen zehntausende portugiesische Arbeiter aus Protest auf die Straße und verlangten Lohnerhöhungen, die die Kaufkraft, die im letzten Jahrzehnt verloren ging, wieder herstellt sowie annehmbare Rentenbedingungen.

Öffentliche Konten sollen dem Wirtschaftswachstum angepasst werden, während die großen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des Reichtums, die das Kernstück der Krise ausmachen, beseitigt werden müssen. Die progressiven Kräfte des Arbeiterkampfes sind heutzutage ein Zeichen für Hoffnung und ein Anlass für den Glauben an eine bessere Zukunft.

**Godfrey Bloom (EFD).** – Herr Präsident, vor einigen Wochen brachte mein geschätzter Freund und Kollege aus Yorkshire, Edward McMillanScott, den Vorsitzenden der IPCC (International Panel on Climate Change) zu dieser Versammlung mit und präsentierte ihn in der Mittagspause als Ikone und führenden Klimawissenschaftsguru - und ich muss sagen, er sah wirklich wie ein Guru für mich aus -, es stellte sich jedoch heraus, dass er ein Eisenbahningenieur ist, der viele intelligente Bücher schreibt. Ich habe nichts gegen Eisenbahningenieure. Einige meiner besten Freunde sind Eisenbahningenieure, und sie lesen zweifelsohne intelligente Bücher - darum geht es gar nicht - aber es erklärt vielleicht, nicht wahr, warum die IPCC in den letzten Jahren so viel Unsinn von sich gegeben hat.

Wäre es nicht vielleicht eine gute Idee, wenn die Kommission der IPCC schreiben und einen neuen Vorsitzenden vorschlagen würde, der vielleicht etwas besser qualifiziert ist?

**Krisztina Morvai (NI).** – (HU) Vor einigen Minuten erwähnte Frau Anna Záborská diese Mega-Investitionen und auch die verschiedenen Glücksspiel-Kasino-Investitionen von Ausländern in Ungarn, gegen die György Budaházy, der bekannte Anführer der außerparlamentarischen Opposition mit 12 Mitgliedern der so

genannten Hunnia-Oppositionsgruppe, die sich seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft befinden, protestierte. Sie sind nicht berechtigt zu erfahren, welche Beweise gegen sie vorliegen. Darüber hinaus nimmt der Richter, der die Untersuchungshaft immer wieder verlängert, durch die eigentümlichen ungarischen Rechtsvorschriften bedingt und im Widerspruch zum Habeas-Corpus-Recht das Belastungsmaterial gegen sie überhaupt nicht genauer in Augenschein. Ich finde es skandalös, dass etwas Derartiges in der Europäischen Union geschehen kann und protestiere zum wiederholten Mal dagegen.

**Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (PPE).** – (EL) Herr Präsident, ich möchte eine Angelegenheit erwähnen, der ich eine große politische Bedeutung beimesse; Sie bezieht sich auf die nationalen Parlamente und ihre Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament im Rahmen der Bemühungen, die derzeit in Europa unternommen werden, um eine wirtschaftliche Erholung und finanzielle Stabilität zu erreichen.

Während die Kreditkrise zu einem fernen Echo verblasst, redet jeder über die Notwendigkeit, den Euro zu stärken, über die Kohäsion im Euroraum und über die wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union und den Solidaritätsmechanismus, der entwickelt werden muss.

Meiner Ansicht nach wird in diesem Rahmen der Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten unser gemeinsames Ziel aufzeigen, unsere gemeinsame Verantwortung und Solidarität, die wir auf europäischer und nationaler Ebene zeigen müssen, um sicherzustellen, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen und die richtigen Strategien anwenden. Es sind oft Strategien mit einer langfristigen Perspektive, die insbesondere für unseren nationalen Kollegen, die zu Hause den politischen Preis zahlen müssen, nur schwer nachzuvollziehen ist.

Ich denke, dass wir die Initiative ergreifen und diesen Dialog starten können.

**Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE).** – (ES) Herr Präsident, ich beziehe mich auf die europäische Charta zu den Rechten von Terrorismusopfern.

Am 15. Dezember sprach sich Herr Barrot dafür aus, eine europäische Charta zu den Rechten von Terrorismusopfern zu forcieren. Am 19. Januar begrüßte Frau Malmström die Worte von Herrn Barrot in einer wahrhaft positiven Grundhaltung. Im Namen des spanischen Vorsitzes erklärte der spanische Innenminister, Herr Pérez Rubalcaba, am 26. Januar, dass er die Terrorismusopfer vollkommen unterstützen würde und dass Spanien in der Kommission und im Rat alles in seiner Macht Stehende tun würde, um ihnen zu helfen.

All das wissen wir zu schätzen. Es ist jetzt aber an der Zeit, anlässlich des VI Internationalen Kongresses für Terrorismusopfer am 11., 12. und 13. diesen Monats in Salamanca den Worten Taten folgen zu lassen. Ich wünsche dem Kongress bei seiner Arbeit viel Erfolg. Herr Präsident, wir werden weiterhin ein Engagement in diesem Bereich fordern und es im Parlament unterstützen.

**Marc Tarabella (S&D).** – (FR) Herr Präsident, meine Kollegin Frau De Keyser hatte die Gelegenheit, uns die Tragödie, die am 27. Januar in Liège stattfand, in Erinnerung zu rufen. Natürlich werde ich ihre Worte über die Opfer und die Rettungsdienste, die unsere Anerkennung verdienen, nicht wiederholen.

Was mir Sorgen bereitet, ist, dass der Eigentümer des Gebäudes nicht versichert war. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Kommission einfach nur auf die Tatsache lenken, dass es, bevor wir über eine obligatorische Brandversicherung für jeden Bürger reden, hilfreich wäre, über eine obligatorische Haftpflichtversicherung für Schäden an Dritten, die gelegentlich in böswilliger Absicht, vor allem jedoch durch Nachlässigkeit entstanden sind, zu reden.

Meiner Ansicht nach könnte die Kommission entweder einen Vorschlag, beispielsweise im Rahmen des Verbraucherschutzes - wobei der Verbraucher in diesem Fall der Bürger wäre - einreichen, oder aber eine Initiative, die auch vom Parlament kommen könnte.

Auf jeden Fall möchte ich meine Kollegen, die mich in dieser Angelegenheit unterstützen können, aufrufen, jeden Bürger aufzufordern, eine Haftpflichtversicherung zur Deckung von Schäden an Dritten abzuschließen.

**Sonia Alfano (ALDE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, *Gas Natural*, eine spanische Holdinggesellschaft, hat ein Projekt für Wiederverdampfungsanlagen im Onshore-Bereich eingereicht, das die Gegend um Trieste betraf und das vom italienischen Umweltministerium genehmigt wurde.

Der technische Vorstand der Wiederverdampfungsanlage in Trieste hat auf einige wesentliche Mängel hingewiesen. Nach dem informellen Treffen zwischen der Europäischen Kommission, Italien und Slowenien

am 26. Januar 2010 hat der italienische ständige Vertreter der Europäischen Union öffentlich gemutmaßt, dass die Europäische Union dieses Projekt genehmigt hätte, während die offizielle Stellungnahme aus Slowenien lautet, dass die Gegenparteien aufgefordert worden seien, eine Einigung zu erzielen.

Diese Einigung ist auf Grund des untypischen Hintergrundes der Angelegenheit um die Wiederverdampfungsanlage wahrscheinlich nur schwer zu erzielen. Es hat sich in der Tat gezeigt, dass die Gremien, die für die Garantien und die Sicherheit zuständig sind, ihren Schutzverpflichtungen nicht nachkommen konnten. Auf die maßgeblichen Verzögerungen bei der Erstellung von externen Notfallplänen und bei der Kommunikation mit öffentlichen Gremien und Behörden, die für das Notfallmanagement zuständig sind, wurde bereits hingewiesen. Es wurde auch bereits erwähnt, dass die Öffentlichkeit über die Risiken schwerer Unfälle im Rahmen des Verhaltenskodex nicht informiert wurde und dass eine objektive Bewertung des Domino-Effekts, der durch einen möglichen Unfall in gefährlichen industriellen Anlagen entstehen kann, noch aussteht.

Daher glauben wir, dass dies nur ein weiterer Versuch ist, ein hochgefährliche Anlage zu bauen, in dem Wissen, dass absolut keine Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden.

**Präsident.** – Meine Damen und Herren, wir haben unsere Sitzung der einminütigen Reden um 15 Minuten verlängert.

#### **VORSITZ Libor ROUČEK**

*Vizepräsident*

### **14. Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung - Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen - Fakultative und zeitweilige Anwendung des Reverse Charge-Verfahrens auf Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen (Änderung der Richtlinie 2006/112/EG) - Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt ist die gemeinsame Aussprache über die vier Berichte, die das Steuerwesen betreffen.

Diese sind:

- der Bericht von Frau Alvarez über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (A7-0006/2010),
- der Bericht von Herrn Dumitru Stolojan über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen (A7-0002/2010),
- der Bericht von Herrn Casa über die fakultative und zeitweilige Anwendung des Reverse Charge-Verfahrens auf Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen (A7-0008/2010),
- der Bericht von Herrn Domenici über die Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich (A7-0007/2010),

Ich erteile Frau Alvarez als Berichterstatterin vier Minuten lang das Wort.

**Magdalena Álvarez, Berichterstatterin.** – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Europäische Union begründet sich auf der Grundlage der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Ein gutes Beispiel für diese Solidarität ist die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei Steuerangelegenheiten, die eine grundlegende Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Union darstellt. Es geht hierbei um die Loyalität zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Steuerbehörden. Diese Loyalität ist gleichbedeutend mit Vertrauen, denn Partner, die einander vertrauen und sich gegenseitig als Verbündete betrachten, werden Betrügern nicht erlauben, sich in ihr Gebiet zurückzuziehen und dort ihre betrügerischen Handlungen fortzusetzen.

Steuerbetrug schadet der gesamten Wirtschaft und hat ernste Auswirkungen auf die nationalen Haushalte, da er unsere Möglichkeiten einschränkt, Ausgaben zu tätigen und zu investieren. Außerdem verletzt er das Prinzip der Steuergleichheit in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Regeln halten. Es entstehen ungerechte Wettbewerbsvorteile, die die Funktionsweise des Marktes beeinträchtigen. All diese

Konsequenzen sind besonders besorgniserregend, weil sich laut neuester Schätzungen der Steuerbetrug innerhalb der Europäischen Union auf 200 Mrd. EUR pro Jahr beläuft. Wenn man sich überlegt, dass diese Zahl doppelt so hoch ist, wie die Summe, die für das Konjunkturpaket der Kommission vorgesehen ist, erkennt man das wahre Ausmaß der fehlenden Einnahmen.

Wir stehen also vor einer großen Herausforderung und darauf müssen wir entschlossen reagieren. Die aktuell gültige Richtlinie bedeutet sicherlich einen ersten Schritt in diese Richtung. Leider hat die praktische Umsetzung dieser Richtlinie, trotz aller darin enthaltenen guten Vorsätze, nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht.

Die Zeit ist gekommen, einen Schritt weiter zu gehen und uns mit neuen Instrumenten zu rüsten, damit die Themen, die das Steuerwesen betreffen, gemeinsam mit der Marktintegration und Liberalisierung behandelt werden können. Ich begrüße daher den von Kommissar Kovács vorgelegten Vorschlag und möchte ihn zu seiner Arbeit während seines gesamten Mandats beglückwünschen, vor allem aber heute zu seinem Vorschlag für diese neue Richtlinie.

Dieser Vorschlag wird uns mehr und effektivere Mittel zur Verfügung stellen, mit denen wir den Steuerbetrug und die Steuerhinterziehung in Europa bekämpfen können. Die neue Richtlinie bedeutet in dieser Hinsicht einen quantitativen und qualitativen Sprung nach vorne. Es ist ein quantitativer Schritt nach vorne, weil neue Verpflichtungen festgesetzt werden und ein qualitativer Schritt nach vorne, weil die bestehenden Verpflichtungen erweitert und genauer beschrieben werden. Durch die Einführung des automatischen Informationsaustauschs anstelle des Austauschs auf Nachfrage erweitert sich der Anwendungsbereich der Richtlinie.

Das dritte neue Element ist die Aufhebung des Bankgeheimnisses. Meiner Meinung nach ist dies die bemerkenswerteste Maßnahme des Vorschlags, da die Aufrechterhaltung des Bankgeheimnisses die größte Hürde für die Steuerbehörden darstellt. Die OECD fordert schon lange die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die G20 haben sich diesem Vorhaben nun angeschlossen. Die Umsetzung dieses Vorhabens wird ein effektives Mittel zur Beendigung der unhaltbaren Existenz von Steueroasen innerhalb der EU sein.

Dieses Ziel ist auch Teil des heute vorliegenden Berichts. In diesem Bericht versuchen wir, die Ergebnisse der Vorschläge der Kommission zu stärken. Die Absicht ist es, die Effizienz der neuen Richtlinie zu verbessern und ihren Anwendungsbereich zu erweitern.

Ich möchte keinen umfassenden Kommentar abgeben und beziehe mich auf die grundsätzlichen Änderungsanträge. Erstens wird der Anwendungsbereich erweitert, die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches gefördert und das Bankgeheimnis betreffend wird die Erweiterung des Anwendbarkeitskriteriums vorgeschlagen, um es mit dem Rest der Richtlinie in Einklang zu bringen. Es gibt auch Kompromissänderungsanträge, nämlich die, die sich auf den automatischen Informationsaustausch, den Schutz und die Vertraulichkeit von Daten und den Austausch von Informationen mit Drittländern beziehen.

Schließlich möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für ihre Arbeit und ihre Kooperationsbereitschaft danken. Man muss ihnen zu ihrer Haltung gratulieren. Wir haben einen Konsens auf breiter Ebene gefunden. Das Haus sendet damit eine eindeutige Botschaft aus. Das Parlament hat sich dem Kampf gegen den Steuerbetrug und die Steuerhinterziehung verschrieben und steht fest hinter den Grundsätzen der EU: Loyalität, Transparenz und fairer Wettbewerb.

**Theodor Dumitru Stolojan, Berichterstatter.** – (RO)Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat deutlich gezeigt, wie wichtig solide, tragfähige öffentliche Finanzen in allen Mitgliedstaaten sind. Die Mitgliedstaaten, die ihre öffentlichen Finanzen im Griff haben und eine antizyklische Finanzpolitik verfolgen, konnten finanzielle Anreize bieten, um ihren Volkswirtschaften aus der Krise herauszuhelfen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich als Berichterstatter die Initiative der Europäischen Kommission und den Richtlinienentwurf des Rates zur Verbesserung der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Forderungen im Zusammenhang mit Steuern und Zölle. Diese Richtlinie wird nicht nur die Effektivität bei der Beitreibung von Forderungen deutlich steigern, sondern auch die Arbeitsweise des europäischen Binnenmarkts verbessern. Ich möchte für Sie noch einmal bekräftigen, dass dieser Richtlinienentwurf deutliche Verbesserungen enthält, die mehrere wichtige Aspekte der Beitreibung von Forderungen betreffen: der Informationsaustausch zwischen Behörden, Methoden zur Verfolgung von Forderungen und die Erfahrungsberichte, die die Europäische Kommission benötigt, um die stetig wachsende Aktivität zu überwachen, die sich in der Anzahl der Fälle in den Mitgliedstaaten widerspiegelt.

Änderungsanträge wurden erstellt. Ich möchte allen Kollegen danken, die diese Änderungsanträge eingereicht haben, die die Anwendungsmöglichkeiten der Richtlinie näher erläutern.

**David Casa, Berichterstatter.** – (MT) Ich glaube, dass dieser Bericht deutlich das effiziente Handeln der Europäischen Union durch ihre Institutionen veranschaulicht, wenn sie mit einem Problem konfrontiert wird, das dringender und besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Ich denke, wenn wir vom innergemeinschaftlichen Betrug durch so genannte „verschwundene Händler“ sprechen, müssen wir die zeitlich begrenzten Maßnahmen beachten, die Teil der Förderung werden müssen, die das Ausnutzen der Mehrwertsteuersysteme in Europa beenden soll. Dieser Betrug wird, wie eben erwähnt, als innergemeinschaftlicher Betrug durch verschwundene Händler bezeichnet. In seiner schlimmsten Form ist dieser Betrug als „Karussellbetrug“ bekannt, der als kriminelle Handlung von erfahrenen, professionellen Betrügern durchgeführt wird.

Neue Studien zeigen, dass diese Art des Betrugs 24 % aller Betrugsfälle ausmacht, die die Mehrwertsteuer betreffen. So ein Fall liegt vor, wenn eine Person, die eine Dienstleistung anbietet oder eine Ware verkauft, eine Mehrwertsteuerzahlung eines innergemeinschaftlichen Käufers erhält und diese Zahlung dann buchstäblich verschwindet, ohne dass die Betrüger die erforderliche Zahlung an den Fiskus leisten.

Diese Art des Betrugs wird „Karussell-Betrug“ genannt, weil die Mehrwertsteuer in jedem weiteren Land verschwindet, in dem diese Art des Handels durchgeführt wird. Der Vorschlag der Kommission gibt uns nun die Möglichkeit, dieses Risiko, das beim innergemeinschaftlichen Wirtschaftsverkehr besteht, zu eliminieren. Wir müssen sicherstellen, dass wir keine zusätzlichen bürokratischen Hürden aufbauen und die ehrlichen Unternehmer unter den Folgen leiden lassen. Wir müssen vorsichtig sein, damit diese zeitlich begrenzten Maßnahmen nicht auf viele verschiedene Produkte angewendet werden, sondern nur auf die Produkte, die überwacht und bewertet werden können.

Ich sollte auch das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten erwähnen, da es im Zuge dieses Vorschlags der Kommission geändert wurde. Wir halten fest, dass aufgrund der Schwachstellen des Systems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten eine weitere Änderung aufgenommen wurde, nach der ein Mitgliedstaat, der sich zu der Teilnahme an diesem System bereit erklärt, sich für alle Zahlungen für Treibhausgasemissionszertifikate uneingeschränkt dem Reverse Charge-Verfahren anschließen muss, weil Koordination und direktes Handeln der Mitgliedstaaten absolut notwendig sind.

Momentan und bis 2012 werden ca. 90 - 95 % der Gutschriften unter denen aufgeteilt, die die meisten Emissionen verursachen. Sie werden von den nationalen Regierungen vergeben und zwischen 5 und 10 % der Gutschriften werden zur Auktion freigegeben. Ab 2013 wird die Mehrheit der Gutschriften durch Auktionen vergeben und daher müssen wir vor der Umsetzung dieses Systems sicherstellen, dass der Markt vor denen geschützt wird, die das System ausnutzen wollen.

Ich denke, wenn man die Einigung innerhalb des Ausschusses für Wirtschaft und Währung betrachtet, auch unter Berücksichtigung der von mir erreichten Kompromisse mit den Sozialisten, den Liberalen und allen anderen Fraktionen, sollte meiner Meinung nach der Weg für ein zuverlässigeres System geebnet sein. Wenn also mein Bericht angenommen wird, können wir wirksam gegen Betrug vorgehen und damit die Effektivität des Mehrwertsteuersystems innerhalb der Europäischen Union verbessern.

**Leonardo Domenici, Berichterstatter.** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch wenn das Thema des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich schon immer sehr wichtig war, so hat es seit der großen Finanz- und Wirtschaftskrise vor zwei Jahren noch an Bedeutung gewonnen. Europäische und internationale Gipfel, der G20-Gipfel, haben darüber diskutiert und diskutieren noch heute, vor allem, wenn es um die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Steueroasen geht.

All das ist wichtig. Es ist ein Zeichen von Entschlossenheit und Willenskraft, aber wir dürfen nicht der Annahme verfallen, dass alles mit einer Ankündigung erledigt ist. Wir brauchen eine effektive, langfristige Politik. Viele Probleme müssen noch angegangen werden. Es ist nach wie vor viel zu einfach, eine Tarnfirma einzurichten, um keine Abgaben entrichten zu müssen. Sehen Sie sich einfach im Internet um: Es gibt tausende Websites, die Unternehmen zum Verkauf anbieten, auch in Ländern der Europäischen Union. In vielen Fällen muss man zur Einrichtung eines Unternehmens nur eine E-Mail mit einer Kopie des Passes im Anhang verschicken. Wir müssen der Schaffung von fiktiven juristischen Personen zum Zweck der Steuerhinterziehung ein Ende bereiten.



Der Bericht, den ich vorlege, basiert auf der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 28. April 2009 über die Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich. In diesem Bericht wird die Vorlage konkreter Vorschläge gefordert sowie ein starkes Engagement der Europäischen Kommission und des Rates, damit diese Vorschläge umgesetzt werden können. Die Bekämpfung von Steueroasen, Steuerhinterziehung und illegaler Kapitalflucht muss in der Europäischen Union als Priorität angesehen werden.

Deswegen brauchen wir den Grundsatz des verantwortungsvollen Handelns, der auf Transparenz, Informationsaustausch, grenzübergreifender Zusammenarbeit und fairem Steuerwettbewerb basiert. Der Punkt ist, dass wir innerhalb der Europäischen Union die Zusammenarbeit im Steuerwesen intensivieren müssen.

Das generelle Ziel, das wir uns setzen müssen, ist der automatische Informationsaustausch auf globaler, multilateraler Ebene; doch offensichtlich muss dies innerhalb der Europäischen Union beginnen. Wie Frau Alvarez bereits erwähnte, müssen wir das Bankgeheimnis in den Ländern der Europäischen Union komplett abschaffen und möglichst schnell die anstelle des Informationsaustauschs bestehenden befristeten Ausnahmen abschaffen, die die Anwendung einer Quellensteuer erlauben, die oft hinterzogen oder zu niedrig bewertet wird.

Ich möchte mich nicht mit den einzelnen im Bericht enthaltenen Vorschlägen aufhalten. Ich möchte aber betonen, dass vor allem die folgenden Schritte notwendig sind: Die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Zinsbesteuerungsrichtlinie von 2003, um Mehrwertsteuerbetrug zu bekämpfen, die Schaffung eines EU-weiten öffentlichen Registers, in dem die Namen der Personen und Unternehmen verzeichnet sind, die Firmen oder Konten in Steueroasen unterhalten. Außerdem brauchen wir neue Impulse bei der Harmonisierung der Steuern, beginnend mit der einheitlichen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.

Die Europäische Union muss auf internationaler Ebene einen einheitlichen Standpunkt vertreten und für die Verbesserung der OECD-Standards kämpfen, damit ein automatischer Informationsaustausch anstelle eines Austauschs auf Nachfrage stattfinden kann.

Herr Kovács, nun da wir auch die anderen Berichte gehört haben, brauchen wir ein starkes Engagement der Kommission, und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Schwerpunkte zum Zeitpunkt der Übergabe auch der neuen Kommission deutlich gemacht werden. Als Europäisches Parlament haben wir das Recht, vom Rat und der Kommission zu verlangen, dass sie für ihre Arbeit Rechenschaft ablegen.

Ich danke meinen Kollegen und vor allem den Schattenberichterstatern für den Beitrag, den sie zu dieser Arbeit geleistet haben, die hoffentlich vom Parlament übernommen wird.

**László Kovács, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, verehrte Mitglieder, es ist mir eine Freude, heute mit Ihnen über Steuerangelegenheiten zu diskutieren, an diesem letzten Tag meines Mandats als Kommissar für Steuern und Zollunion.

Ich möchte als Erstes dem gesamten Europäischen Parlament meinen Dank aussprechen und vor allem auch dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung für die Unterstützung danken, die ich und die Kommission in den letzten fünf Jahren für die meisten, wenn auch nicht für alle eingereichten Steuervorschläge erhalten haben.

Die steuerpolitischen Themen, die Sie momentan besprechen, haben einen entscheidenden Einfluss auf die Umsetzung des Ziels der Kommission, den Steuerbetrug besser bekämpfen zu können, der der EU jährlich einen finanziellen Schaden von 200 Mrd. EUR bis 250 Mrd. EUR zufügt. Wir wollen ebenfalls die Transparenz und die Zusammenarbeit verbessern.

Ich möchte besonders Herrn Domenici, Frau Alvarez, Herrn Stolojan und Herrn Casa danken, weil sie so konstruktiv mit diesen Steuerinitiativen umgehen. Ich bin hocherfreut, dass die Berichte im Grunde eine Unterstützung der Initiativen der Kommission darstellen. Ich verstehe, dass die Berichte stärkere Anstrengungen fordern: erstens zum Thema verantwortungsvolles Handeln im Steuerwesen in der Europäischen Union und darüber hinaus; zweitens zum Thema behördliche Zusammenarbeit im Steuerwesen; drittens zum Thema gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von steuerlichen Forderungen; und viertens zum Thema Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs, vor allem Karussell-Betrug.

Was das verantwortungsvolle Handeln im Steuerwesen betrifft, sieht die Politik der Kommission vor, dass die Grundsätze der Transparenz, des Informationsaustauschs und des fairen Steuerwettbewerbs auf globaler Ebene verfolgt werden. Die Kommission hat die Mitteilung vom April 2009 angenommen und hat sich

diesen Grundsätzen verschrieben, um zur Schaffung gleicher Voraussetzungen den grenzübergreifenden Steuerbetrug und -hinterziehung in und außerhalb der EU zu bekämpfen.

Die Kommission hat mehrere Vorschläge vorgelegt, um verantwortungsvolles Handeln in der EU zu fördern. Die Vorschläge werden nach wie vor erörtert, aber ich hoffe, dass sie bald angenommen werden, um damit unsere Argumente zu bestärken, damit andere Ländern ähnliche Schritte unternehmen.

Die Kommission glaubt fest daran, dass eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und ihren Partnerländern immer von den Grundsätzen des verantwortungsvollen Handelns begleitet sein sollte. Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Rates von 2008 besteht die Absicht, durch die Einführung entsprechender Vereinbarungen mit Drittländern eine Grundlage zu schaffen, die die EU-Partner anerkennen und derzufolge sie sich verpflichten, die Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Steuerwesen umzusetzen.

Man muss den Entwicklungsländern besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Dienststellen der Kommission erstellen momentan eine Mitteilung, die sich mit verantwortungsvollem Handeln im Steuerwesen, insbesondere im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt. Diese Mitteilung wird zeigen, welche Rolle verantwortungsvolles Handeln im Steuerwesen bei der Verbesserung der Mobilisierung von Ressourcen in Entwicklungsländern spielen kann, vor allem durch den Kapazitätenaufbau.

Ich begrüße Ihre Unterstützung für die volle Einbindung der Kommission in die Arbeit der im OECD Global Forum durchgeführten Peer-Review-Verfahren, insbesondere bei der Identifikation kooperationsunwilliger Staaten, der Entwicklung eines Verfahrens zur Erfüllungskontrolle, und der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Einhaltung von Normen. Die Europäische Kommission sollte weiterhin eine aktive Rolle übernehmen, damit sichergestellt wird, dass alle Partner sich an ihre Zusagen halten.

In Bezug auf die Anzahl der Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch, genauer gesagt zwölf, die ein Staat unterzeichnen muss, um den Status eines kooperationswilligen Steuergebiets zu erhalten, sollte die Kommission diese Anzahl neu bewerten und dabei qualitative Aspekte einbeziehen; dazu gehört erstens, mit welchen Staaten diese Abkommen geschlossen wurden. Denn ganz offen gesagt würde eine Steueroase, die zwölf Abkommen mit anderen Steueroasen geschlossen hat, die Kriterien sicher nicht erfüllen. Zweitens ist von Bedeutung, ob ein Staat bereit ist, weitere Abkommen zu unterzeichnen, auch wenn die Kriterien erfüllt sind, und drittens die Effektivität der Umsetzung.

Im Hinblick auf Ihre Forderung nach mehr Möglichkeiten für Sanktionen und Anreize, die verantwortungsvolles Handeln im Steuerwesen fördern sollen, prüft die Kommission bereits eine Reihe von Anreizen zur Förderung von verantwortungsvollem Handeln auf EU-Ebene, wie beispielsweise die Anwendung der Entwicklungshilfe, um bestimmte Drittländer von der Praxis abzubringen, unfaire Steuerpolitik zu betreiben. Die Arbeit an möglichen Sanktionen ist noch nicht so weit fortgeschritten, und bei jeder Maßnahme der EU muss die Steuerpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Es gibt allerdings zwei bestimmte Bereiche, bei denen ich Ihnen nicht ganz zustimmen kann. Der eine Bereich betrifft die öffentlichen Register und die Veröffentlichung von Informationen über Investoren in Steueroasen. Ich denke, wir müssen ein Gleichgewicht zwischen Privatsphäre und der Notwendigkeit für die Staaten, ihre Steuergesetze durchzusetzen, schaffen.

Auch wenn es keine Beschränkungen für den Informationsaustausch in Bezug auf das Bankgeheimnis oder Zinsbesteuerungsvorgaben im Inland geben sollte, so müssen doch die Rechte der Steuerzahler geachtet und die strenge Geheimhaltung der ausgetauschten Informationen gewährleistet werden. Diese Grenzen müssen beachtet werden, deshalb glaube ich nicht, dass ein öffentliches Register die beste Lösung darstellt.

Die andere Sorge betrifft die Verrechnungspreise. Sie schlagen vor, zur besseren Erkennung von fehlerhaften Transaktionspreisen und der am häufigsten verwendeten Arten der Steuerhinterziehung die Methoden des Gewinnvergleichs anzuwenden. Ich denke, dass es wohl möglich ist, den Vergleich der Gewinne in einer Branche als Indikator für fehlende Summen zu verwenden, aber dass ein einziger Indikator nicht ausreicht, einen falschen Verrechnungspreis klar zu erkennen; dieser Indikator kann nur Teil einer weitreichenderen Risikobewertung zur Genauigkeit von berechneten Preisen darstellen, die bei Transaktionen zwischen Tochtergesellschaften eines multinationalen Unternehmens gezahlt werden.

Die Methode des Gewinnvergleichs ist nur dann akzeptabel, wenn sie zu denselben Ergebnissen wie die transaktionsbezogenen Methoden führt. Die unmittelbare Anwendung der Methode des Gewinnvergleichs, so wie es im Änderungsantrag offenbar gefordert wird, würde wohl nicht die perfekte Lösung darstellen.

Die vorgeschlagene neue Richtlinie zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung zielt darauf ab, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und Mechanismen des Informationsaustausches zu verbessern und zu vereinfachen, um Steuerbetrug und Steuerhinterziehung besser zu vermeiden. Genauer gesagt, wird in der Richtlinie vorgeschlagen, das Bankgeheimnis zwischen den Mitgliedstaaten zum Zweck der behördlichen Zusammenarbeit aufzuheben. Ich begrüße die konstruktive Einstellung von Frau Alvarez und ihre Unterstützung für diesen Vorschlag sehr.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass die stärkste Kontroverse bei der Diskussion innerhalb der Ausschüsse, die den automatischen Informationsaustausch auf freiwilliger Basis vorschlagen, die Änderungsanträge betrifft; die Entscheidung läge hier bei den Mitgliedstaaten.

Lassen Sie mich noch einmal betonen, dass das Ziel dieses Vorschlags eine EU-weite Verbesserung des Informationsaustausches und sonstiger behördlicher Zusammenarbeit ist; vor allem der automatische Informationsaustausch ist eine grundlegende Voraussetzung, um Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu verhindern.

Die Förderung des Informationsaustausches auf Nachfrage als OECD-Standard ist sicherlich ein annehmbarer Ansatz im Umgang mit Drittländern, aber bei einem integrierten Binnenmarkt wie dem der EU müssen die Mitgliedstaaten ambitionierter sein und einen Schritt weiter gehen. Sie müssen in der Lage sein, ihre effektivsten zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um das politische Ziel der Bekämpfung des Steuerbetrugs und der Steuerhinterziehung zu erreichen.

Mir fällt auf, dass der Berichtentwurf zum verantwortungsvollen Handeln im Steuerwesen die Notwendigkeit des automatischen Informationsaustausches als grundsätzliche Regel unterstreicht, um die Verwendung von künstlich erschaffenen juristischen Personen zum Zweck der Steuerhinterziehung zu unterbinden. Mir fällt auch auf, dass in dem Bericht der Vorschlag für eine neue Richtlinie zur behördlichen Zusammenarbeit begrüßt wird, da auch die Ausweitung der Anwendbarkeit auf alle Steuerarten und die Aufhebung des Bankgeheimnisses genannt werden. Ich bitte Sie daher, nicht für den von der PPE-Fraktion vorgelegten Änderungsantrag zu stimmen, der vorsieht, alle Verweise auf den automatischen Informationsaustausch aus dem Bericht zu entfernen.

Die Änderungsanträge betreffend, die genauere Regelungen für den Schutz personenbezogener Daten vorsehen, möchte ich noch einmal deutlich machen, dass die Mitgliedstaaten in jedem Fall die für diesen Bereich geltenden Rechtsvorschriften der Gemeinschaft einhalten müssen und dass daher diese Regelungen ohne weitere Änderungen des Texts des aktuellen Richtlinienentwurfs einzuhalten sind. Nur um es klarzustellen: Ich könnte mir eine allgemeine Erwägung der bestehenden Regelungen der Gemeinschaft vorstellen.

Was die Änderungsanträge zum Bewertungssystem und zu den Voraussetzungen betrifft, glaube ich, dass die Regelungen, die im Änderungsvorschlag vorgesehen und im Kompromiss des Ratsvorsitzes bekräftigt wurden, einen angemessenen Rahmen bieten sollten, der der Grundidee der Änderungsvorschläge entspricht.

Die Kommission kann prinzipiell gewisse Änderungsanträge annehmen, wie den Antrag, der die Möglichkeit der Kommission betrifft, delegierte Rechtsakte in Bezug auf technische Verbesserungen in den Kategorien Einkommen und Kapital, die Teil des automatischen Informationsaustausches sind, zu übernehmen, solange die Kategorien in der Richtlinie selbst und nicht durch die Komitologie festgelegt sind. Dies ist auch im Sinne der aktuellen Debatten innerhalb des Rates.

Die Kommission kann auch prinzipiell die Änderungsanträge zum Thema Bankgeheimnis annehmen, die nicht auf der Unterscheidung der Steuerzahler aufgrund ihres steuerlichen Wohnsitzes basieren. Außerdem nimmt die Kommission prinzipiell die Änderungsanträge zur Anwesenheit und Teilnahme von Beamten bei behördlichen Untersuchungen an.

Die Kommission wird den Sinn dieser Änderungsanträge in den Beratungen des Rates rechtfertigen, ohne ihren Vorschlag formell zu ändern, da diese Bestimmungen offenbar bereits im Text des Kompromisses enthalten sind.

Ich möchte mich nunmehr dem Vorschlag der Kommission zur gegenseitigen Unterstützung bei der Beitreibung von Steuern zuwenden. Die nationalen Maßnahmen zur Beitreibung von Steuern wirken nur innerhalb der Staatsgebiete, und Betrüger nutzen dies aus, um Insolvenzen in den Mitgliedstaaten zu organisieren, in denen sie Schulden haben. Die Mitgliedstaaten bitten daher immer öfter um die Unterstützung anderer Mitgliedstaaten, um die Steuern beizutreiben, aber durch die aktuellen Maßnahmen konnten nur 5 % der Schulden eingetrieben werden.

Der Vorschlag der Kommission sieht die Einrichtung eines verbesserten Systems der gegenseitigen Unterstützung vor, dessen Regeln einfacher anzuwenden sind und das flexiblere Bedingungen für das um Hilfe ersuchende Land bereitstellt. Wie sie wissen, hat ECOFIN am 19. Januar 2010 eine Vereinbarung zu einem allgemeinen Konzept bezüglich des Richtlinienvorschlags getroffen. Ich begrüße die konstruktive Haltung zu diesem Vorschlag, die im Bericht von Herrn Stolojan deutlich wurde.

Die Kommission kann prinzipiell den Änderungsantrag annehmen, bei dem die Zuständigkeiten von Beamten des ersuchenden Mitgliedstaates im ersuchten Mitgliedstaat einer Vereinbarung beider Mitgliedstaaten unterliegen. Dies entspricht auch dem Text des Kompromisses im Rat. Allerdings kann die Kommission andere Änderungsanträge nicht annehmen, wie beispielsweise den systematischen und automatischen Informationsaustausch im Bereich der Beitreibung, da dadurch ein unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand entstehen könnte, da auch unproblematische Beitreibungen davon betroffen wären. Trotzdem wird die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Möglichkeiten prüfen, wie die Unterstützung bei der Beitreibung von Steuern erweitert werden kann, und mögliche Probleme ansprechen.

Lassen Sie mich zu guter Letzt einige Worte zum Vorschlag der Kommission zur fakultativen und zeitweiligen Anwendung des Reverse Charge-Verfahrens sagen. Um schnell auf neue beunruhigende Betrugsmethoden zu reagieren, die aus mehreren Mitgliedstaaten gemeldet werden, ist das Ziel dieses Vorschlags, den interessierten Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, im Rahmen einer fakultativen und zeitweiligen Maßnahme das Reverse Charge-Verfahren anzuwenden, wodurch Kunden sich in einigen betrugsanfälligen Branchen für die Mehrwertsteuer verantworten müssen. Im Rahmen des Richtlinienvorschlags könnten die Mitgliedstaaten aus fünf Kategorien höchstens zwei Kategorien besonders betrugsanfälliger Waren, beispielsweise Mobiltelefone sowie eine Kategorie der Dienstleistungen, wie Treibhausgasemissionszertifikate, auswählen, bei denen im letzten Sommer schwere Betrugsfälle in Form von Ringgeschäften aufgedeckt wurden.

Sie müssten die Wirksamkeit dieser Maßnahme beurteilen und den Einfluss auf eine mögliche Verlagerung des Betrugs in andere Mitgliedstaaten beobachten sowie die Verlagerung auf andere Warentypen und neue Betrugsmuster.

Ich war erfreut über die Entscheidung des Rates, den Vorschlag so schnell anzunehmen und sich schon am 2. Dezember beim ECOFIN darauf zu einigen. Natürlich ist es bedauerlich, dass nur eine Einigung für den ersten Teil des Vorschlags, nämlich zum Thema der Treibhausgasemissionszertifikate, erzielt werden konnte, aber ich bin mir darüber im Klaren, dass dieser Teil der dringendsten Handlung bedurfte.

Die Kommission wird weiterhin so konstruktiv wie möglich ihren Beitrag zu den Verhandlungen des Rates im Bezug auf die verbleibenden Teile des Vorschlags leisten.

Letztendlich möchte ich dem Europäischen Parlament noch einmal für seine schnelle Reaktion und seine eindeutige Unterstützung danken. Auch wenn die Kommission momentan nicht in der Lage ist, alle vorgeschlagenen Änderungsanträge formell anzunehmen, so werden sie doch einen nützlichen Beitrag zu den kommenden Aussprachen im Rat leisten. Es geht hier letztendlich um unsere Fähigkeit, schnell auf einen gravierenden Betrugsmechanismus zu reagieren, aber auch um die Glaubwürdigkeit des EU-weiten Handels mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

**Der Präsident.** – Danke, Herr Kommissar Kovács. Wie Sie bereits erwähnten, ist dies Ihr letzter Tag in diesem Haus, darum möchte ich Ihnen für die hervorragende Zusammenarbeit mit Ihnen während Ihrer Amtszeit danken.

**Astrid Lulling, im Namen der PPE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, in vielen Fällen spielt Glück eine Rolle. In einer Zeit, in der wir über den Schutz der Privatsphäre und den einzelner Personen diskutieren, in der diese Diskussionen Auswirkungen zeigen, haben die Abgeordneten dieses Hauses die einmalige Gelegenheit, einige wichtige Grundsätze zu bekräftigen. Ob es um die Einführung der Ganzkörperscanner an Flughäfen oder das SWIFT-Abkommen mit den Vereinigten Staaten geht; diejenigen, die die Persönlichkeitsrechte energisch verteidigen, werden diese Woche nicht zögern, ihre Stimmen zu erheben, sogar wenn dadurch gewisse diplomatische Spannungen entstehen könnten.

Leider ist ihr Kampf für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger wandelbar und unbeständig. Wenn es um den Schutz von Bankdaten und Finanzdaten geht, wird das Gute plötzlich zum Bösen. Etwas, das in anderen Bereichen geschützt werden muss, wird im Namen eines neuen Gebots missachtet: die allgemeine „Zwangskoloskopie“ des Finanzsektors. Automatischer Austausch im Großformat, der die Grundlage der Berichte von Frau Alvarez und Herrn Domenici darstellt, ist der Scanner, der einen pausenlos durchleuchtet;

es ist der große Bruder des SWIFT-Abkommens, den man nicht mehr loswird. Dieses Parlament wird sich jedoch nicht von einem Widerspruch stoppen lassen. Es kann sich für den automatischen Austausch aller erdenklichen Datenarten zwischen den Finanzbehörden Europas aussprechen und gleichzeitig aus Gründen des Schutzes von Persönlichkeitsrechten das SWIFT-Abkommen mit den USA ablehnen.

Kann dieses Missverhältnis, dieser Widerspruch aus Gründen der Wirksamkeit verstanden oder manchmal sogar gerechtfertigt werden? Nein. Die goldene Regel, oder auch Ihre goldene Regel des automatischen Austauschs aller Finanz- und Bankdaten aller Ausländer wird unvermeidbar zu einer nicht verwaltbaren Datenflut führen. Der Präzedenzfall der Besteuerung von Kapitalerträgen sollte Ihnen allerdings als Warnung dienen. So ist es aber nicht. Wieder einmal haben Sie sich für den falschen Weg entschieden und Sie propagieren ein System, das nicht funktioniert. Niemand ist so taub wie die, die nicht hören wollen.

Und allen meinen Freunden, die besorgt sind über die bürokratischen Exzesse, die die Einführung dieser Struktur mit sich bringen könnte, sage ich, dass die einzige Lösung die Ablehnung dieser Strukturen ist, denn es bringt nichts, sie erst einzuführen und dann von ihren furchtbaren Folgen überrascht zu sein.

Erlauben Sie mir, Herr Präsident, ein letztes Wort an Kommissar Kovács zu richten, der heute Abend seine letzte Schlacht schlägt. Ich wünsche ihm einen angenehmen Ruhestand. Herr Kommissar, Sie haben in ihrer Karriere oft für die falsche Sache gekämpft, aber als die gute Seele, die ich bin, möchte ich Ihnen das im Nachhinein nicht zu negativ anrechnen. Genießen Sie Ihren Ruhestand, Herr Kommissar.

*(Die Rednerin erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)*

**Miguel Portas (GUE/NGL).** – (PT) Frau Lulling, ich möchte Ihnen nur eine Frage stellen. Was hat in Ihrer Rede der automatische Informationsaustausch von Steuerdaten mit der Aufhebung der Privatsphäre zu tun, da es sich doch klar um zwei verschiedene Bereiche handelt? In den meisten europäischen Ländern gibt es kein Bankgeheimnis. Es gibt automatische Mechanismen, mit denen Steuerinformationen zwischen den Steuerbehörden ausgetauscht werden, und das Vermögen der einzelnen Behörden wird nicht im Internet veröffentlicht. Gibt es denn keine Möglichkeit, diese beiden Themen zu trennen?

**Astrid Lulling,** *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, mein Kollege hat leider überhaupt nichts verstanden, aber da meine Redezeit abgelaufen ist, werde ich es ihm unter vier Augen erklären. Ich vertraue darauf, dass er es vor der Abstimmung verstanden haben wird.

**Liem Hoang Ngoc,** *im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in diesen Zeiten der Krise wurde öffentliche Mitteln vielfach verwendet, um erst das Finanzsystem zu retten und dann die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen abzdämpfen.

In diesem Zusammenhang wird viel über Haushaltsdefizite gesprochen, und die Ausgaben der Mitgliedstaaten werden infrage gestellt, aber der Rückgang der Steuereinnahmen darf in den Hintergrund rücken. Man vergisst, dass der Europäischen Union jedes Jahr 200 Mrd. EUR durch Steuerhinterziehung entgehen und dass diese Ressourcen für wichtige Konjunkturförderprogramme zur Verfügung gestanden hätten; diese Ressourcen würden es uns erlauben, dem Phänomen gelassen entgegenzutreten, das, in Anführungszeichen, von einigen als demografische Zeitbombe bezeichnet wird.

Deshalb sind die Texte, die wir heute diskutieren, so wichtig. Die Einführung gemeinsamer Instrumente und absoluter Transparenz zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Schuldeneintreibung sind notwendige Schritte, damit kein Bürger und kein Unternehmen seiner finanziellen Verantwortung entfliehen kann und damit jeder seinen Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen leistet.

Wir müssen den Steuerbehörden in jedem Land der EU die Mittel bereitstellen, um seine Aufgaben zu erfüllen. Wir müssen ebenfalls hervorheben, wie wichtig eine gesunde Finanzpolitik wirklich ist.

Jeder macht sich im Moment Sorgen um Griechenland. Wir sehen heute, wie extrem die Auswirkungen einer fehlenden effektiven Steuerbehörde sein können. Es ist nicht nur die Krise, die die Regierung unter Karamanlis in Mitleidenschaft zieht; es ist vor allem der fehlende politische Mut seines Vorgängers, der eine Reform der griechischen Finanzverwaltung verhinderte und damit auch die Schaffung eines effektiven Instruments zur Beitreibung von Steuern.

Wir hoffen, dass die Union in dieser Sache mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln solidarisch hinter Griechenland stehen wird. Ich hoffe, dass die Abstimmung am Mittwoch die Abstimmung des Ausschusses bestätigt und zu einigen inspirierenden Texten zum Thema Beitreibung von Steuern führt.

**Sharon Bowles**, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich bin froh, dass wir diese Aussprache über die Berichte noch in der Amtszeit des Kommissars führen, auch wenn es knapp ist. Der Ausschuss hat hart gearbeitet, um dies sicherzustellen. In vielen, vielleicht sogar den meisten Punkten standen wir gemeinsam im konstruktiven Dialog, Herr Kommissar, auch wenn wir uns natürlich nicht immer einig waren. Zum Beispiel haben wir uns auf die Mehrwertsteuer für innergemeinschaftliche Lieferungen geeinigt, aber wir waren bezüglich der gesamtschuldnerischen Haftung im Rahmen grenzüberschreitender Transaktionen unterschiedlicher Meinung; wir beide waren enttäuscht von der Langsamkeit und des fehlenden Rückhalts der Mitgliedstaaten. Ein solcher Fall war der Vorschlag der GKKB.

Aber angesichts dieser Enttäuschungen haben Sie effektivere, konventionelle Steuerungsmechanismen auf den Weg gebracht, die auf Zusammenarbeit, Informationsaustausch und Datenzugriff basieren. Also möchte ich diese Gelegenheit nutzen, Ihnen persönlich und als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung für Ihre Arbeit und Ihren Enthusiasmus während Ihrer Amtszeit zu danken. Wie meine Kolleginnen und Kollegen bereits sagten, in diesen Zeiten der finanziellen Belastung ist es um so wichtiger, den Staaten die Möglichkeit zu geben, die gesamten ihnen zustehenden Steuern auch einzuziehen. Diesen Impuls muss der Rat in Zukunft noch weiter forcieren. Diejenigen, die wissentlich Steuern hinterziehen, schaden der Gesellschaft und sollten keine Nachsicht erwarten, wenn sie erwischt werden, und wir müssen die Mittel zur Verfügung haben, um sie zu erwischen.

Speziell zum Thema der behördlichen Zusammenarbeit denke ich, dass wir vom automatischen Informationsaustausch profitieren können. Er knüpft an die Zinsbesteuerungsrichtlinie an, die hoffentlich bald vom Rat angenommen wird. Aber Ihr Handeln in Bezug auf dieses Thema hat bereits zu positiven Entwicklungen in und außerhalb der EU geführt. Ich stehe auch hinter der Richtlinie für gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen, aber ich halte eine niedrigere Schwelle für die Umsetzung für sinnvoller. Und zu guter Letzt möchte ich mich bei Ihnen und den Kolleginnen und Kollegen dafür entschuldigen, dass ich für den Rest dieser Aussprache nicht anwesend sein kann, aber wie so oft gibt es in diesem Haus Doppelbuchungen.

**Philippe Lamberts**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, seit einigen Wochen liegt es nun im Trend, sich Sorgen um die Haushaltsdefizite einiger Mitgliedstaaten zu machen. Man kann natürlich einige Beispiele öffentlicher Ausgaben kritisieren und dabei sollten wir uns auch nicht zurückhalten; man kann auch die Milliarden Euro erwähnen, die als Subventionen für fossile Brennstoffe ausgegeben werden, aber lassen Sie uns nicht vergessen, dass die gestiegenen Haushaltsdefizite vor allem eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind, wie es der Kollege der sozialistischen Fraktion bereits erwähnte.

Ich glaube nicht, dass die Regierungen eine Lektion zum Thema solide Verwaltung von den erhalten müssen, die durch ihre Vorliebe für riskante Geschäfte, die, ob Sie es glauben oder nicht, durch Schulden finanziert wurden, die Krise erst ausgelöst haben.

Auch wenn dem so ist, sind wir uns einig, dass die Haushaltsdefizite nicht auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben können, weil dadurch die Möglichkeit Europas vermindert wird, den dringend benötigten weltweiten „Grünen New Deal“ voranzutreiben. Wir müssen daher dieses Thema nicht nur von der Ausgabenseite her betrachten, sondern auch von der Einnahmenseite und diesen Ansatz sehen wir in den heute vorgelegten Berichten, vor allem in denen von Frau Alvarez und Herrn Domenici.

Die standardmäßige Einrichtung eines automatischen Informationsaustausches zwischen den Steuerbehörden gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ernsthaft gegen Steuerbetrug vorzugehen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass sich der Steuerbetrug jährlich schätzungsweise auf 200 bis 250 Mrd. EUR beläuft; das sind zwei Prozent des BIP. Bevor wir über die Neustrukturierung des europäischen Steuerwesens sprechen können, sollten wir erst einmal sicherstellen, dass alle zu zahlenden Steuern auch bezahlt werden.

Außerdem befürwortet dieser Entwurf die Einführung einer einheitlichen Unternehmenssteuer-Bemessungsgrundlage, die sowohl für die Steuerzahler als auch für die Mitgliedstaaten die Sachlage verdeutlichen wird. Dieser Schritt wird ein Schritt nach vorne sein, aber er sollte nicht zu mehr Konkurrenz führen, sondern zu mehr Zusammenarbeit. Die Zeit ist gekommen, um dem Steuerdumping, diesem Weg in den Ruin, der die Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten schmälert, ein Ende zu bereiten; und wer trägt den Schaden davon? Die Steuerzahler und KMU, die nicht die Mittel der großen transnationalen Unternehmen haben, mit denen sie die Mitgliedstaaten gegeneinander ausspielen können.

Die gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage ist daher, unserer Meinung nach, in Verbindung mit den Vorhaben bezüglich der Mehrwertsteuer, die Voraussetzung für eine kontinuierliche Harmonisierung der Steuersätze für Unternehmen, die mit der Einführung eines Mindestsatzes beginnt.

Schließlich bedarf die Schaffung einer nachhaltigen Grundlage der Steuersysteme der Mitgliedstaaten tiefgreifenderer Änderungen: die Senkung der Steuerbelastung auf Einkommen und der Ausgleich dieser Senkung durch eine progressive Besteuerung von Energie, genauer gesagt von nicht erneuerbaren Energiequellen, und von Finanztransaktionen und Gewinnen. Dies ist allerdings, wie meine Großmutter zu sagen pflegte, eine andere Geschichte.

Erst einmal möchte die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz Frau Alvarez und Herrn Domenici zu ihrer hervorragenden Arbeit gratulieren, die nicht nur die früheren Positionen des Europäischen Parlaments wiederholt, sondern diese in einer ambitionierteren und praktikableren Art und Weise dargestellt hat.

Ich möchte zum Abschluss noch ein Wort des Abschieds an Herrn Kovács richten. Ich war nicht hier, als Sie kamen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben mir gesagt, dass der Eindruck, den Sie durch Ihre Arbeit bei ihnen hinterlassen haben, viel besser ist als der, den Sie bei ihrer Ernennung gemacht hatten. Sie haben uns daher positiv überrascht. Ich wünsche Ihnen nur das Beste.

**Ashley Fox**, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte den Berichterstattern und den Schattenberichterstattern für die harte Arbeit danken, die sie in die Erstellung dieser Berichte gesteckt haben.

Das Steuerwesen, vor allem vor dem Hintergrund jeglicher Formen der Harmonisierung, ist immer ein heikles Thema. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit, einen effektiven Binnenmarkt zu betreiben, und dem Schutz der Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten im Steuerwesen finden. Ich möchte Herrn Lamberts den Hinweis geben, dass der beste Weg zur Minimierung der Steuerhinterziehung die Einführung einfacherer und niedrigerer Steuern ist. Steuerwettbewerb ist eine wirklich tolle Sache. Er schützt die Steuerzahler vor habgierigen Regierungen.

Mitgliedstaaten müssen nach Belieben bilaterale Abkommen mit Drittstaaten abschließen können. Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten betreiben regen Informationsaustausch aufgrund ihrer gemeinsamen Erfahrungen bei der Bekämpfung von Terrorismus. Wenn diese Informationen innerhalb der EU weitergegeben würden, würden sich viele Drittstaaten in Zukunft weigern, ähnliche Abkommen zu unterzeichnen. Die Zusammenarbeit würde beendet und die nationale Sicherheit wäre in Gefahr.

Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen inständig, pragmatisch an diese Berichte heranzugehen. Wir müssen sicherstellen, dass wir uns nicht einer unnötigen Harmonisierung hingeben, die die nationale Sicherheit gefährdet.

**Nikolaos Chountis**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (EL) Herr Präsident, zweifellos sind die betreffenden Berichte ein positiver Schritt in Richtung eines Rechtsrahmens für die behördliche Zusammenarbeit auf Ebene der Europäischen Union für die Bereiche der direkten und indirekten Besteuerung, abgesehen von der Mehrwertsteuer und den Verbrauchsteuern.

Ich muss allerdings sagen, dass diese Berichte, diese Richtlinienvorschläge und so weiter, die Probleme der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs nur tangieren.

Es gibt nämlich zwei Aspekte der Steuerhinterziehung, die während der Krise besonders auffielen. Der erste betrifft den Steuerwettbewerb in Europa; dieser Wettbewerb steht nun wirklich nicht für Solidarität und wirtschaftliche und soziale Kohäsion innerhalb der Mitgliedstaaten. Wir müssen uns mit diesem Problem auseinandersetzen und es lösen.

Der zweite Aspekt betrifft Offshore-Unternehmen. Wir alle wissen, dass diese Unternehmen der Steuerhinterziehung und der Geldwäsche dienen. Die Absicht der griechischen Regierung zum Beispiel, einfach eine 10%ige Steuer auf derartige Transaktionen zu erheben, ist skandalös.

In diesem Fall, wie es viele Mitglieder betont haben, brauchen wir in dieser Zeit der Wirtschaftskrise, in der alle Mitgliedstaaten mit finanziellen Problemen konfrontiert sind, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme wie Steuerhinterziehung, ganz zu schweigen von der unangemessenen Arbeitsweise der Europäische Zentralbank und des Stabilitätspakts, die das Problem eher verschlimmern, als es zu lösen.

Wir müssen gegen Steuerhinterziehung und -betrug vorgehen, damit den Regierungen in einer Zeit, in der dringender Bedarf für eine Politik der Umverteilung und des Aufbaus besteht, Einnahmen zur Verfügung stehen.

**Godfrey Bloom**, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Herr Präsident, das Konzept des Steuerwesens hat sich in den vergangenen 3 000 Jahren wohl kaum verändert, richtig? Die Reichen und Mächtigen stehlen das Geld des gewöhnlichen Volkes, um ihr eigenes Leben komfortabler zu gestalten.

Der Unterschied in der modernen Zeit liegt darin, dass nun eine Besteuerung „zugunsten der Besteuernten“ stattfindet: so werden wir irgendwie „pro bono“ besteuert.

Um diesen Mythos aufrechtzuerhalten, erfinden wir in regelmäßigen Abständen neue Schreckgespenster, um das Volk gefügig zu machen. Das neueste Schreckgespenst besagt natürlich, dass wir, wenn wir nicht ausreichend Öko-Steuern bezahlen, alle umkommen werden; das erinnert an die Religionen im Mittelalter, die dasselbe Spiel gespielt haben: bezahle oder schmor in der Hölle.

Steuerharmonisierung ist ein Konzept, dass von der modernen politischen Klasse erdacht wurde, um sicherzustellen, dass keine Regierung zu wenig von ihrem Volk stiehlt: wenn man so will, ist es ein Diebeskartell.

Mein Vorschlag ist folgender: Wenn Sie wirklich eine Steuerharmonisierung wollen, dann sollte die Kommission und ihre Beamten dieselben Steuern wie die Wählerschaft zahlen, damit sie dieselbe Steuerbelastung tragen wie wir alle, bevor die Wählerschaft das Gebäude stürmt und uns an den Dachsparren aufhängt, was ihr gutes Recht wäre.

**Hans-Peter Martin (NI)**. – Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie. Als junger Buchautor und Journalist habe ich aus Überzeugung 62 % Steuern bezahlt, weil ich damals der Überzeugung war und den Eindruck hatte, dass wir gut verwaltet werden. Seitdem ich Mitglied des Europäischen Parlaments bin, sehe ich, was mit diesen – damals waren es Millionen Schillinge jedes Jahr – tatsächlich passiert. Es stört mich an dieser Debatte um die Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich, dass wir nicht auf die Ausgabenseite schauen, dass man immer nur vom bösen Steuerbetrüger spricht!

Damals, als der Steuersatz 62 % betrug, hieß mein Steuerberater Christoph Matznetter, der spätere Finanzstaatssekretär Österreichs. Dieser hat gesagt: Du kommst doch aus Vorarlberg, geh nach Liechtenstein, geh in die Schweiz! Ich habe es nicht getan, viele andere aber schon. Aber wenn man gerade angesichts der konkreten Erfahrungen, die man hier macht, mit dem nüchternen, vernünftigen Blick eines Menschen, der nicht Beamter war, der nicht irgendwelchen Sozialsystemen zur Last gelegen ist, der nicht in irgendwelchen öffentlichen Bereichen tätig war – wie die Mehrheit der Abgeordneten hier –, an die Sache herangeht, dann sagt man: Um Gottes Willen, wie kann ich mein oft sehr redlich erworbenes Geld vor dieser Verschwendung retten?

Darum mein Vorschlag: Setzen wir doch dort an, wo wir beweisen können, dass vernünftige Verwaltung entsprechende Gelder braucht, nämlich bei uns selbst. Wozu jetzt wieder 200 neue Dienststellen? Wozu in dieser Woche die geförderten Schulschikurse? Wozu das alles? Wenn Sie wirklich die Bekämpfung von Steueroasen und das Eintreiben von Steuerschulden und das Heranführen von Bürgern an die Europäische Union ernst nehmen wollen, dann müssen wir bei uns selbst beginnen und zeigen, dass gerade die Einrichtungen, für die wir stehen, verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen. Sonst wird es bei diesen Steuerausfällen bleiben, und man kann den Leuten nicht einmal wirklich Böses nachsagen.

**Enikő Győri (PPE)**. – (HU) Meine Damen und Herren, ein Rückgang des BIP von 4 %, 21 Millionen arbeitslose Bürgerinnen und Bürger in der EU, Defizitverfahren gegen 20 Mitgliedstaaten, eine 80%ige Staatsverschuldung. Da die Europäische Union in einem solchen Zustand ist, stelle ich die Frage: Können wir uns den Luxus erlauben, Steuergelder in Milliardenhöhe einfach entrichten zu lassen? Es ist unvertretbar, dass wir Unsummen für wirtschaftliche Anreize opfern, um Arbeitsplätze zu erhalten und es dabei keinen Fortschritt auf EU-Ebene gibt, Wege zu finden, um beispielsweise die Beitreibung von grenzüberschreitenden Steuerschulden über die beschämende 5 %-Grenze zu bringen. Vielleicht sollten wir lieber den automatischen Informationsaustausch allgemein auf alle Einkommen ausdehnen, wodurch Regierungen Informationen über das angelegte unbesteuerbare Einkommen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mittels gestohlener Speichermedien erhalten müssen.

Momentan hat der Steuerbetrug in der EU ein Volumen, dass dem zweieinhalbfachen Haushalt der EU entspricht. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten



müssen, um dem Steuerbetrug ein Ende zu bereiten. Niemand sollte sich hinter dem Bankgeheimnis verstecken können, und wir müssen Quasi-Steuerparadiese innerhalb der Europäischen Union abschaffen, selbst wenn dadurch den betroffenen Mitgliedstaaten geschadet wird, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen. Die Interessen Europas müssen Vorrang vor den Ansichten Einzelner haben. Die ehrlichen Steuerzahler der EU erwarten von uns mindestens Regeln, die für alle verbindlich sind und keine Hintertüren bieten.

Der Domenici-Bericht zeigt Wege auf, wie diese Hintertüren geschlossen werden können. Unser aktuelles Thema ist nicht die Harmonisierung, sondern wie man erhobene Steuern gemäß dem Regelwerk der einzelnen Mitgliedstaaten Beitreiben kann, und das bei Bedarf auch mithilfe anderer. Alle weiteren Elemente des vorliegenden Steuerpakets dienen diesem einen Zweck. Im Namen der Europäischen Volkspartei habe ich einige Vorschläge dem Domenici-Bericht hinzugefügt, die auch von den anderen Fraktionen unterstützt werden. Als erstes habe ich die Einrichtung eines Systems von Anreizen vorgeschlagen, das garantieren würde, dass der Mitgliedstaat, der einem anderen bei der Beitreibung von grenzüberschreitenden Steuerschulden hilft, einen Teil der sichergestellten Summe erhält. So könnten wir der stagnierenden Zusammenarbeit der Steuerbehörden Auftrieb geben. Zweitens könnten wir mithilfe eines Systems des Gewinnvergleichs vor allem effektiv gegen multinationale Unternehmen vorgehen, die durch die Manipulation von Transferpreisen versuchen, Steuern zu hinterziehen. Ich kenne Kommissar Kovács Bedenken zu diesem Thema, aber ich denke, dass wir diese Thematik zunächst angehen könnten.

Zu guter Letzt bin ich zufrieden darüber, dass die Kommission hinter der Notwendigkeit strikterer Vorgaben für den Austausch von steuerlichen Informationen steht, wie es im für zwölf Staaten geltenden OECD-Modell vorgeschrieben wird. Ich denke, dass wir eine ehrlichere Steuerpolitik erreichen können, wenn wir diesen Weg weiterverfolgen.

**Olle Ludvigsson (S&D).** – (SV) Herr Präsident, am heutigen Abend erörtern wir eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Steuerbetrug und viele Arten der Steuerumgehung bekämpfen sollen. Diese Themen sind sehr wichtig. Es wäre begrüßenswert, wenn wir in der EU in der Lage wären, unsere Instrumente und unsere Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung entsprechend der vorgeschlagenen Vorgehensweise effizienter einzusetzen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat schnelles Handeln erforderlich gemacht, um unsere Steuersysteme so effektiv, zuverlässig und gerecht wie möglich zu gestalten. Ich stehe dem Vorschlag der erweiterten Anwendung der Steuerschuldumkehr positiv gegenüber. Unter anderem ist dies ein wichtiger Schritt bei der Weiterführung unserer Arbeit bezüglich des Klimawandels. Wenn 2013 die Versteigerung der Treibhausgasemissionszertifikate beginnt, müssen wir ein glaubwürdiges Handelssystem eingerichtet haben, dass nicht von Mehrwertsteuerbetrug oder ähnlichen Problemen betroffen ist. Das Reverse Charge-Verfahren ist wohl ein hervorragender Weg, um derartigen Mehrwertsteuerbetrug zu verhindern. Es bekräftigt die Glaubwürdigkeit und Effektivität des Systems.

Die Arbeit zu dem Bericht über das Thema der Steuerschuldumkehr erwies sich als sehr konstruktiv. Ich bin erfreut darüber, dass die Kommission, der Rat und meine mit dem Thema befassten Kolleginnen und Kollegen entschlossen waren, schnell eine gute Lösung zu finden. Ein zentrales Element des Berichts ist die Schaffung eines umfassenden Bewertungssystems, das auf einheitlichen Kriterien basiert. Es ist sehr wichtig, dass wir genau überwachen, wie gut das Reverse Charge-Verfahren in den betroffenen Bereichen praktisch funktioniert. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die jetzt vorgeschlagen wurden, sind ein wichtiger Schritt, aber sie sollten als Teil eines umfassenden Langzeitprozesses angesehen werden.

Es gibt in diesem Fall noch viel zu tun. Die Zusammenarbeit innerhalb der EU sollte verbessert werden, und die EU sollte eine Vorreiterrolle bei internationalen Abkommen, die der Bekämpfung der Steuerhinterziehung dienen, übernehmen.

**Sylvie Goulard (ALDE).** – (FR) Herr Präsident, dieses scheinbar technische Paket hat in Wirklichkeit Auswirkungen auf einige hochpolitische Themen. Erstens ist die behördliche Zusammenarbeit bei Finanzangelegenheiten zwischen den Staaten eine Kernfrage des Binnenmarkts. Ich denke, das muss hervorgehoben werden, weil die Freizügigkeit und der freie Kapitalverkehr Bestandteile des wertvollen *Besitzstands* der Europäischen Union darstellen, den wir so sehr schätzen. Dies darf allerdings nicht zu einer ungerechten steuerlichen Situation führen, in der einige gut beratene und mobile Bürgerinnen und Bürger ihren finanziellen Verpflichtungen entgehen können, während die sesshaften Bürgerinnen und Bürger dieser Pflicht weiterhin unterliegen.

Es sollte auch nicht als Anreiz zum Wettbewerb zwischen den Staaten dienen; ich meine damit einen Anreiz zum Steuerbetrug oder zur Steuerhinterziehung. Dies erklärt auch unsere Unterstützung für eine gemeinsame

Unternehmenssteuer-Bemessungsgrundlage und den automatischen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, die beide bereits erörtert wurden.

Wenn Frau Lulling uns jetzt noch mit ihrer Anwesenheit beehren würde, könnte ich ihr sagen, dass sich die Frage der bürgerlichen Freiheiten in Bezug auf den Austausch sensibler Daten tatsächlich gar nicht stellt, weil es, meiner Meinung nach, einen großen Unterschied zwischen den Daten gibt, die wir zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union austauschen - mit anderen Worten, im Rahmen und Dienste des Binnenmarkts - und den Daten, die wir mit anderen, auch befreundeten Staaten wie den Vereinigten Staaten austauschen.

Das zweite hochpolitische Thema ist, vor allem jetzt nach der Krise, die Bekämpfung der Steueroasen, aber auch der Grauzonen oder geduldeten Praktiken, die leider immer noch innerhalb der Europäischen Union und den assoziierten Gebieten existieren. Nach den Erklärungen der G20 erwarten die Bürgerinnen und Bürger Ergebnisse und eine glaubwürdige Union. Das war der Antrieb hinter vielen Änderungsanträgen, und ich denke, dass das Parlament sich erneut der Bedeutung dieses Themas bewusst werden muss.

Schließlich möchte ich zum Abschluss ein Wort an Herrn Kovács richten: Es ist eher selten der Fall, dass man jemanden an dem Abend verabschieden kann, an dem sein Mandat endet und vor allem einen Ratschlag an den designierten Kommissar, Herrn Šemeta, richten kann, dessen erste Schritte in diesem Bereich wir begrüßt haben, genau so wie wir die ersten Schritte der Kommission Barroso II begrüßt haben, die das Thema ernsthaft anzugehen scheint, was sich vor allem dadurch zeigt, dass Herr Monti mit der Aufgabe beauftragt wurde, einen Bericht über den Binnenmarkt anzufertigen, der all diese Aspekte abdeckt.

Ich denke, dass egal wie unnachgiebig und unwillig die Mitgliedstaaten auch sein mögen, es die Aufgabe der Kommission ist, wie Sie, Herr Kovács es auch gemacht haben, die Kraft der Initiative zu nutzen, wenn auch vielleicht noch weitreichender. Die Staatskassen der Mitgliedstaaten sind leer. Das Steuerwesen ist ein weiterer Weg, sie zu füllen, und solange wir es intelligent angehen, sind wir im Vorteil.

**Eva Joly (Verts/ALE).** – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, dank der Anstrengungen von Herrn Domenici ist der Bericht, über den wir diese Woche abstimmen müssen, ein wertvolles Dokument. Ich hoffe inständig, dass es am Mittwoch bei unserer Plenarsitzung angenommen wird. Der Bericht enthält viele bis heute einzigartigen Vorstöße zu den Themen Transparenz des Finanzwesens, Finanzpolitik und Bekämpfung von Steueroasen, deren weitreichende Folgen hier ausgiebig dargestellt wurden.

Erst einmal sollten wir die Tatsache begrüßen, dass der Text die beträchtlichen Grenzen aufzeigt, die bisher bei der Bekämpfung der Steueroasen bestanden. Steuerabkommen und die OECD-Liste der kooperationsunwilligen Staaten, um die offiziellen Bezeichnungen noch einmal zu nennen, sind unzureichende Mittel und sind sogar Teil des Problems, das sie lösen sollen.

Deswegen sind die in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge außerordentlich wichtig, die über diesen Ansatz hinaus gehen, um eine neue Definition für Steueroasen und neue Mittel, unter anderem Sanktionen, einzuführen, die bei diesem Kampf helfen können. Dies ist offensichtlich der Fall bei dem Vorschlag, einen automatischen Informationsaustausch einzurichten, der auf Ebene der Europäischen Union und auf internationaler Ebene arbeitet.

Dies gilt auch für die Buchführung über die einzelnen Länder, die es ermöglicht, die wirklichen Geschäftsaktivitäten der Unternehmen in den jeweiligen Ländern ihrer Ansässigkeit zu überprüfen, um sicherzustellen, dass sie dort auch wirklich die säumigen Steuern zahlen. Dies sind zwei grundlegende Forderungen, die schon seit langem von vielen Experten unterstützt werden. Wir können die Tatsache, dass das Europäische Parlament diese Vorschläge annimmt, nur begrüßen, und dass es durch diese Annahme eine der Institutionen ist, die am aktivsten an diesem Kampf beteiligt sind.

Meine Damen und Herren, die Problematik der Steueroasen ist kein rein technisches Problem. Sie steht in Verbindung mit grundlegenden Entscheidungen. Möchten wir den Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, Nutzen aus ihren eigenen Ressourcen zu ziehen, statt dabei zuzusehen, wie sie konfisziert werden? Möchten wir dafür sorgen, dass alle Unternehmen und alle Bürgerinnen und Bürger mit einem Beitrag, den sie aufbringen können, zur Finanzierung des öffentlichen Lebens beitragen? Eine Ja-Stimme für den Bericht von Herrn Domenici ist gleichbedeutend mit einer positiven Antwort auf diese beiden Fragen. Eine Antwort, auf die wir, glaube ich, stolz sein dürfen.

Persönlich möchte ich Herrn Kovács für das gemeinsam organisierte Seminar am 9. Dezember in Brüssel danken, bei dem wir dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Danke und viel Glück.

**Ivo Strejček (ECR).** – (CS) Herr Präsident, Herr Kommissar, heute diskutieren wir über ein Paket politisch und wirtschaftlich umstrittener Vorschläge, das eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Steuerwesens bringen soll. Steuerbetrug ist zweifellos ein großes Problem, das die Einnahmen der Staatshaushalte senkt. Was sind allerdings die Ursachen der Steuerhinterziehung und was sind die Motive derjenigen, die auf Steuerbetrug zurückgreifen?

Erstens sind es hohe Steuersätze. Je höher die Steuern, desto mehr Steuerzahler werden versuchen, ihre steuerlichen Verpflichtungen zu umgehen. Wir sollten diese allgemein bekannte wirtschaftliche Wahrheit vor allem in den heutigen Zeiten im Auge behalten, in einer Zeit, in der die meisten Politiker davon ausgehen, dass man die öffentlichen Haushaltsdefizite durch höhere Steuern ausgleichen kann, also auf der Einnahmenseite des Haushaltsplans, statt durch drastische Ausgabenkürzungen. Ich möchte noch eine Sache anmerken, nämlich dass die Steueroasen aus genau diesem Grund existieren, weil Menschen ihr Kapital an Standorte mit niedrigeren Steuersätzen verlagern. Wenn Sie die Existenz von Steueroasen eingrenzen oder beenden wollen, müssen Sie die Steuern senken.

Der zweite wichtige Grund ist die Undurchsichtigkeit und Komplexität des Steuersystems. Mehr Ausnahmen führen zu mehr Betrug. Statistiken und verschiedene Studien bestätigen, dass die Schwierigkeiten bei der Erhebung von beispielsweise der Mehrwertsteuer vor allem auf verwirrende Erklärungen und tausender völlig unterschiedlicher Ausnahmen zurückzuführen sind. Leider schlagen weder die Kommission noch Abgeordnete vor, dass die Mitgliedstaaten Steuern senken oder grundsätzliche Änderungen vornehmen sollen, die zu mehr Transparenz bei Steuerangelegenheiten führen würde.

Die folgenden Vorschläge sind umstritten: die Einführung des Grundsatzes, dass Informationen über Steuerzahler weitergegeben werden müssen; zweitens sind die erforderlichen Informationen über die Steuerzahler genau festgelegt und zweifellos hochsensibel; drittens wird die Verpflichtung, Informationen über alle Steuerarten weiterzugeben, zum ersten Mal eingeführt, und viertens, als Neuheit in der Gesetzgebung, wird das Bankgeheimnis verletzt.

**Miguel Portas (GUE/NGL).** – (PT) Herr Präsident, dies ist eine sehr wichtige Aussprache, da uns Regierungen und die Kommission selbst gesagt haben, dass eine Strategie für den Ausstieg aus der Krise in den kommenden Jahren von Plänen abhängt, die radikale Einschnitte in öffentliche Investitionen und Sozialausgaben vorsehen. Und die ständigen Informationen aus den verschiedenen, heute diskutierten Berichten erzählen schließlich von einem anderen, einem besseren Weg, einem Weg, der Ehrlichkeit und Zufriedenheit unter den Steuerzahlern fördern soll.

Und von einem Einnahmenstandpunkt aus betrachtet ist dieser Weg auch der Weg zur Überwindung der Krise - hauptsächlich von einem Einnahmenstandpunkt aus -, da er sowohl dem durch Steueroasen verursachten Albtraum als auch dem durch weit verbreitete Steuerhinterziehung und Steuerbetrug von großen Unternehmen und vom Bankensystem verursachten Albtraum ein Ende setzt.

Und genau aus diesem Grund stimme ich dem Bericht von Herrn Domenici auf ganzer Linie zu, der besagt, dass nicht genügend Schritte unternommen werden, dem Bankgeheimnis ein Ende zu setzen. Und genau so müssen wir vorgehen, weil es stimmt, dass ein wenig Gerechtigkeit in der Wirtschaft noch nie jemandem geschadet hat.

**Arturs Krišjānis Kariņš (PPE).** – (LV) Herr Präsident, Herr Kommissar, die Frage lautet nicht: Sind wir für oder gegen die Bekämpfung von Steuerbetrug? Natürlich sind wir dafür. Die Frage lautet eher, welche Mittel möchten wir zur Erreichung dieses Ziels einsetzen. Derzeit sieht es unter den Mitgliedstaaten so aus, dass es Staaten gibt, die Informationen über Steuerzahler nicht bereitwillig austauschen, auch wenn sie dazu aufgefordert werden. Bei dem diskutierten Vorschlag geht es um die Einführung eines automatischen Systems, in dem alle Informationen über Staatsbürger und im Ausland ansässige Unternehmen zwischen den Steuerbehörden ausgetauscht werden. Meiner Meinung nach ist es wichtig, die Bürokratie nicht zu vergrößern, egal auf welchem Weg wir Informationen austauschen. Im Augenblick befindet sich die Europäische Union in einer Krise - in Spanien beträgt die Arbeitslosigkeit fast 20 %, in Lettland liegt sie bei über 20 %, in vielen anderen Ländern bei gut über 10 %. Bedauerlicherweise handelt es sich um einen Aufwärtstrend. Folglich werden die Mitgliedstaaten zur Verringerung von Staatsausgaben gezwungen, was eigentlich der Vergrößerung der bürokratischen Maschinerie entgegensteht. Wir können uns keine Vergrößerung der bürokratischen Maschinerie leisten. Die Einführung dieses Systems des automatischen Informationsaustausches würde unweigerlich eine Vergrößerung der bürokratischen Maschinerie mit sich bringen. Meiner Meinung nach können sich die europäischen Steuerzahler eine Unterstützung dieses Systems zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht leisten. Für mein Gefühl gibt es einen weiteren Vorschlag, den wir diskutieren sollten, und zwar vielleicht

nicht ins Extreme zu gehen, d. h., alle Informationen automatisch auszutauschen, sondern wenigstens sicherzustellen, dass ein vollständiger Informationsaustausch zwischen sämtlichen Mitgliedstaaten auf Anfrage erfolgt. Zusammengefasst also ein automatischer Informationsaustausch auf Anfrage. Vielen Dank.

**Arlene McCarthy (S&D).** - Herr Präsident, mit über 200 Milliarden EUR jährlichem Verlust muss die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung in der EU für dieses Parlament, die Europäische Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten weiterhin Priorität haben. Ich kann nicht glauben, dass irgendjemand in diesem Haus glaubt, dass das Recht auf Privatsphäre ein Recht zur Steuerhinterziehung ist.

Es besteht natürlich ein globaler Konsens, dass ein Mangel an verantwortungsbewusster Regierungsführung Steuerbetrug und Steuerhinterziehung begünstigt. Steuerbetrug hat einen erheblichen Einfluss auf nationale Haushalte. Er entzieht öffentlichen Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung und Forschung wichtige Ressourcen. Einer bedeutenden Wohlfahrtsorganisation zufolge hat die Steuerhinterziehung der Superreichen und der Weltkonzerne darüber hinaus ernsthafte Folgen für das Leben von über fünf Millionen Kindern in den Entwicklungsländern.

Regierungen in den ärmsten Entwicklungsländern werden um Steuereinnahmen in Höhe von 92 Milliarden EUR pro Jahr betrogen, während Schätzungen der Weltbank zufolge lediglich ein Drittel davon - 30 Milliarden bis 34 Milliarden EUR - die Millennium-Entwicklungsziele der V.N. finanzieren würde. Noch schockierender ist die Behauptung einer britischen Wohlfahrtsorganisation, Christian Aid, dass sich ca. 7 Billionen EUR in Steueroasen verbergen.

Daher sind die in diesem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen und Empfehlungen unerlässlich, um Chancengleichheit zu fördern und um mit Verzerrungen und Missbräuchen fertig zu werden, die solche Steuerhinterziehungs- und Steuerbetrugssysteme unterstützen. Offshore verwaltete Vermögenswerte entsprechen jetzt einem Drittel des globalen Vermögens ...

*(Der Präsident bittet die Sprecherin um der Dolmetscher willen, langsamer zu sprechen)*

... die Hälfte des Welthandels durchquert Steueroasen, und Maßnahmen für ein hartes Durchgreifen werden bereits intensiviert. Gegen Steueroasen wird ermittelt, wobei Vorschläge in der EU und der OECD weiter vorangetrieben werden.

Eine intensivere Zusammenarbeit im Steuerbereich ist der einzig mögliche Weg. Damit wird nicht die nationale Souveränität geschwächt, sondern, im Gegenteil, die nationalen Steuersysteme werden gestärkt und verbessert, diejenigen gestoppt, die versuchen, die Integrität und Funktion solcher Systeme zu unterminieren.

Wenn wir eines aus der globalen Finanzkrise gelernt haben, dann, dass wir bei Finanztransaktionen mehr Offenheit und Transparenz benötigen. Darum unterstütze ich die von unseren Berichterstellern eingebrachten Vorschläge, uns in Richtung eines globalen Abkommens und eines Standards über den automatischen Austausch von Steuerinformationen zu bewegen.

Abschließend möchte ich sagen, dass diejenigen, die versuchen, diese Vorschläge zu verwässern und sich beim Datenschutz hinter Panikmache verbergen, bei der Unterstützung globaler Maßnahmen zur Bewältigung der Geißel der Steuerhinterziehung und bei der Förderung von verantwortungsvollem Handeln, von Bürgersinn und sozialer Verantwortung sich weder seriös noch ambitioniert verhalten.

**Wolf Klinz (ALDE).** – Herr Präsident, liebe Kollegen! Mehrwertsteuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein krimineller Akt. Es ist ein Problem, das im Laufe der Zeit eher zu- als abgenommen hat. Nach den neuesten Schätzungen gehen den Bürgern und damit auch den Steuerzahlern bis zu 100 Milliarden Euro – vielleicht sogar mehr – pro Jahr verloren.

Die Bürger haben in Zeiten der galoppierenden öffentlichen Verschuldung und der Krise kein Verständnis dafür, dass es die Europäische Union bisher nicht geschafft hat, diesem Problem tatsächlich erfolgreich zu Leibe zu rücken. Deshalb begrüße ich, dass man einen erneuten Anlauf unternimmt, um das *Reverse Charge*-Verfahren einzuführen, über das wir übermorgen abstimmen werden. Wir versuchen, durch die Umkehr der Steuerschuldnerschaft das Problem der Mehrwertsteuerhinterziehung tatsächlich abzuschaffen oder zumindest zu mildern. Ob die erhofften zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen tatsächlich über dieses Verfahren generiert und neue Betrugsfälle eingedämmt werden können, das werden wir sehen. Aber in jedem Fall lohnt es den Versuch. Wir werden die Ergebnisse des Verfahrens, dessen Anwendung vorerst bis 2014 begrenzt ist, genau verfolgen und einer kritischen Bewertung unterziehen müssen.

In einem Punkt hätte ich mir allerdings eine Änderung gewünscht: Ich plädiere dafür, dass die Unternehmen, die ihrer Sorgfaltspflicht im Rahmen der Überprüfung der Mehrwertsteueridentifikationsnummer ordnungsgemäß nachkommen, von jeglicher Haftung befreit werden, und zwar auch dann, wenn der Leistungsempfänger einen Missbrauchstatbestand begeht. Ich bedauere ausdrücklich, dass mein darauf abzielender Änderungsantrag im ECON-Ausschuss keine Mehrheit gefunden hat.

**Vicky Ford (ECR).** – Herr Präsident, Steuerbetrug ist ein Verbrechen, bei dem nicht nur Regierungen bestohlen werden, sondern jeder einzelne Steuerzahler – jeder einzelne Steuerzahler, der pünktlich seine Steuern zahlt. Die OECD, die G20 und gewiss die verschiedenen Berichtersteller im Parlament haben bei der Bekämpfung von Steuerbetrug viel gute Arbeit geleistet. Ich möchte insbesondere Herrn Domenicis Bericht erwähnen und ihm für die großartige Transparenz danken, die durch seine parlamentsübergreifende Zusammenarbeit deutlich wurde, um dieses Dokument zu verbessern. Trotzdem äußere ich drei Bedenken.

Erstens sollte die Bekämpfung von Steuerbetrug nicht als Hintertür ausrede für diejenigen verwendet werden, die die Debatte über Steuerharmonisierung innerhalb der EU eröffnen wollen. In dem Dokument wird die konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage erwähnt, und meiner Meinung nach sollten wir warten, bis sich die Kommission im Verlauf dieses Jahres mit ihrer Folgenabschätzung an uns wendet, bevor wir voreilige Beschlüsse über irgendwelche Vor- und Nachteile dieser Debatte ziehen.

Der zweite Punkt betrifft die kontroverse Angelegenheit des Informationsaustauschs. Selbstverständlich ist unter bestimmten Umständen ein besserer Austausch notwendig, und tatsächlich hat der automatische Austausch Vorteile, siehe die Zinsbesteuerung. Dieses Dokument geht viel weiter und verlangt einen automatischen Austausch in allen Bereichen. Mir wäre es lieber, jeden speziellen Umstand zu betrachten, um festzustellen, wo wir diesen brauchen.

Drittens schlägt der Domenici-Bericht einen EU-weiten Beitrag für Finanztransfersgeschäften nach und aus bestimmten Hoheitsbereichen vor. Wie die Kommission ausgeführt hat, gibt es verschiedene Sanktionen und Anreize, die zur Förderung eines guten Verhaltens in diesem Bereich angewandt werden könnten. Ich bin sehr besorgt, dass wir nur mit einem Vorschlag zurückkehren könnten, was aufgrund dieses Wortlauts über eine Abgabe auf EU-Ebene extrem umstritten sein könnte.

**Diogo Feio (PPE).** – (PT) Herr Präsident, mit diesen vier Berichten, die eine äußerst markante technische Struktur zu haben scheinen, debattieren wir bedeutsame politische Fragen. Erstens, und damit Sie mich richtig verstehen: Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sollten ständig bekämpft werden. Und zwar aus Gründen der Achtung vor denjenigen, die Steuern zahlen und die Regeln einhalten.

Außerdem möchte ich hier deutlich hervorheben, dass es sich nicht um eine ausdrücklich krisenbezogene Angelegenheit handelt. Dies ist eine Angelegenheit der öffentlichen Moral. Und ebenso wie diese Angelegenheit sollte im Hinblick auf eine Förderung des Wirtschaftswachstums durch Steuerpolitik auch eine andere Angelegenheit bezüglich der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten diskutiert werden.

Der Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung muss auch vom gesetzgeberischen Standpunkt aus betrachtet werden. Gesetze müssen eindeutig sein. Gesetze müssen transparent sein und auch Behörden müssen auf angemessene Weise handeln. Genau deshalb kommt dem Sachverhalt rund um den Informationsaustausch eine wichtige Bedeutung zu, genau deshalb müssen wir die Entscheidungen berücksichtigen, die von internationalen Organisationen getroffen wurden und die diese Angelegenheit, wie in erster Linie die OECD, wirklich analysiert haben. Insofern ist ein Erfahrungsaustausch unerlässlich, damit sich theoretisch gute Maßnahmen in der Praxis nicht als kontraproduktiv entpuppen.

Besonders im Bereich der Steueroasen müssen wir die beim G20 getroffenen Entscheidungen und den dort erzielten Fortschritt unterstützen, und wir dürfen vor allem nicht vergessen, dass für diesen Bereich geeignete, ausgewogene und effektive Maßnahmen erforderlich sind.

**Elisa Ferreira (S&D).** – (PT) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich möchte hier einige Fakten in Erinnerung rufen: Der OECD zufolge wurden 2008 Vermögenswerte in Höhe von 5 bis 7 Billionen EUR in Steueroasen versteckt gehalten. Wie heute bereits erwähnt, beträgt die Steuerhinterziehung in der Europäischen Union zwischen 2 % und 2,5 % des EU-Vermögens, was sozusagen dem Doppelten des EU-Haushalts entspricht.

Heute besteht kein Zweifel daran, dass Steueroasen, unklare neue Finanzprodukte, mangelnde administrative Zusammenarbeit, fehlende Regulierung und Aufsicht in den Märkten sowie die übertriebenen Ambitionen von Unternehmen alle zu der schrecklichen Krise, die wir gerade erleben, beigetragen haben.

Auf globaler Ebene werden Fortschritte erzielt, und wir ziehen unsere Lehren daraus - Lehren, die in den Initiativen des Internationalen Währungsfonds, der OECD, der G20 und des Forums für Finanzstabilität aufgestellt wurden. Die Europäische Union, vor allem unter der Leitung von Herrn Kovács, dem ich gratulieren möchte, war an einer Reihe von Initiativen beteiligt. Dazu gehören administrative Zusammenarbeit, die Zinsbesteuerungsrichtlinie, Hilfeleistung beim Mahnwesen, ein Verhaltenskodex sowie eine vermehrte Zusammenarbeit mit Belgien, Österreich, Luxemburg, der Isle of Man und sogar mit Nachbarländern: der Schweiz, Monaco und Liechtenstein.

Wichtig ist jedoch, dass diese gemeinsame Anstrengung nicht zu der von Herrn Domenicis Landsmann so treffend beschriebenen Situation führt, wo es in *Leopardo* heißt, dass sich viele Dinge ändern müssen, wenn alles gleich bleiben soll. Dies ist ein Beispiel dafür, was nicht passieren darf!

Die Bürger Europas leiden jetzt unter Arbeitslosigkeit, drohenden Steuererhöhungen und dem Verlust grundlegender Ruhegehaltsansprüche. Kleine und mittelgroße Unternehmen erhalten keine Kredite und Opfer sind weit verbreitet. Von uns - als ihren Vertretern hier im Parlament - erwarten diese Staatsbürger, dass wir daraus gelernt haben, sowie eine effektive Gewährleistung von Wettbewerb, Gerechtigkeit, Transparenz und Ehrlichkeit innerhalb der Europäischen Union.

Diese vier Berichte, insbesondere die von Herrn Domenici und Frau Alvarez, gehen in diese Richtung. Ich hoffe, diese Berichte erfahren von den Mitgliedern dieses Hauses umfassende Unterstützung und dass sie in der Europäischen Union sogar für den notwendigen politischen Willen sorgen, die richtigen Lehren daraus zu ziehen, und dass sie außerdem diese Lehren fördern, damit diese im internationalen Vergleich gewürdigt werden.

**Olle Schmidt (ALDE).** – (SV) Herr Präsident, wie wir gehört haben und uns allen bewusst ist, sind Steuern eine heikle Angelegenheit. Die Mitgliedstaaten betrachten Steuern zu Recht vorrangig als nationale Angelegenheit; im Zuge der Finanzkrise jedoch erkennen immer mehr Länder, dass die Zusammenarbeit innerhalb der EU verbesserungsbedürftig ist.

Steuerwettbewerb ist eine gute Sache. Aber die Regeln müssen fair sein und kein Mitgliedstaat darf von seinen Regeln zur Steuerumgehung profitieren. Steuerbetrug ist illegal, unmoralisch und verzerrt die Situation in einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Wir können die Steuerlast in unseren eigenen Ländern kritisieren. Auch ich bin dafür bekannt. Wir müssen jedoch auch handeln, um die Politik in unserem Land zu verändern, anstatt uns vor unseren Aufgaben zu drücken. Die effektivste Art des Informationsaustauschs erfolgt auf automatischem Weg. Die EU stand Steueroasen unterschiedlicher Art häufig kritisch gegenüber. Daher ist es wichtig zu demonstrieren, dass wir auch intern an der Verbesserung von Transparenz, Offenheit und Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Steuerwesens zusammenarbeiten und hierbei den Schutz der Privatsphäre achten.

Zur Vermeidung unnötiger Verwaltungsausgaben und zur Schaffung einer eindeutigeren Rechtsgrundlage hat die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa einen Änderungsantrag vorgelegt, wonach die Mitgliedstaaten nicht zur Unterstützung eines anderen Mitgliedstaates gezwungen werden dürfen, wenn es um weniger als 1.500 EUR pro Jahr geht. Dies setzt den behördlichen Befugnissen klare Grenzen und, soweit mir bekannt ist, akzeptiert Herr Kovács diesen Änderungsantrag.

Schließlich möchte ich Herrn Kovács danken, Kommissar für weitere 18 Stunden, oder wie auch immer. Es war mir eine Ehre, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Sie haben nicht alles erreicht, aber Sie haben Ihr Bestes getan. Vielen Dank und viel Glück.

**Jacek Włosowicz (ECR).** – (PL) Herr Präsident, während ihrer sechsten Amtszeit hat die Europäische Kommission im Zuge der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung in der Europäischen Union eine Reihe von Gesetzesvorschlägen verabschiedet. Ein Schlüsselfaktor ist hierbei der Vorschlag für eine Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Dank der Annahme von praktisch allen Mitgliedstaaten war die derzeit in Kraft befindliche Richtlinie zweifellos der erste Schritt in Richtung einer administrativen Zusammenarbeit in diesem Bereich, obwohl erkennbar war, dass es hinsichtlich ihrer Umsetzung an konkreten Ergebnissen mangelte. In diesem Vorschlag sehen wir jedoch durch den Einsatz eines genaueren und effizienteren Managements von Steuereinnahmen eine Stärkung der internen Souveränität jedes einzelnen Mitgliedstaates im Bereich der Besteuerung sowie ebenfalls eine Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses, der im Bereich der Besteuerung sowohl aus politischer und wirtschaftlicher als auch aus verwaltungstechnischer Sicht immer notwendiger wird.

**Thomas Mann (PPE).** - Herr Präsident! Vielen Dank an Herrn Kommissar Kovács für seine exzellente Arbeit. Die administrative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten – mein Thema – im Bereich der Besteuerung ist ein ehrgeiziges Projekt. Sie ist notwendig, denn Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie macht auch vor Landesgrenzen nicht halt.

Wir müssen gemeinsam gegen Betrügereien im Steuerwesen und gegen dubiose Steueroasen vorgehen. Die Ansichten der Mitgliedstaaten, das alles nicht auf europäischer Ebene lösen zu können, sind völlig verkehrt. Die rechtlich problematische Möglichkeit des Kaufs illegal erworbener Daten von Steuersündern, wie wir es gerade in Deutschland erleben – vermutlich ist dieser Kauf notwendig –, darf nicht die einzige Aktion sein!

In der Richtlinie begrüße ich erstens den geplanten automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden, zweitens die verstärkte gegenseitige Personalentsendung zwischen den Verwaltungen und drittens die dringend notwendige Lockerung des Bankgeheimnisses weit über die Europäische Union hinaus.

Freilich gilt es einige Baustellen zu beheben, insbesondere den Konflikt zwischen dem Datenaustausch auf der einen Seite und der Wahrung des Datenschutzes auf der anderen Seite. Beide müssen in das Gleichgewicht kommen, keine Seite darf sich gegen die andere Seite ausspielen lassen.

Darüber hinaus gehört die grenzüberschreitende Doppelbesteuerung stärker in den Mittelpunkt. Ich habe mit vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen gesprochen, die gleichzeitig in verschiedenen Mitgliedstaaten tätig sind. Diese sagen, es gibt so viel Unübersichtlichkeit, so wenig Transparenz, so wenige Erfahrungen, dass Investitionsentscheidungen negativ beeinflusst werden. Das muss man bedenken. Also brauchen wir weniger bürokratische Belastungen und mehr Notwendigkeiten, damit die Verwaltungen uns helfen, enger zusammenzuarbeiten und dann Vereinfachungen zu erzielen. Wenn wir das erreicht haben, wenn diese Vereinfachungen im Geschäftsalltag spürbar sind, dann sind wir deutliche Schritte vorangekommen. Dafür ist das ein ganz wesentliches Signal.

**George Sabin Cutaş (S&D).** – (RO) Unsere Aussprache über die vorgeschlagenen Besteuerungsreformen erfolgt in einer Situation, die sich auf die Finanzpolitiken zwangsläufig auswirkt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht weltweit steigende Defizite, die wiederum den Stellenwert der dem öffentlichen Haushalt zugewiesenen Mittel erhöhen.

Wie bereits erwähnt, unterstreichen die neuesten Berichte zu diesem Thema die alarmierende Größenordnung des Steuerbetrugs in der Europäischen Union, der sich jährlich auf mehr als 200 Milliarden EUR beläuft, was 2-2,5 % des BIP entspricht.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Berichten gearbeitet haben, und denen ich meine Anerkennung für ihre Bemühungen aussprechen möchte, haben uns ein deutliches Bild von dem Ausmaß des Betrugs präsentiert. Der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Sanierungsplan, der die Auswirkungen der Krise mindern sollte, erfordert Kosten in Höhe von insgesamt 1 % des BIP. Meiner Meinung nach erfordert die Situation strenge Antibetrugsmaßnahmen und eine engere Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten zwischen den Mitgliedstaaten, um so mehr, als die Krise mehr als jemals zuvor den negativen Aspekt der Abhängigkeiten zwischen Volkswirtschaften aufgezeigt hat.

Vor diesem Hintergrund ist die Richtlinie ein Schritt nach vorn, da sie die europäische Steuergesetzgebung sowohl nach wirtschaftlichen Entwicklungen als auch der Stärkung des europäischen Integrationsprozesses ausrichten wird. In diesem Sinne könnten der automatische Informationsaustausch, die Aufhebung des Bankgeheimnisses sowie Maßnahmen zur Verbesserung der gegenseitigen Unterstützung bei der Aufnahme von Forderungen erheblich zu einer effizienteren administrativen Zusammenarbeit zwischen den 27 Mitgliedstaaten beitragen.

Abschließend möchte ich Herrn Kommissar Kovács für seine zukünftigen Bemühungen viel Erfolg wünschen.

**Carl Haglund (ALDE).** – (SV) (anfangs ohne Mikrofon) ... die aktuelle Richtlinie ist in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen weltweit zurückgehen, sehr willkommen. In einem gemeinsamen Markt können wir die aktuelle Situation nicht akzeptieren, in der sich steuerpflichtiges Einkommen verstecken lässt und in einem anderen Mitgliedstaat unbesteuert bleibt. Wie bereits erwähnt, gehen den EU-Mitgliedstaaten jedes Jahr Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren, weil der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten nicht funktioniert. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass, solange einige ihr Einkommen nicht ausweisen und somit Steuerzahlungen umgehen, der Rest von uns zum Ausgleich mehr Steuern zahlen muss. Das kann wohl kaum beabsichtigt sein - zumindest nicht aus meiner Sicht.

Erstaunlicherweise wird das herrschende System von einigen verteidigt, ein System, das es Menschen ermöglicht, Steuerzahlungen zu umgehen. Ich kann mir vorstellen, dass einige Mitgliedstaaten viel zu verlieren haben, aber unterbreiten sie eigentlich ein glaubwürdiges Argument? Nein, das tun sie nicht.

Wir sollten die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen fördern und gemeinsame Normen ausarbeiten, um Steuerbetrug sowohl auf EU-Ebene als auch auf globaler Ebene zu verhindern. Gleichzeitig möchte ich Sie daran erinnern, dass es diejenigen gibt, nach deren Meinung der Schutz der Privatsphäre wichtig ist und angemessen gewahrt werden muss. Es ist wichtig, dies zu bedenken, da es dem gerade von uns zu schaffenden System in den Augen unserer Staatsbürger ansonsten an Glaubwürdigkeit mangelt, und diese Glaubwürdigkeit ist unerlässlich, wenn wir erfolgreich sein wollen.

**Sirpa Pietikäinen (PPE).** – Herr Präsident, ich glaube in dieser Wirtschaftskrise ist es schmerzhaft deutlich geworden, dass wir in der EU entweder einzeln scheitern oder gemeinsam erfolgreich sind. Es ist ein sehr langer Prozess, um bis zu dem Punkt zu gelangen, an dem wir tatsächlich einen geeigneten automatischen Informationsaustausch zu Steuerangelegenheiten in der EU und volle Transparenz mit effektiver administrativer Zusammenarbeit zwischen den Beamten und Nationalstaaten haben können.

Während wir den Privatsektor - die Banken - zu mehr Transparenz und mehr Zuverlässigkeit nach der Finanzkrise auffordern, glaube ich tatsächlich, dass wir auch unsere Nationalstaaten und uns selbst dringend dazu auffordern müssen. Deshalb begrüße ich die hier unternommenen Schritte, aber es liegt noch ein langer Weg vor uns. Ich bitte die Kommission daher dringend, bei der internationalen Zusammenarbeit sehr ehrgeizig und sehr stark zu sein, damit wir zu einem internationalen Abkommen und einem automatischen Informationsaustausch gelangen.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident, das Steuerwesen ist für die Staatsführung überaus wichtig – und ich denke, die meisten Bürger würden dem zustimmen. Dennoch begrüßen viele Bürger Steuerzahlungen nicht gerade mit Begeisterung. Dieser Umstand geht zurück auf die Zeit Jesu Christi, als dieser erklärte, dass der als Schurke angesehene Steuereintreiber seinerzeit zu den am meisten verachteten Spezies zählte.

Ich bin nicht sicher, ob sich sein Ansehen in der Zwischenzeit sonderlich verbessert hat. Heute wird er zwar als Finanzbeamter bezeichnet, erfreut sich aber wahrscheinlich dennoch keiner größeren Beliebtheit.

Nichtsdestotrotz steht parallel dazu die Tatsache, dass seit jeher Personen, die die Steuer umgehen, fast schon als Helden angesehen werden, weil es ihnen gelingt, die Regierung zu überlisten. Dies hat sich zum Glück zwar mittlerweile geändert, gleichzeitig jedoch ist Steuerhinterziehung im ganzen Land und auf der ganzen Welt weit verbreitet. Selbst in meinem Heimatland teilten in den 1980er- und 1990er-Jahren die Banken ihren Kunden Auslandsadressen mit, über die diese Steuern umgehen konnten. Als dies herauskam, wurden natürlich die jeweiligen Bankkunden zur Kasse gebeten.

Unsere Aufgabe besteht nun also darin, verstärkt gegen die Steuerhinterziehung vorzugehen. Laut Schätzung der OECD gehen durch Steuerhinterziehung 2,5 % des globalen BIP verloren. Ein treffendes Beispiel hierfür findet sich im Zigarettenschmuggel, bei dem Zigaretten aus Niedrigsteuerländern in Hochsteuerländer eingeführt werden und dort enorme Schäden für die Gesundheit und natürlich auch das Finanzwesen verursachen.

Gleichzeitig ist aber auch die EU in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, da der Vertrag von Lissabon ihr keine besonderen Befugnisse im Steuerbereich einräumt. Dies wurde besonders anhand der Garantien deutlich, die Irland im Rahmen des Vertrags von Lissabon gewährt werden.

Folglich kann sich keine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer entwickeln, und der Grundsatz des fairen Steuerwettbewerbs muss bestehen bleiben. Unsere Aufgabe ist es also, die Dinge durch Zusammenarbeit und überzeugende Argumente voranzubringen – dies geht jedoch nicht durch Zwang.

**Sari Essayah (PPE).** – (FI) Herr Präsident, diese Vorschläge stellen hervorragende Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung des Steuerbetrugs und zur optimierten Zusammenarbeit zwischen den Behörden dar.

Wir dürfen nicht vergessen, dass das Steuerwesen keinen bloßen Selbstzweck erfüllt, sondern dass es sich dabei vielmehr um ein gesellschaftliches Instrument zur Umsetzung politisch vereinbarter Ziele handelt, wie beispielsweise die Angleichung der Einkommensverteilung, die Besteuerung schädlicher Praktiken und die Schaffung einer wirtschaftlichen Grundlage für gemeinsame Sozialdienstleistungen. Ein gutes Steuersystem beruht auf einer gerechten und breiten Steuerbemessungsgrundlage und angemessenen Steuersätzen.



Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nagen an dieser Steuerbemessungsgrundlage und ehrliche Bürger und Unternehmen zahlen die Zeche für die von den Betrügern umgangenen Steuern. Wie wir bereits gehört haben, steckt das Bruttoinlandsprodukt in verschiedenen europäischen Ländern derzeit in einer Krise. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung senken das BIP um rund 200 Milliarden EUR pro Jahr. Und das können wir uns wirklich nicht leisten.

Ich möchte nun gern ein paar Kommentare über die Berichte an sich anbringen. Geht es um Möglichkeiten zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug, müssen wir die Begriffe Kostenvorteil und Rechtssicherheit sowie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Hinterkopf behalten. Diese wurden in Herrn Casas Bericht sehr deutlich hervorgehoben. Es ist vernünftig, sich im Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug insbesondere auf betrugsanfällige Güter und Dienstleistungen zu konzentrieren, und über das Reverse-Charge-Verfahren erhalten diese Mitgliedstaaten durch Abweichung vom Grundprinzip der Mehrwertsteuerrichtlinie eine Möglichkeit zur Umkehrung der Steuerschuld.

Die administrative Zusammenarbeit ist ein Mittel zur Ergänzung nationaler Rechtsvorschriften. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass sie diese niemals ersetzen oder deren Angleichung bewirken kann.

Strittig im Hinblick auf diese Richtlinien ist insbesondere die Frage des Informationsaustauschs. Ein effektiver Informationsaustausch zwischen den Zoll- und Steuerbehörden in den Mitgliedstaaten unterstützt den Kampf gegen den Missbrauch. Und genau deshalb sollten wir meiner Meinung nach den Austausch von Steuerdaten fördern und nicht unterbinden. In Finnland sind Steuerdaten öffentlich bekannt, und das Land zählt zu den am wenigsten korrupten Ländern weltweit. Vor diesem Hintergrund verstehe ich nicht, inwieweit der automatische Austausch von Steuerdaten die Menschenrechte verletzen könnte, wie scheinbar einige meiner Kolleginnen und Kollegen behaupten.

**Paul Rübig (PPE).** - Sehr geehrter Herr Kommissar Kovács, Herr Präsident! Finanzgesetzgebung ist natürlich eine nationale Zuständigkeit und fördert eigentlich den Egoismus der Mitgliedstaaten. Wir sollten uns in der Europäischen Union durchaus Gedanken machen, wie wir den Binnenmarkt, vor allem mit den vier Freiheiten, auch weiterhin gewährleisten können.

Ein Problem, das hier im Mittelpunkt steht, ist natürlich auch die Doppelbesteuerung. Gerade für die kleinen und mittleren Betriebe, die überhaupt keinen Überblick über die gesamte Gesetzgebung in diesem Bereich mehr haben können, stellt das wirklich eine Barriere dar, in anderen Ländern ihre Dienstleistungen anzubieten. Hier sollte ein Vorschlag der Europäischen Kommission erfolgen, wie man Doppelbesteuerung handhabt und eine einfache transparente Besteuerung für diese Betriebe ermöglicht, weil letztlich die Bonität eines Betriebes die Grundlage dafür ist, ob er am Markt dementsprechend bestehen kann und ob er liquide bleibt. Ich würde mich auch freuen, wenn es möglich wäre, für kleine und mittlere Betriebe einen One-Stop-Shop einzuführen, so dass diese einen konkreten Ansprechpartner haben, damit die Steuerausgleichszahlungen auch dementsprechend schnell, effizient und transparent erfolgen können.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** - (RO) Ich möchte gern auf die elektronischen Behördendienste zu sprechen kommen, die in einigen Mitgliedstaaten bereits entwickelt wurden, um folgende Maßnahmen umzusetzen: Steuerzahlung sowie Mehrwertsteuerzahlung auf elektronischem Wege oder Initiativen wie elektronische Fakturierung. Wir sprechen von einer neuen digitalen Agenda für die nächsten fünf Jahre. Das bedeutet, die Mitgliedstaaten müssen Informationstechnologien nutzen, um auch die administrative Zusammenarbeit in Steuerfragen zu optimieren.

Meines Wissens wurde zumindest in Bezug auf die elektronische Fakturierung 2008 eine hochrangige Gruppe ins Leben gerufen, die im November letzten Jahres einen Bericht und Empfehlungen für die Europäische Kommission herausgab. Kommissar Tajani machte zudem die Zusage, im Laufe der folgenden Periode Initiativen zur Unterstützung der elektronischen Fakturierung zu entwickeln, damit dieses Verfahren über alle Mitgliedstaaten hinweg breite Anwendung findet. Ich möchte die Kommission nun fragen, ob und wann ein entsprechender Vorschlag vorgelegt wird.

**Nick Griffin (NI).** - Herr Präsident, meiner Meinung nach ist eine Diskussion über eine Zusammenarbeit in Steuerfragen während der aktuellen Eurokrise in etwa so, als würden wir die Deckstühle auf der *Titanic* wieder neu aufstellen.

Die südeuropäischen Länder werden im Englischen unter dem harschen Akronym PIGS (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) zusammengefasst. Die Leid Tragenden unter dem Euro sind jedoch keine Schweine (= engl. pigs), sondern Menschen, gezeißelt durch ein utopisches Dogma in Einheitsgröße. Ihre Wirtschaftssysteme gehen entweder an Tausenden Einschnitten zugrunde oder werden gerettet – auf Kosten

der Steuerzahler in Großbritannien und andernorts. Eine entsprechende Zusammenarbeit würde sich also nur um äußerst geringe Steuerbeträge drehen.

Ich sehe lediglich zwei Auswege: Entweder die Abschaffung des Euro und Rückkehr der Nationen zu ihren eigenen Währungen oder die Verbannung der „Problemländer“ aus der Eurozone. Dabei könnte es sich beispielsweise um die PIGS handeln. Angemessener wäre dies allerdings für Deutschland und dessen französischen „Kollaborateur“, denn die Steuerung des Euro nach deutschen Interessen ist die eigentliche Wurzel dieses ganzen Chaos.

Diese endlose Krise zerstört das föderale Projekt – die Zusammenarbeit in Steuerfragen und alles andere. Die Tragik an der Geschichte ist, dass zuvor jedoch unzählige unschuldige Opfer in den Ruin getrieben werden.

**Elena Băsescu (PPE).** – (RO) Ich möchte Herrn Stolojan recht herzlich für seine Bemühungen im Hinblick auf den Entwurf des Berichts über die Erhebung von Forderungen danken. Die EU braucht gemeinsame Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, die in allen Mitgliedstaaten einheitlich umgesetzt werden. Die Nichtzahlung von Steuern oder Verbindlichkeiten kann sich sowohl auf den Binnenmarkt als auch auf den Haushaltsplan eines Mitgliedstaates auswirken. Der freie Kapital- und Personenverkehr macht eine Ausdehnung des Anwendungsrahmens der Rechtsvorschriften erforderlich. Seit Anfang dieses Jahres fallen darunter auch die gesetzlichen Beiträge zur Sozialversicherung.

Ein wichtiger Schritt im Prozess der Erhebung von Forderungen innerhalb der EU liegt im schnellen Informationsaustausch. Die Verfügbarkeit einheitlicher Instrumente und Formulare, die in alle offiziellen EU-Sprachen übersetzt werden, kann die tägliche Arbeit der entsprechenden Behörden deutlich vereinfachen. Ein gemeinsames automatisiertes System ermöglicht die schnellere und kostengünstigere Bearbeitung von Anfragen.

**Udo Bullmann (S&D).** - Herr Präsident! Wenn wir heute Frau Alvarez, Herrn Domenici und den anderen Kollegen zu ihren exzellenten Berichten gratulieren, wenn wir Kommissar Kovács zu seiner engagierten Arbeit gratulieren und ihm Glück wünschen für all das, was er jetzt anpacken wird, und die Hoffnung ausdrücken, dass er die Leidenschaft, mit der er für mehr gemeinsame Steuerpolitik gekämpft hat, auch an seinen Nachfolger weitergibt, dann müssen wir aber auch die Mitgliedstaaten erwähnen – die Mitgliedstaaten, die weiterhin zögern, das zu tun, was in dieser Krisensituation mehr als geboten ist, nämlich endlich eine bessere Zusammenarbeit an den Tag zu legen.

Es ist ganz sicher unsäglich, dass wir bei der Steuerbemessungsgrundlage immer noch keinen Durchbruch erzielt haben. Wer glaubt, er könne seine Souveränität auf diese Art und Weise verteidigen, wird sie verlieren, genauso wie die Steuereinnahmen. Deswegen der zentrale Appell, auch in diesen Berichten: Mehr gute Zusammenarbeit in Europa – nur das kann uns voranbringen!

**Michael Theurer (ALDE).** - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung des Steuerbetrugs ist notwendig. Allerdings sind Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nicht die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Mir ist es wichtig, an dieser Stelle nochmals deutlich zu machen, dass zunächst einmal die Akzeptanz der Steuerzahler wieder zurückgewonnen werden muss durch einfache Steuersysteme mit niedrigen und gerechten Steuern. Das bedeutet aber nicht, dass Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nicht ganz aktiv bekämpft werden müssen, denn es untergräbt das Gerechtigkeitsgefühl, wenn einige versuchen, sich der Steuerzahlung zu entziehen.

Damit sind wir auch bei dem Thema Steueroasen. Das Nachbarland Schweiz befürchtet, dass es unter Druck gesetzt wird. Hierzu eine konkrete Frage an die Kommission: Sind hier Vorschläge bzw. Maßnahmen im Gange, dass die Schweiz besonders unter Druck gesetzt werden soll? Ich persönlich bin der Meinung, dass die Schweiz die EU nicht schlechter behandeln darf als die USA. Das heißt also, die Schweiz muss sich in der Tat auch mit einbeziehen lassen in das System einer konsequenten Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

**László Kovács, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder, ich fand die Aussprache überaus interessant und inspirierend. Wie die meisten von Ihnen bin auch ich der festen Überzeugung, dass sich unsere Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sowie zur Optimierung einer Zusammenarbeit in Steuerfragen auszahlen werden. Ich bin sehr dankbar für Ihre Unterstützung und die Arbeit der vier Berichtersteller sowie für die Unterstützung, die diesen wichtigen Initiativen der Kommission entgegengebracht wird.

Verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich bedeutet einen komplexen Vorgang, der sich über verschiedene Schwerpunkte hinweg erstreckt. Ihre Berichte haben praktisch jeden dieser Bereiche aufgegriffen

– vom formellen Legislativvorschlag für eine verstärkte administrative Zusammenarbeit bis hin zu unserer Arbeit mit Drittländern. Ich war erfreut zu hören, dass viele von Ihnen die Kommission zu ehrgeizigeren Handlungen ermutigt haben. Ich schließe mich Ihrer Meinung an und bin fest davon überzeugt, dass die neue Kommission mit Ihrer Unterstützung und der Unterstützung der Regierungen der Mitgliedstaaten die vor ihr liegenden Herausforderungen meistern kann. Ich weiß, dass diese Dossiers für meinen Nachfolger weiterhin höchste Priorität besitzen werden. Die Kommission, das Parlament und der Rat sollten ihre Anstrengungen weiter auf die Verabschiedung der vorliegenden oder schwebenden Legislativvorschläge sowie auf die Arbeit der Gruppe „Verhaltenskodex“ zum Thema Unternehmensbesteuerung konzentrieren.

Im Hinblick auf die externen Aspekte der Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich sollten alle im Rahmen der Aussprache besprochenen Maßnahmen gefördert werden, wobei den auf Entwicklungsländer bezogenen Maßnahmen besondere Bedeutung beigemessen werden sollte.

Was die spezifischen Vorschläge zur administrativen Zusammenarbeit, zur gegenseitigen Unterstützung bei der Erhebung von Steuerforderungen sowie die optionale und vorübergehende Wiederanwendung des Reverse-Charge-Verfahrens anbelangt, möchte ich Ihnen ebenfalls für Ihre Beiträge und Meinungen danken. Ich freue mich zu sehen, dass das Europäische Parlament und die Kommission ihre Ansichten über die Maßnahme teilen, die für eine verstärkte Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung inner- und außerhalb der Europäischen Union getroffen werden muss. Zudem sehe ich eine allgemeine Unterstützung für die drei Vorschläge.

Das Erzielen rascher Fortschritte und eines einstimmigen Beschlusses über den Vorschlag zur administrativen Zusammenarbeit bildet eine der Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes. Darüber hinaus besitzt dieser Schwerpunkt nun auch für die meisten Mitgliedstaaten Priorität. Intern muss die EU dringend einen einstimmigen Beschluss fassen, um auf der internationalen Bühne ihr Engagement zu demonstrieren, sich nicht auf den OECD-Standard und die G20-Empfehlungen zu beschränken sowie den Weg für eine zukünftige Entwicklung auf internationaler Ebene zu bereiten, indem sie ihre Kompetenz zur Ausarbeitung einer vollständig ausgereiften administrativen Zusammenarbeit beweist.

Natürlich gibt es keine einzige und allumfassende Lösung zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, aber die heute diskutierten Vorschläge sind bedeutende Schritte vorwärts im Rahmen der Strategie der Europäischen Union gegen Steuerbetrug.

Abschließend möchte ich mich, einen Tag vor Ablauf des Mandats, noch einmal für die Unterstützung, die den Steuer- und Zollinitiativen der Kommission entgegengebracht wurde, und insbesondere für die Zusammenarbeit der ECON- und IMCO-Ausschüsse bedanken.

**Magdalena Álvarez, Berichterstatterin.** – (ES) Herr Präsident, ich möchte mich auf die Gründe beziehen, warum wir uns nicht auf die etablierten OECD-Standards in Bezug auf den automatischen Informationsaustausch beschränken.

In diesem Zusammenhang könnten zahlreiche Argumente angebracht werden, aber das OECD-Modell bezieht sich natürlich auf einen viel breiteren Rahmen der internationalen Beziehungen, in dem sich die Spielregeln deutlich von denen innerhalb der Europäischen Union unterscheiden.

Wie Herr Kovács bereits erwähnte, bildet die Europäische Union einen einzigen Wirtschaftsraum, in dem Steuerdaten dieselbe Bewegungsfreiheit wie auch die Bürger genießen sollten, sodass jeder Mitgliedstaat sein Steuersystem umsetzen kann. Innerhalb der Union gibt es einen Binnenmarkt ohne Grenzen für Güter und Bürger. Folglich gibt es auch keinen Grund, in Bezug auf die Steuerdaten Grenzen zu errichten.

Die Mitgliedstaaten sind Teil eines politischen Projekts, und die Beziehungen zwischen ihren Steuerbehörden müssen diesem politischen Projekt entsprechen. Neben den politischen Grundsätzen steht auch deren praktische Erwünschtheit zur Diskussion.

Darüber hinaus möchte ich auch betonen, dass die nationale Steuerhoheit durch Betrugsbekämpfung eher gestärkt denn geschwächt wird. Mit anderen Worten: Die Steuerhoheit eines Mitgliedstaats wird gestärkt, je mehr effektive Instrumente diesem für die Umsetzung seines eigenen Steuersystems zur Verfügung stehen. Folglich sollten wir all das im Hinterkopf behalten und diese Richtlinie dringend unterstützen.

Zudem ist Betrug, wie Herr Klinz bereits richtig gesagt hat, eine Straftat. Er kann nicht durch windige Argumente wie die hohen Steuersätze bestimmter Steuersysteme entschuldigt werden. Im Gegenteil möchte ich fast schon so weit gehen zu behaupten, dass durch weniger Betrugsfälle die Steuern sogar gesenkt werden könnten. Wir müssen uns gewiss beharrlich bemühen, die unterschiedlichen Steuersysteme zu vereinfachen.

Abschließend möchte ich betonen, dass die vier Berichte und die vier von uns unterstützten Richtlinien eine starke, abschreckende Wirkung haben, denn wenn die Steuerzahler erkennen, dass infolge dieser Maßnahmen Betrügern weniger Spielraum und weniger Schutzzonen bleiben, wird auch die Versuchung nachlassen, derartige Handlungen vorzunehmen. Und selbst wenn einige Personen solch betrügerische Handlungen vornehmen, sollten uns effektivere Mittel zur Verfügung stehen, dagegen vorzugehen.

Hier gilt es noch zu erwähnen, dass diese Maßnahmen zu einem überaus günstigen Moment ergriffen werden können, da durch die Krise die Gefahren einer mangelnden Transparenz sowie von Überweisungen aus bestimmten Ländern in andere Länder und die Notwendigkeit eines öffentlichen Impulses hervorgehoben wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf den Beitrag von Herrn Lambert zurückgreifen. Er hat verdeutlicht, dass in Zeiten wie diesen das öffentliche Finanzwesen besondere Anstrengungen unternehmen und Maßnahmen für den wirtschaftlichen Aufschwung sowie den sozialen Schutz ergreifen muss, um die Auswirkungen der Krise zu mildern.

Aus all diesen Gründen sind sich die Bürger von heute mehr denn je der Schwere von Steuerbetrug und dessen Auswirkungen auf die Wirtschaft im Allgemeinen bewusst. Zudem sind sie gewillt, dass ihre Vertreter geeignete Maßnahmen zum Schutz vor derartigen Vergehen ergreifen.

**Theodor Dumitru Stolojan**, *Berichterstatter*. – (RO) Ich habe die Beiträge meiner Kolleginnen und Kollegen aufmerksam verfolgt. Zudem sind mir die Enthaltungen zur automatischen Auskunftserteilung aufgefallen. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass wir in diesem Plenarsaal, auf Ebene der europäischen Institution, allen Bürgerinnen und Bürgern Europas, die ehrlich ihre Steuern und Abgaben leisten, verdeutlichen müssen, dass wir uns für jede Maßnahme stark machen, um Steuerhinterziehung auf einem Minimum zu halten und somit die Entscheidungen zur Erhebung von Abgaben- und Steuerforderungen ordnungsgemäß umzusetzen, ganz gleich, in welchem Mitgliedstaat der Schuldner wohnhaft ist.

#### VORSITZ: FRAU WALLIS

*Vizepräsidentin*

**David Casa**, *Berichterstatter*. – (MT) Auch ich habe aufmerksam dem Gesagten zugehört, und wenn ich aus dieser wichtigen Aussprache einen Schluss ziehen soll, dann ist es, dass wir alle darin einig sind, jedes verfügbare Mittel einzusetzen, um Steuerflucht und die verschiedenen Arten von Betrug zu bekämpfen, die in den einzelnen Ländern stattfinden. Das müssen wir durch die heute vorgeschlagenen Maßnahmen erreichen, ohne dabei den Handelssektor zu schädigen, insbesondere die KMU, und ohne den bürokratischen Aufwand zu erhöhen. Ganz im Gegenteil, ich schlage vor, dass wir weiterhin den bürokratischen Aufwand in Gebieten reduzieren, die den Handelssektor häufig einschränken.

Wir müssen sicherstellen, dass wir ehrliche Bürger, die zahlen und keine Steuerflucht betreiben, nicht bestrafen. Das trifft auch auf alle diejenigen in der Wirtschaft zu, die mit grenzüberschreitendem Handel zu tun haben, die keine Steuerflucht betreiben und daher nicht kriminell sind.

Ich glaube daher, dass diese Vorschläge die Glaubwürdigkeit des Emissionshandels und die damit verbundenen Zahlungen stärken werden. Gleichzeitig müssen wir, wie ich bereits darauf hingewiesen habe, die administrative Belastung für ehrliche Unternehmer reduzieren, und weiter stellen wir sicher, dass das Parlament während des gesamten Annahmeverfahrens der Verlagerung der Steuerschuld immer informiert bleibt.

Wie meine Kollegen glaube auch ich, dass ich dem Kommissar für all seine Arbeit in den letzten Jahren danken sollte. Herr Kommissar, wir waren offensichtlich nicht immer einer Meinung, doch wenn wir uns das Steuerwesen ansehen, so glaube ich, dass wir heute ein gerechteres und effizienteres System für unsere Bürger, nämlich die Bürger der Europäischen Union, haben.

**Leonardo Domenici**, *Berichterstatter*. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte mich für die Bemerkungen zu unseren Berichten bedanken, die das Produkt einer gemeinsamen Anstrengung darstellen. Ich hoffe, dass diese Bemerkungen ein gutes Omen für eine erfolgreiche Abstimmung vonseiten des Europäischen Parlaments sind.

Ich bin der Meinung, dass, wie Herr Stolojan und Herr Casa auch festgestellt haben, unsere Berichte Unterstützung verdienen, schon allein im Namen aller unserer Mitbürger: ehrliche Steuerzahler, die als Erste unter Betrug und Steuerflucht leiden. Das Ziel ist, dass jeder zahlt, damit der Einzelne weniger zu zahlen hat.

Ich möchte gerne zwei Kommentare abgeben. Zu Beginn der Aussprache hat Fr. Lulling von „Steuerkoloskopie“ gesprochen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass eine Koloskopie keine vergnügliche Untersuchung ist,

selbst wenn sie für die menschliche Gesundheit von großem Vorteil ist. Was die Steuer betrifft, gibt es einen sehr einfachen Weg, sie zu vermeiden: das eigene Einkommen nicht zu verheimlichen, verstecken und sich den rechtlichen Verpflichtungen des Einzelnen zu stellen.

Zweitens finde ich, dass es richtig ist, sich immer Gedanken zu machen, wie öffentliche Gelder verwendet werden; das trifft auch dann zu, wenn Regierungen gezwungen sind, diese öffentlichen Gelder zu verwenden, um Banken und Finanzinstitutionen zu helfen, die ihr Geld verspekuliert haben.

**Die Präsidentin.** – Die gemeinsame Aussprache wird geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, den 10. Februar 2010 statt.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich.** – (RO) Mehrwertsteuerbetrug ist eine kriminelle Handlung, die Budgets enorm beeinflusst, wobei illegale Rückerstattungsprogramme in allen Mitgliedstaaten verwendet werden, und Rumänien ist dabei keine Ausnahme (z. B. der Karussellbetrug).

Das System der Verlagerung der Steuerschuld, das von einigen Mitgliedstaaten (inklusive Rumänien) eingeführt wurde, funktioniert sehr gut. Dennoch war es notwendig, die MwSt-Richtlinie 2006/112/EG der neuen Situation anzupassen, um das Risiko illegaler Mehrwertsteuer-Rückerstattungsprogramme (die sich auf fiktive Exporte berufen) auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Deshalb ist die Anwendung der Steuerschuldverlagerung auf Produkte mit hohem Betrugsrisiko ein verlässlicher Prozess mit einem allgemein positiven Einfluss auf das Budget. Das gilt trotz der Verzögerungen der durch die zu besteuerten Transaktionen anfallenden Mehrwertsteuerzahlungen an den nationalen Haushaltsplan.

Wenn man also mit der Wahl konfrontiert ist, die Mehrwertsteuer erst am Ende des Konjunkturzyklus zu erhalten, sobald das Endprodukt oder die -leistung den Endverbraucher erreicht hat, und gleichzeitig Betrug mit illegaler Mehrwertrückerstattung zu vermeiden, dann ist die erste Möglichkeit die richtige Wahl. Es wäre das ideale Szenarium, die Steuerschuldverlagerung als Regel und nicht als Ausnahme anzuwenden. Diese Maßnahme sollte jedoch erst nach einer detaillierten Analyse der Auswirkungen auf den Haushaltsplan ergriffen werden.

**Alan Kelly (S&D), schriftlich.** – Ich möchte nur einen bestimmten Punkt im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten im Steuerwesen ansprechen. Dies war während der Kampagne zur Volksabstimmung in Irland über den Vertrag von Lissabon ein wunder Punkt. Ich möchte meinen Kollegen im Parlament nur einen warnenden Hinweis geben. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ist die Basis dieser Union; allerdings war diese Zusammenarbeit immer auf gegenseitigem Einverständnis begründet. Wir müssen im Zusammenhang mit dem Steuerwesen vorsichtig sein, die Bedürfnisse einzelner Mitgliedstaaten nicht zu ignorieren. Bestimmte Länder müssen Regeln anders anwenden: Wenn ein Land z. B. eine Insel ist oder nicht über eine Bevölkerung verfügt, um einen großen funktionierenden Markt zu unterstützen, muss es jeden ihm verfügbaren Vorteil nutzen, um Investoren anzuziehen. Ich fordere meine Kollegen auf, daran zu denken, wenn sie in diesem Zusammenhang Vorschläge machen. Vorschläge sollten die Subsidiarität nicht einschränken. Alle Vorschläge erfordern die Zustimmung von Mitgliedstaaten. Das gilt es in dieser Aussprache zu beachten.

**Ramona Nicole Mănescu (ALDE), schriftlich.** – (RO) Die heute besprochenen steuerbezogenen Initiativen spielen eine ganz wichtige Rolle im Kampf gegen grenzübergreifenden Steuerbetrug und -flucht. Dies sind Punkte, die für die Haushaltspläne von Mitgliedstaaten einen wichtigen politischen Aspekt darstellen und ernst zu nehmende Konsequenzen haben. Verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich zu fördern, erfordert Maßnahmen auf EU-Ebene und außerhalb der EU, wie auch in allen Mitgliedstaaten. Wir benötigen strikte Maßnahmen, einfache, transparente Gesetze und infolgedessen weniger Bürokratie. Nicht zuletzt müssen wir sicherstellen, dass die Bürger Zugang zu Hilfeleistungen haben.

Maßnahmen wie die Gewährleistung von Transparenz, der Austausch von Informationen auf jeder Ebene, die Verbesserung der Hilfestellung für Mitgliedstaaten, die Bereitstellung effizienter grenzübergreifender Zusammenarbeit sowie fairer Steuerwettbewerb sind grundlegende Zielpunkte. Das gilt besonders jetzt während der gegenwärtigen Finanzkrise, in der wir alle gesehen haben, wie wichtig die Nachhaltigkeit des Steuersystems ist. Die Mitgliedstaaten, die im Steuerbereich verantwortungsvolles Handeln an den Tag legen, konnten viel schneller und effizienter auf die Wirtschaftskrise reagieren.

Ich begrüße die Initiative der Kommission und die Arbeit der Berichterstatter. Ich glaube an den politischen Wunsch, verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich zu fördern. Dennoch müssen wir sichergehen, dass diese Vorschläge mehr als nur politische Sprüche sind und sie so schnell wie möglich umgesetzt werden.

**Marianne Thyssen (PPE)**, *schriftlich*. – (NL) Frau Präsidentin, in der globalisierten, digitalen Welt sind die Steuerbehörden mit einer anspruchsvollen Aufgabe konfrontiert. Die Demaskierung von Finanz- und Sozialversicherungsbetrug stellt selbst am Binnenmarkt eine komplexe Herausforderung dar. Außerdem ist der Mangel an aktuellen europäischen Rechtsvorschriften zu grenzübergreifender administrativer Zusammenarbeit zwischen Steuerbehörden problematisch. Daher verdient die Einrichtung einer Steuerverbindungsstelle für jeden Mitgliedstaat zur Beschleunigung und Vereinfachung der administrativen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten unsere Unterstützung. Zurzeit benötigen Anfragen zur Freigabe von Steuerinformationen so lange, dass Steuerbehörden sich einfach dagegen entscheiden, auf diese Informationen zu warten. Aus zwei Gründen unterstütze ich die Option eines automatisierten Informationsaustausches, die von der Kommission vorgeschlagen wurde, in vollem Umfang. Erstens, weil dadurch Mitgliedstaaten ihre Steuern effizienter eintreiben können, was in Krisenzeiten nur gerecht ist und auf keinen Fall einen Luxus darstellt. Zweitens bedeutet das, dass Unternehmer auf dem Binnenmarkt gleichberechtigt behandelt werden. Der Grundsatz der Gegenseitigkeit bei der Freigabe von Steuerinformationen deckt sich auch mit den Vereinbarungen der OECD und der G20. Das ist eine eindeutige Botschaft, die der belgische Rechnungshof auch vor nicht allzu langer Zeit zu Recht dringend eingefordert hat. Daher werde ich den Bericht von Frau Alvarez mit voller Überzeugung unterstützen.

## 15. GM/Opel - aktuelle Entwicklungen (Aussprache)

**Die Präsidentin.** – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung der Kommission zu GM/Opel: Aktuelle Entwicklungen.

**Vladimír Špidla**, *Mitglied der Kommission*. – (FR) Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder, die aktuelle Aussprache betrifft eine Frage, die für die europäische Öffentlichkeit von großem Interesse ist: die öffentliche Finanzierung der Umstrukturierung von Opel/Vauxhall durch eine oder mehrere europäische Regierungen.

Die Kommission hat die Entwicklung dieser Frage genau verfolgt. Am 14. Juli 2009 haben Kommissarin Kroes und ich den Fall von Opel/Vauxhall hier mit Ihnen im Europäischen Parlament erörtert. Die Kommission hat auch einige informelle Treffen mit den europäischen Ministern, die für diese Angelegenheit zuständig sind, organisiert.

Wie Sie wissen, hat General Motors im Herbst 2009 entschieden, an Opel/Vauxhall festzuhalten und das Unternehmen umzustrukturieren. Ende November 2009 hat General Motors den für den Wettbewerb zuständigen Dienststellen eine Zusammenfassung seines Umstrukturierungsplans vorgelegt.

Obwohl die Rolle der Kommission üblicherweise nicht eine vorhergehende Bewertung der branchenspezifischen und geschäftlichen Grundlage der Umstrukturierung umfasst, haben die Dienststellen der Kommission aufgrund der fehlenden Informationen vonseiten der Mitgliedstaaten über potenzielle staatliche Beihilfe für den Plan auf Anfrage des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) eine derartige Beurteilung vorgenommen.

Auf der Grundlage des Umstrukturierungsplans von General Motors und der an die Kommission gelieferten Informationen scheint dieser Plan nicht auf nicht wirtschaftlichen Überlegungen, die die zukünftige Existenzfähigkeit der europäischen Betriebe von Opel/Vauxhall gefährden würde, zu basieren.

Der gegenwärtige Plan von General Motors deckt sich mit anderen Umstrukturierungsplänen, die zuvor von General Motors selbst und anderen interessierten Investoren vorbereitet wurden; und das trifft auf gewisse Schlüsselbereiche zu. Er deckt sich mit früheren Entscheidungen von General Motors, die vor Beginn der Krise getroffen wurden, insbesondere in Bezug auf die Zuweisung eines bestimmten Modells an einen spezifischen Produktionsstandort.

Außerdem hat General Motors für seine Entscheidungen in Bezug auf die Neuorganisation seiner Produktionsstandorte in Europa eine wirtschaftliche Rechtfertigung abgegeben, indem es sich auf die jeweilige Situation der einzelnen Werke bezogen hat. Diese Entscheidungen scheinen von folgenden Überlegungen geleitet zu sein: dem Spektrum der Modelle, die den einzelnen Standorten in Europa zugewiesen werden, den jeweiligen Lebenszyklen der einzelnen Modelle, den betreffenden Produktionsvolumen für ein bestimmtes Modell, das gegenwärtig an mehreren Standorten produziert wird, dem relativ geringen Investitionsniveau,

das für die weitere Zentralisierung der Produktion eines bestimmten Modells erforderlich ist, dem Wert vorgeschalteter Verfahren für ein Werk usw.

Ich verstehe, dass General Motors diesen Plan mit den Vertretern der Arbeitnehmer erst besprechen muss, von denen Zugeständnisse erwartet werden, um in Europa erhebliche Sparmaßnahmen zuzulassen. Die Kommission wird wachsam bleiben und gewährleisten, dass im Hinblick auf staatliche Beihilfe die Umstrukturierung von Opel/Vauxhall auf wirtschaftlichen Überlegungen aufbaut, dass es nicht von nicht wirtschaftlichen Bedingungen, die mit staatlicher Finanzierung verbunden sind, beeinflusst wird und vor allem, dass die geografische Aufteilung der Umstrukturierungsbemühungen nicht von politischen Forderungen betroffen ist.

Die Kommission wird natürlich weiterhin alle Entwicklungen bei Opel genauestens verfolgen. Sie sind sich in diesem Zusammenhang sicher bewusst, dass General Motors am 21. Januar 2010 offiziell seine Absicht erklärt hat, den Standort in Antwerpen im Jahr 2010 zu schließen. Ich verstehe die Bedenken, die anlässlich der Ankündigung des Verlusts tausender Arbeitsplätze in diesem Werk geäußert wurden.

Es ist traurig zu beobachten, dass Opel/Vauxhall die Schließung von Werken als notwendig erachtet. Ich muss hervorheben, dass diese Entscheidung ausschließlich von General Motors getroffen wurde. Die Kommission kann und darf nicht versuchen, den Standort vorzuschreiben, an dem derartige Einsparungen vorgenommen werden. Die Kommission kann sie nicht verhindern, aber sie kann ihren Folgen vorgreifen.

Die Kommission ist gemeinsam mit den belgischen Behörden bereit, alle ihr verfügbaren Mittel bereitzustellen, um diesen Arbeitnehmern zu helfen. Es wurde auch die Möglichkeit besprochen, dass Belgien im Rahmen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ein Amtshilfeersuchen stellt. Das ist sicher eine gangbare Option und auf den ersten Blick scheint es, dass dieses Amtshilfeersuchen, wenn es bestätigt wird, die erforderlichen Kriterien erfüllt.

**Ivo Belet, im Namen der PPE-Fraktion.** – (NL) Sie sprechen davon, wachsam zu bleiben, aber ich glaube, dass das nicht ausreicht. Wir glauben, dass die Position von General Motors in Europa inakzeptabel ist.

General Motors rechnet damit, sich staatliche Beihilfe von mehreren nationalen und regionalen Regierungen der Europäischen Union zu sichern. Eines der anvisierten Ziele ist es, die Sozialkosten der Schließung des von Ihnen erwähnten Werks in Antwerpen abzudecken. So etwas ist inakzeptabel, Herr Kommissar: Inakzeptabel für die Arbeitnehmer und für Europa.

Unserer Meinung nach ist dieser Antrag ein sehr wichtiger Test für Sie, ein wichtiger Test für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Kommission. Derartiges können wir nicht zulassen, da dies einen wichtigen Präzedenzfall für zukünftige Anträge darstellen würde. Herr Kommissar, das ist ein Beispiel für den sich manifestierenden Protektionismus, und das ist inakzeptabel. Es unterminiert die Grundlagen der EU, und außerdem haben immer die kleineren Länder darunter zu leiden, wie dieser Fall erneut beweist.

In den letzten Monaten haben es die Regierungen der EU zugelassen, von den Amerikanern bei General Motors wie Messdiener vorgeführt zu werden; und es ist klar, dass das nicht wiederholt werden kann. Dem kann man nur durch einen gemeinsamen europäischen Ansatz vorbeugen.

In der heutigen deutschen Presse sagt Ihre Kollegin, Neelie Kroes, die Wettbewerbskommissarin, dass staatliche Beihilfe in der Automobilbranche nur dann möglich ist, wenn diese Hilfsleistungen in die Entwicklung innovativer und umweltfreundlicher Produkte investiert werden. Dem stimmen wir zu. Allerdings ist es viel besser, dass Derartiges auf europäischer Ebene koordiniert wird, und nicht, wie das jetzt der Fall ist, dass es zum Thema separater Verhandlungen zwischen den einzelnen europäischen Ländern und General Motors wird, da das eine Sackgasse ist.

Außerdem würde uns ein einziges, gemeinsames europäisches Angebot an General Motors natürlich eine viel stärkere Position verleihen. Somit könnten wir auch Garantien im sozialen Bereich - die Ihnen sicher am Herzen liegen - und im Beschäftigungsbereich fordern. Immerhin, warum sollte es nicht möglich sein, den Arbeitnehmern des Opelwerks in Antwerpen neue Möglichkeiten zu eröffnen, und natürlicherweise auch für die Arbeitnehmer anderer Opelwerke in Europa, die betroffen waren?

Dafür ist es noch nicht zu spät, Kommissar Špidla. Wir glauben, dass, im Falle derartiger grenzübergreifender Restrukturierungsmaßnahmen, die Europäische Kommission den Stier bei den Hörnern packen und eine proaktive Strategie vorgeben muss, statt nur zuzusehen und zu warten. Was bedeutet das genau? Das bedeutet, eine gemeinsame Strategie zu starten, viel dynamischere Maßnahmen zu ergreifen und vor allem alle

europäischen Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, viel effizienter einzusetzen und sie zu kombinieren, statt unkoordiniert zu agieren, wie das gegenwärtig passiert.

Meiner Ansicht nach waren wir bei diesem Antrag bis jetzt viel zu weich. Die Europäische Kommission hat einfach daneben gestanden, als General Motors triumphierte. Das muss sich im Interesse der Arbeitnehmer ändern, da sie unter dem derzeitigen fehlenden politischen Willen in Europa leiden.

Mein zweiter Punkt ist genau so wichtig, Herr Kommissar. Heute treffen sich die europäischen Minister für Industrie in Spanien, um einen europäischen Aktionsplan für den Automobilsektor vorzustellen. Ich glaube, dass dafür ein dringender Bedarf besteht. Sie, die Europäische Kommission, müssen die wichtigsten Vertreter der Industrie zusammenbringen, um zu gewährleisten, dass unser Automobilsektor nicht auch mit chinesischen Produkten in der nahen Zukunft überschwemmt wird. Am kommenden Donnerstag treffen sich die Staats- oder Regierungsoberhäupter der Europäischen Union zu einem außerordentlichen Gipfeltreffen in Brüssel auf Initiative und Einladung unseres Präsidenten Herman Van Rompuy. Es steht nur ein Punkt auf der Tagesordnung: Die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa.

Herr Kommissar, beginnen wir mit der Automobilbranche, da sie unser wichtigster Industriezweig ist und bleibt. Sie gibt den Ton für wirtschaftliche Erneuerung an und hat das Potenzial, ein leistungstarker Beschäftigungsmotor zu sein.

**Kathleen Van Brempt, im Namen der S&D-Fraktion.** – (NL) Ich habe darauf gedrängt, dass dieser Punkt nochmals im Plenum besprochen wird. Nicht nur, weil er tausende Arbeitnehmer in meinem Gebiet in Antwerpen in Flandern betrifft - sie werden sehen, dass sich viele Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu äußern werden - sondern auch insbesondere, weil es sich um ein paneuropäisches Umstrukturierungsverfahren handelt, bei dem es sich um die Schließung eines Werks und den Verlust tausender anderer Stellen handelt. Tausende Arbeitnehmer, Männer und Frauen und ihre Familien, sind mit einer traurigen Zukunft konfrontiert.

Ich glaube, dass diese Menschen ihren Blick auf die Europäische Union richten, mit einer Mischung aus Hoffnung und Furcht. Haben Sie Grund zur Hoffnung? Vielleicht. Ich möchte Sie fragen, Frau Kommissarin und die Kommission, was Ihre weiteren Pläne sind. Ich mache kein Geheimnis aus der Tatsache, dass ich von der wiederholten Feststellung von Kommissarin Kroes heute extrem enttäuscht bin, dass sie, falls der Antrag erörtert wird, die Regeln der staatlichen Beihilfe anwenden wird.

Ich bin allerdings auch von Ihrer Antwort und Position heute enttäuscht. Natürlich wenn die Schließung erfolgt, müssen wir garantieren, dass den Menschen Hilfestellung geleistet wird. Allerdings suchen wir heute eine ganz andere Europäische Kommission, eine, die sich diesen Antrag zu Herzen nimmt und die politische Rolle spielt, die sie spielen sollte. Der Anfang kann gemacht werden, indem man von der europäischen Führung von Opel verlangt, endlich den Geschäftsplan vorzulegen, sowie die wirtschaftlichen und anderen Argumente dieser Entscheidung offenzulegen. Immerhin, wie ich annehme, ist Ihnen bekannt, dass das Opel-Management in Antwerpen z. B. umfassende Mengen an Beihilfe und Mitteln in den letzten Jahren von den flämischen und belgischen Behörden erhalten hat, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Das wird jetzt alles beiseite gewischt, und es gibt keine starke Europäische Kommission, die dagegen etwas tun kann.

Meine zweite Botschaft, die auch eine deutliche Forderung an die Kommission darstellt, ist, dass die Kommission effektivere Maßnahmen ergreift und in Zukunft im Hinblick auf Restrukturierungsverfahren weniger Kompromisse eingehen soll. Wenn zwei Unternehmen fusionieren, muss die Europäische Kommission darüber in Kenntnis gesetzt werden, warum kann das nicht auch bei der Restrukturierung so sein? Warum kann die Kommission nicht die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Kriterien auf Restrukturierungsverfahren anwenden? Nur dann ist eine klare Vision für Industriepolitik und ein soziales Europa möglich. Das sind die Forderungen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament.

**Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion.** – (NL) Zuerst, und das wurde hier bereits festgestellt, haben die Ereignisse in Antwerpen natürlich tausenden Familien sowie auch den Arbeitnehmern in den Versorgungsunternehmen einen schweren Schlag versetzt. Dennoch muss ich Ihnen sagen, Kommissar, dass ich über Ihre Worte ziemlich schockiert bin.

Erstens sagen Sie und das ist am Wichtigsten, dass die Verantwortung bei General Motors liegt, so als würde keine Verantwortung bei den regionalen, belgischen oder europäischen Behörden liegen. Die Kommission hätte diese Angelegenheit in die Hände nehmen sollen, um die Übereinstimmung mit europäischen Regelungen zu gewährleisten. Das habe ich bereits hier das letzte Mal schon gesagt, gerade angesichts der Tatsache, dass wir von einem grenzübergreifenden Problem, das mehrere Länder betrifft, und von der Umstrukturierung



eines Unternehmens sprechen. Die Kommission hat das nicht gemacht und die Angelegenheiten in den Händen der Mitgliedstaaten, Deutschland, und bei der Führung von General Motors belassen.

Bei zukünftigen Restrukturierungsfällen von multinationalen Unternehmen in Europa ersuche ich die Kommission dringend, solche Anträge im Rahmen ihrer Industriepolitik zu übernehmen, anstatt nur als Koordinator zwischen den einzelnen Wirtschafts- und Finanzministern zu agieren.

Zweitens Herr Kommissar, war ich geschockt, als sie sagten, dass ihnen dieser Antrag immer noch nicht vorliegt. Es steht überall in der Presse, dass 2,7 Milliarden EUR an staatlicher Beihilfe ausbezahlt werden, und dann sagt die Kommission, dass sie zurzeit weder einen Geschäftsplan noch einen Antrag hat. Meiner Meinung nach ist es höchste Zeit, dass sich die Kommission nicht nur endlich um den Antrag bemüht, sondern dass sie auch endlich untersucht, ob es sich um einen Fall von gesetzeswidrigem Verhalten handelt. Es ist immerhin tatsächlich ein Fall von gesetzeswidrigem Verhalten. Staatlich Beihilfe kann nur für die Entwicklung neuer, innovativer Produkte bereitgestellt werden.

Allerdings scheint es, dass die von den einzelnen Mitgliedstaaten der EU geforderten 2,7 Milliarden EUR zur Stützung der Unternehmen einfach im Zusammenhang mit allgemeiner Beihilfe verwendet werden, um die europäischen Werke zu behalten, die europäischen Aktivitäten fortzusetzen. Es wird Zeit, dass die Kommission das in die Hand nimmt und nicht nur Erklärungen abgibt, so wie das vonseiten von Frau Kroes und Ihnen erfolgte, sondern den Geschäftsplan durch ihre Dienststellen bereitstellt und nachforscht, ob illegale Beihilfe gewährleistet wurde oder nicht.

**Bart Staes**, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (NL) Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber im Klaren sind, aber die Glaubwürdigkeit von Europa, von der Europäischen Union steht nach Meinung tausender Familien, einem großen Anteil der europäischen Bevölkerung, auf dem Spiel.

Diese Aussprache hat bereits im September letzten Jahres stattgefunden. Selbst da wurde deutlich, dass die Reaktion der Europäischen Kommission ziemlich zögerlich war. Damals hat Kommissarin Kroes gesagt, dass sie diese Angelegenheit auf Einhaltung der Wettbewerbsregeln prüfen lassen würde; aber seit damals, ist wenig passiert, worauf Herr Verhofstadt hingewiesen hat. Offenbar hat die Europäische Union keinen Zugang zum Geschäftsplan, obwohl, wie wir alle aus der Presse wissen, Opel 2,7 Milliarden EUR an staatlicher Hilfe einfordern wird. Daher haben wir alle, Mitglieder des Parlaments und Minister der Landes- und Bundesregierungen das Gefühl, hinter den Fakten herzulaufen. Das ist inakzeptabel, Herr Kommissar; Es geht um wichtige Angelegenheiten.

Ich muss dazu sagen, dass ich seit der Bekanntgabe der Entscheidung von Herr Reilly von General Motors massenhaft E-Mails erhalten habe, mit folgenden Betreffzeilen: „Wertloses Europa“ und „Europa kann verschwinden, es tut nichts für seine Einwohner“. Das sind die Gefühle der Menschen. Daher finde ich es absurd, Kommissar, wenn einer Ihrer Kollegen, Kommissar De Gucht, sagt, dass die Kommission nicht einmal Zugriff auf einen Geschäftsplan hat. Deshalb muss ich Ihnen, Herr Kommissar, sagen, dass Sie hier defätistisch agieren, und das zu einem Zeitpunkt, wo wir demnächst prüfen müssen, ob es auf der Grundlage eines Sanierungsplans (der auf einer Studie einer unabhängigen Consultingfirma basiert) zulässig ist, 2,7 Milliarden EUR an staatlicher Beihilfe zu versprechen, zu einer Zeit, da wir alle in Flandern wissen, dass Opel tatsächlich Optionen hat. Es ist Ihre letzte Rede im Parlament, aber ich erwarte in diesem Haus mehr Entschlossenheit von Ihnen. Ich erwarte mehr Entschlossenheit von der Kommission. Auch erwarte ich - und hier stimme ich mit Herrn Belet überein - greifbare Pläne, um die Automobilindustrie wieder auf den richtigen Weg zu bringen und ihr im Hinblick auf den von der Fraktion der Grünen/Freien Europäischen Allianz angesprochenen Green New Deal eine Zukunft zu geben: Es handelt sich dabei um eine Kombination der Mobilisierung von Ressourcen im Sinne der Klimaverbesserung mit einem soliden ökologischen Ansatz.

**Derk Jan Eppink**, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (NL) Nach der Schließung von Opel Antwerpen stellt sich die Frage, welcher Spielraum der Industriepolitik bleibt. General Motors hat als Unternehmen seine Wettbewerbsfähigkeit infolge horrender Krankenversicherungs- und Pensionskosten verloren, die von den amerikanischen Gewerkschaften gefordert wurden. Das Zentrum der US-amerikanischen Autoproduktion hat sich in die südlichen Vereinigten Staaten verlagert, wo die Gewerkschaften schwächer sind. Dazu zählen auch deutsche und japanische Automobilhersteller.

General Motors ist ein Beispiel dafür, was passiert, wenn die Lohnkosten zu sehr ansteigen. Der flämische Ökonom Geert Noels hat vor Kurzem gesagt, dass die Lohnkosten in Belgien seit 2000 stark angestiegen sind; das stimmt zufälligerweise zeitlich mit der Regierungszeit von Herrn Verhofstadt überein, der hier heute anwesend ist. In Deutschland sind in dieser Zeit die Lohnkosten gefallen. Noels glaubt, dass das der

Grund für die Schließung des Opelwerkes in Antwerpen ist. Industriepolitik erfordert, Herr Staes, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten.

Lassen Sie uns einmal in die Zukunft schauen. Wie steht es mit der chemischen Industrie in Flandern? Sie beschäftigt 64 000 Arbeitnehmer direkt und 100 000 indirekt: Mehr als 160 000 Menschen verdienen in der chemischen Industrie ihren Lebensunterhalt. Erst kürzlich hat sich der deutsche Chemiekonzern Bayer entschieden, Antwerpen zu verlassen. Das ist ein schlechtes Omen. Die Autobranche hat auch mit den Folgen einer Anti-Auto-Politik, die von den Grünen unterstützt wird, zu kämpfen. Jemand, der eine Anti-Auto-Politik fordert, kann nicht gleichzeitig verlangen, dass die Autowerke weiterhin bestehen. Autos werden immer kostspieliger, da der Einzelne lieber den Bus nimmt. Autos werden für Menschen mit niedrigerem Einkommen zu teuer. Das Ergebnis ist, dass weniger Autos verkauft werden; schauen Sie sich jetzt Opel Antwerpen an.

Die chemische Industrie hat mit der Klimapolitik von Europa zu kämpfen. Wird Europa nach dem Scheitern der Konferenz in Kopenhagen nun allein darum bemüht sein, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 % bis 2020 zu senken? Das würde sich auf die chemische Industrie in Flandern ebenso auswirken, wie hohe Lohnkosten auf Opel Antwerpen. Frau Präsidentin, ein Ende des flämischen Chemiesektors wäre 54 Mal so katastrophal wie Opel Antwerpen. Wenn Flandern seinen Chemiesektor vernachlässigt, wird es zum Griechenland der Nordsee, wie dies der flämische Unternehmer Thomas Leysen ausgedrückt hat, und ich hoffe, dass meine flämischen Freunde mitschreiben.

*(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, auf eine „Blue-Card“-Frage gemäß Artikel 149 Absatz 8 zu antworten)*

**Guy Verhofstadt (ALDE).** – (NL) Ich möchte Herrn Eppink sagen, dass wir zwischen 2000 und 2009 sichergestellt haben, dass Ford in Belgien geöffnet bleibt, dass Volkswagen weiterhin besteht und dass der Audi 1 dort produziert wird, und dass das durch Sparmaßnahmen erreicht wurde: Lohnkosten durch Schichtarbeit. Diese Unternehmen sind darauf in Belgien geblieben und haben neu investiert.

Ich bin daher der Überzeugung, und ich frage Herrn Eppink, ob er meiner Meinung ist, dass Opel tatsächlich ein profitables Werk ist, dass in Belgien bleiben kann, wenn wir mit dieser Politik weitermachen.

**Derk Jan Eppink (ECR).** – (NL) Ich glaube, dass Opel Antwerpen eine Zukunft gehabt hätte, wenn nicht die Krise passiert und das gesamte Konzept von General Motors zusammengebrochen wäre.

Allerdings kann Herr Verhofstadt nicht verleugnen, dass die Automobilbranche in den letzten Jahren in Europa und auch in Flandern einen Rückgang erlebt hat. Herr Noels, der Wirtschaftswissenschaftler, auf den ich mich berufe, hat erklärt, dass hohe Lohnkosten einer der Gründe waren, warum die US-Amerikaner Opel Antwerpen und nicht eines der anderen Werke schließen. Opel Antwerpen war ein effizientes Werk, das kann allerdings auch von Opel in Luton, im Vereinigten Königreich, und von den deutschen Werken behauptet werden; daher bin ich überzeugt, dass hohe Lohnkosten immer einen Erosionseffekt auf die Industriepolitik erzeugen, dem vorgegriffen werden muss, wenn wir die Beschäftigung stabil halten möchten.

**Patrick Le Hyaric, im Namen der GUE/NGL-Fraktion.** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, ich habe Ihre Erklärungen gehört und muss sagen, dass ich beunruhigt bin. Sie haben ausschließlich den Plan von General Motors verteidigt. Wenn Sie die Interessen der Allgemeinheit verteidigen würden, hätten Sie die Arbeitnehmer verteidigt und sie öfter erwähnt. General Motors schließt Opel Belgien nicht, weil es in Schwierigkeiten ist: Es hat 3,4 Mio. EUR Gewinn gemacht, was es aber nicht davor bewahrt hat, 2 600 Arbeitsplätze abzubauen. Wir sollten doch nicht glauben, dass das aus geografischen Gründen geschieht, weil General Motors insgesamt 10 000 Stellen abbaut.

In Wahrheit wird das Werk hier geschlossen, damit das Unternehmen nach Südkorea gehen und dort Arbeitnehmer ausbeuten kann; das ist die Wahrheit, Kommissar, und das sollte uns zumindest gesagt werden. Ich möchte hinzufügen, dass das nicht auf europäischer Solidarität begründet ist, weil ein Mitgliedstaat, Deutschland, Opel weitere Hilfen verspricht und zulässt, dass das Werk in Antwerpen geschlossen wird. Anders ausgedrückt, zwischen uns gibt es keine Solidarität. Und Sie unterstützen die Schließung, indem Sie uns im Vorhinein mitteilen, dass ein geringer Anteil an Sozialhilfe quasi als Tropfen auf dem heißen Stein verwendet wird, um den Schmerz der Arbeitnehmer zu lindern, während General Motors weiterhin Gewinne macht.

Diese Art Management ist antisozial; es arbeitet gegen die Europäische Union und schafft unglaubliche Verwirrung, wie wir gegenwärtig bei Toyota sehen können, wo hunderttausende Autos zurückgerufen werden. Es ist sogar eine Bedrohung für die Sicherheit der Fahrer. Eine radikale Änderung ist nun erforderlich. Die Kommission muss einem Zweck dienen; sie soll den Interessen der Menschen in Europa dienen.

Das sind die Gründe, warum ich die neue Kommission auffordere, eine europäische Richtlinie auszuarbeiten, die die Mitwirkung von Betriebsräten und Betriebsräten auf Gruppenebene obligatorisch macht, und ihnen die Befugnisse gibt, den Einsatz von staatlicher und europäischer Beihilfe zu überwachen. Eine derartige Hilfestellung muss von einer Klausel begleitet sein, die Beschäftigung, Weiterbildung und Löhne garantiert, aber sie sollte auch einen Impuls für eine europäische Strategie der Zusammenarbeit der Automobilhersteller auf den Gebieten der Forschung und der Produktion neuer sauberer Fahrzeuge geben.

Aus diesem Grund muss die Europäische Zentralbank die nationalen Banken mit einer Anleihe refinanzieren, die umso hilfreicher wäre, als sie für Beschäftigung, Weiterbildung und Investitionen in der Forschung und für die Entwicklung einer neuen Generation umweltfreundlicher Fahrzeuge verwendet würde.

Schließlich schlagen wir den Entwurf einer europäischen Verordnung vor, die Unternehmensgruppen verpflichtet, ihre Finanzunternehmen und alle Holdinggesellschaften in ihre Bilanzen aufzunehmen, damit die Behörden und Gewerkschaften eine allgemeine Übersicht über die wirtschaftliche Situation eines Konzerns bekommen können. Dies stünde im Gegensatz zu einem fallweisen Ansatz, der bei einzelnen Werken verfolgt wird, wobei das Hauptziel hierbei darin besteht, die Arbeitnehmer zu beschwichtigen und mit einem „*fait accompli*“ zu konfrontieren.

**Paul Nuttall**, im Namen der EFD-Fraktion. – Frau Präsidentin, ich möchte zuerst sagen, dass ich mit den Arbeitnehmern in Antwerpen mitfühle, aber ich möchte auf einige andere Probleme bezüglich der EU und General Motors hinweisen.

In einem 400 Mio. EUR schweren Geschäft wird Spyker Cars zu Saab Spyker. Täuschen Sie sich nicht, es handelt sich dabei nicht um ein normales Geschäft, bei dem ein Unternehmen zahlt und ein anderes bezahlt wird. Das ist ein Geschäft mit Provisionen, das besser in eine Planwirtschaft passt. Spyker zahlt, aber mit Geld von der Europäischen Investitionsbank. Anders ausgedrückt, es zahlt der europäische Steuerzahler, und das Risiko des ganzen Geschäfts übernimmt die schwedische Regierung. Natürlich ist nur das Risiko garantiert. General Motors wird einen Teil der Gewinne einstreichen, und Saab Spyker wird verpflichtet sein, vollständig zusammengebaute Fahrzeuge von einem anderen Werk von General Motors zu kaufen, von einem Werk in dem bekannten europäischen Land Mexiko.

Warum retten wir Arbeitsstellen in Mexiko mit dem Geld der europäischen Steuerzahler? Können wir Vectras nicht im Ellesmere Port-Werk in meinem Wahlkreis die Karosserie aufsetzen? Das ist alles, worauf Saab reduziert wurde.

Außerdem weiß jeder, dass General Motors und die europäischen Institutionen eine besondere Beziehung zueinander haben. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat mehr als 160 Mio. EUR in Betriebe von General Motors in Russland und der Ukraine „hineingepumpt“ und besitzt 30 % am Anteilskapital eines Produktionswerkes von General Motors in St. Petersburg.

Deshalb möchte ich die Kommission gerne fragen, warum eine derart unverhältnismäßige Unterstützung für Länder wie Ukraine und Mexiko, aber niemals für britische Unternehmen bereitgestellt wird. Rover hätte für einen Bruchteil dieses Preises gerettet werden können, und Arbeitsplätze hätten unter Umständen bei Rolls Royce in Netherton in Merseyside, in meinem Wahlkreis, gerettet werden können. Gegenwärtig sind Stellen von General Motors in meinem Wahlkreis im Nordwesten Englands immer noch in Gefahr, und dennoch verwendet die Kommission die Steuereinkünfte meines Wahlkreises, um Jobs bei General Motors in Mexiko und Russland zu sichern.

**Philip Claeys (NI)**. – (NL)Die Schließung des Opelwerks in Antwerpen ist eine Katastrophe, nicht nur für die Arbeitnehmer und die Versorgungsunternehmen, sondern auch aufgrund einer offenkundigen Entwicklung, wobei alle industriellen Produktionszweige in Flandern und in anderen europäischen Regionen reduziert werden.

Wenn das stattfindet, muss die Kommission untersuchen, ob staatliche Beihilfe den strikten Bedingungen entspricht. Es sollte dennoch möglich sein, Opel Antwerpen vorübergehende staatliche Beihilfe zu gewähren, vorausgesetzt, dass derartige Beihilfen für die Umstellung auf innovativerer Produktion verwendet werden. Natürlich kann das Ziel nicht darin bestehen, ganze Industriesektoren künstlich in alle Ewigkeiten aufrechtzuerhalten, aber wir sollten auch nicht vergessen, dass Opel Antwerpen ein profitables Werk mit hochqualifizierten Arbeitnehmern, hohem Produktionsniveau und moderner Ausrüstung ist.

Daher weigere ich mich, zu glauben, dass wir es mit einer Art industriellem Dinosaurier zu tun haben, der in naher Zukunft aussterben wird. Im Laufe dieser Aussprache haben wir wiederholte Appelle für einen

weiteren bevorstehenden Durchbruch gehört. Einige sagen, dass Europa sogar noch mehr Aufgaben übernehmen soll, davon ausgehend, dass mehr Europa automatisch ein besseres Europa bedeutet. Allerdings wäre es gut, wenn die EU einen flexiblen, aber dennoch einheitlichen Standpunkt im Rahmen ihres gegenwärtigen Befugnisse einnimmt, z. B. indem sichergestellt wird, dass die Regeln für Deutschland ebenso gelten wie für Flandern, dass die größeren Mitgliedstaaten sich nicht mehr herausnehmen können als die kleinen.

Ich möchte einige abschließende Worte an die Vertreter der amtierenden belgischen Parteien richten. Sie sind teilweise dafür verantwortlich, dass Belgien in der Industrieproduktion eines der teuersten Länder Europas ist. Durch eine hohe Steuerbelastung haben sie sichergestellt, dass flämische Arbeitnehmer teurer als in anderen Ländern sind und dass sie gleichzeitig weniger vorzuweisen haben; das ist auch ein wichtiger Faktor, und es wird Zeit, dass sie darüber mehr nachdenken.

**Jutta Steinruck (S&D).** - Herr Kommissar Špidla, Frau Präsidentin! Es sind die europäischen Interessen, die die Kommission verteidigen sollte, und da schließe ich mich meinen Vorrednern an. Die Kommission sollte da ihr Vorgehen überprüfen.

General Motors will ab morgen 2,7 Milliarden Euro in ganz Europa einsammeln, ohne einen einzigen Cent eigenen Beitrag leisten zu wollen. Da muss doch klar sein, dass Europa, dass die Kommission kein Geld hergeben darf, wenn dabei weitere Werke geschlossen werden sollen und die Produktion aus Europa heraus verlagert werden soll. Aber auch die Mitgliedstaaten dürfen entsprechende Pläne von General Motors nicht unterstützen und nur an die Rettung der eigenen Standorte denken.

Die Arbeitnehmer haben sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, und Gleiches erwarte ich auch von den Mitgliedstaaten, denn ein entsprechender Spaltungsprozess würde nur weitere Verlagerungen zur Folge haben. Das darf nicht durch den europäischen Steuerzahler und auch nicht auf Kosten der anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Opel in Europa finanziert werden. Das wird da draußen niemand verstehen! Die Menschen wollen verstehen, was die Europäische Union macht. Bei allem, was General Motors hier in Europa noch vorhat, muss die Kommission auch dafür sorgen, dass die europäischen Spielregeln eingehalten werden.

Der europäische Betriebsrat hat eine solidarische Lösung mit einem tragfähigen ökonomischen Plan zur Rettung Opels aufgelegt, in dem alle Standorte erhalten werden und in dem auch in allen Standorten entsprechende Anpassungen solidarisch vorgenommen werden sollen. Diesen Plan darf das Management nicht einfach ignorieren. Der Konsultationsprozess mit dem europäischen Betriebsrat, die Anhörungs- und Mitspracherechte, die wir für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkämpft haben, dürfen auch Herr Reilly und seine Kollegen nicht außer Acht lassen. Eine solidarische europäische Lösung für Opel ist möglich, aber daran muss auch die Kommission mitwirken.

**Frieda Brepoels (Verts/ALE).** - (NL)Ich bin sehr froh, dass der Opel-Antrag heute erneut auf der Tagesordnung steht, obwohl mir auffällt, dass die Erklärung der Europäischen Kommission sehr wenig Neues beinhaltet.

Herr Kommissar, sie haben lange über die informellen Besprechungen geredet, die auf der Grundlage eines zusammengefassten Plans stattfanden, aber ich habe nicht gehört, dass Sie irgendetwas über einen existierenden Geschäftsplan gesagt haben. Sie haben auch gesagt, dass Sie nicht den Eindruck hatten, dass der Plan auf nicht wirtschaftlichen Überlegungen basiert; sagen Sie mir doch bitte, auf welche Aspekte des Plans oder Antrags Sie sich dabei beziehen. Sie sagen, dass die Kommission keinen Einfluss darauf hat, wo die Stellen abgebaut werden. Das ist wahr, aber Sie könnten die Dinge genauer untersuchen, die Kriterien in Bezug auf den Geschäftsplan prüfen. Sie könnten überprüfen, ob sie tatsächlich den Rechtsvorschriften europäischer Umstrukturierung und Wettbewerbsfähigkeit entsprechen, aber darüber haben wir heute gar nichts gehört.

Ihre Kollegin, Kommissarin Kroes, hat uns allerdings im Septemberplenum diesbezüglich sehr deutliche Versprechungen gemacht. Sie sagte, dass die Kommission niemals das Geld der Steuerzahler dafür verwenden würde, nationalen politischen Interessen zu dienen. Wenn ich bemerke, dass außer Herrn Belet keine Mitglieder der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hier sprechen, und gewiss keine Deutschen, dann finde ich das äußerst vielsagend. Wie ich das sehe, hat Deutschland die Beute eingeholt; aber für die Arbeitnehmer von Opel Antwerpen ist das sehr schwer.

**Evžen Tošenovský (ECR).** - (CS) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, der Fall Opel hat uns gezeigt, wie umstritten er ist, wie sich heute deutlich im Laufe unserer Diskussion gezeigt hat, und wie schwierig es ist, mithilfe politischer Entscheidungen in die wirtschaftlichen Probleme von Handelsunternehmen einzugreifen.

Wir haben hier vor einigen Monaten die Möglichkeit von Finanzhilfe für Opel durch die deutsche Regierung besprochen. Wir verstehen alle sehr gut die wichtige Stellung dieses Unternehmens sowie die potenziellen Schwierigkeiten, speziell für tausende von Mitarbeitern. Das betrifft auch die damit verbundenen Auswirkungen auf Versorgungsunternehmen und natürlich die höheren Kosten für staatliche Sozialsysteme im Falle katastrophaler Ereignisse. Dennoch haben viele unter uns vor politischen Entscheidungen über umfassende Subventionen aus der öffentlichen Kasse gewarnt.

Wie wir heute wissen, haben weder die so genannten Abwrackpläne noch geplante umfassende Subventionen das Problem gelöst. Im Gegenteil, sie haben scheinbar das Problem nur verschoben und dadurch die wirtschaftlichen Probleme des Unternehmens erhöht. Wir sind nicht einmal sicher, ob es sich dabei um echte Probleme oder um Taktiken des Unternehmens handelt. Eine Krisensituation betrifft zurzeit einen gewissen Bereich, wobei das Werk in Antwerpen dabei in eine schwierige Lage gerät. Wir können nur spekulieren, warum dieses Problem genau den Teil des Unternehmens betrifft, der nicht im Land der Muttergesellschaft liegt.

Der Fall Opel gewinnt noch eine weitere Dimension dazu. Wir bewegen uns auf eine unangenehme Lösung für ein multinationales Unternehmen zu, wenn wir damit beginnen, die Nationalität in den spezifischen Unternehmensbereichen zu diskutieren. Das Problem des Unternehmens wird zum Problem mehrerer Länder und eine Lösung auf europäischer Ebene wird sehr schwierig. In der betreffenden Situation sollte das Europäische Parlament die Position einer Institution beibehalten, die die Einhaltung der von den EU-Mitgliedsstaaten angenommenen Regeln fordert. Das sollte so vor sich gehen, dass ein Eingriff in das kompetitive Umfeld vermieden und gleichzeitig das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt wird. Es ist außerdem sehr gefährlich, wenn derartige komplizierte wirtschaftliche Probleme großer Unternehmen Rivalität zwischen Mitgliedstaaten der EU mit Anzeichen von Protektionismus in einem bestimmten Industriezweig hervorrufen.

**Evelyn Regner (S&D).** - Frau Präsidentin! Ich bin Österreicherin und melde mich doch zu Wort, weil europäisches Recht gebrochen wurde, weil der Fall aktuell ist und uns dementsprechend alle angeht. Beim Fall Opel Antwerpen geht es nicht – wie von der Opel-Führung in der Öffentlichkeit immer dargestellt – primär um eine Werkschließung zum Abbau der Überkapazitäten, weil weniger Autos verkauft werden, sondern es geht um eine Betriebsverlagerung nach Südkorea, um Vertragsbruch seitens des Opel-Vauxhall-Chefs Reilly, es geht um die Verletzung von Arbeitnehmerrechten, von Informations-, Konsultationsrechten der Arbeitnehmer und deren Vertreter. Und es geht schließlich um das Rosinenpicken, nämlich um das Einsammeln oder den Versuch, nun 2,7 Milliarden an öffentlichen Geldern einzusammeln. Firmenchef Reilly hat den Delta-Rahmenvertrag erst mit den europäischen Betriebsräten und den Gewerkschaften ausverhandelt, um ihn dann anschließend zu brechen. Die Automodelle, die in Antwerpen hergestellt werden sollten, werden nun voraussichtlich in Südkorea gebaut werden. Und die europäischen Beschäftigten sollen das schließlich auch durch Lohn- und Gehaltsverzicht bezahlen.

Ein weiterer Punkt, der mich sehr stört, ist der *management overhead*, der ebenfalls um 30 % gekürzt werden sollte, und der von Firmenchef Reilly schließlich von sieben rechtlich vorgesehenen auf 21 ausgedehnt worden ist. Das heißt, es wurde deutsches Mitbestimmungsrecht gebrochen. Deshalb fordere ich die Kommission auf, nicht nur wie von Ihnen, Herr Kommissar Špidla, eingangs erwähnt, auf die Wirtschaftlichkeit bei der Beurteilung von Staatsbeihilfen zu achten, sondern vor allem auf die Einhaltung von Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechten.

**Olle Ludvigsson (S&D).** – (SV) Frau Präsidentin, wir sind gegenwärtig mit der vermutlich schlimmsten wirtschaftlichen Krise konfrontiert, die wir alle hier in diesem Haus je erfahren haben. Die Automobilindustrie ist eine der am schwersten betroffenen Branchen. Wieder einmal sind wir mit einer Situation konfrontiert, in der das Risiko der Schließung eines europäischen Automobilwerks auf dem Spiel steht. Das betrifft nicht nur das Automobilwerk selbst, sondern auch dessen Zulieferer und diejenigen, die für diese Zulieferer arbeiten. Das ist nicht nur eine persönliche Tragödie für die Mitarbeiter, die ihre Stellen verlieren werden, sondern auch ein großes Problem für Europa, weil dadurch ein wichtiger Industriezweig geschwächt wird.

Die Globalisierung wird Änderungen mit sich bringen, und wir sehen, dass Unternehmen ihre Betriebe in andere Gebiete der Welt verlagern. Wenn Unternehmen in andere Länder wechseln, weil Arbeitnehmer in diesen Ländern unter schlechteren Bedingungen, in einem schlechterem Arbeitsumfeld arbeiten und weniger Gewerkschaftsrechte haben, dann ist das Grund genug, die Abmachungen in unseren Handelsvereinbarungen und in anderen Instrumenten zu überarbeiten.

Wir müssen auch besprechen, was wir gemeinsam tun können, um das Problem des Wettbewerbs mit anderen Ländern aufzugreifen, die Arbeitnehmern schlechtere Bedingungen bieten, sowohl in der Union und in Bezug

auf Drittländer. Wir müssen auch in Übereinstimmung agieren, damit Unternehmen nicht einen Mitgliedstaat gegen den anderen ausspielen. Ein europäischer Plan für die Automobilbranche muss in die Zukunft gerichtet sein, auf Know-how und Entwicklung und nicht auf schlechteren Bedingungen basieren.

**Inés Ayala Sender (S&D).** – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte eingangs unsere Solidarität mit Arbeitnehmern von Opel und deren Familien ausdrücken. Wir sind auch in Solidarität mit Arbeitnehmern und deren Familien verbunden, die in Versorgungsunternehmen für Opel arbeiten. Diese Menschen haben einige Monate in Ungewissheit zugebracht, die zu einem Plan geführt haben, der staatliche Beihilfe und Opfer durch Arbeitnehmer fordert.

Diese Situation wird das Werk in Figueruelas in Spanien sowie alle betreffen, die dort arbeiten. Daher und auch um derartige Situationen in der Zukunft zu vermeiden, fordern wir den Kommissar und die nächste Kommission auf, eine neue aktive Industriepolitik zu planen, vor allem für den Automobilsektor. Eine derartige Politik muss Überwachung und Maßnahmen beinhalten, um nicht stattfindende Investitionen zu vermeiden, wodurch Unternehmen wie General Motors und Opel in eine unmögliche Lage gebracht wurden, in der die Arbeitnehmer die schwerwiegendsten Folgen zu tragen haben.

Die Kommission kann nicht nur Zuschauer bleiben. Daher fordern wir die Kommission auf, den Inhalt des Opelplans strengstens zu überprüfen, da dieser im Hinblick auf Durchführbarkeit noch sehr ungenau scheint. Der Plan ist nur hinsichtlich der von den Arbeitnehmern sowie dem lokalen Gebiet erwarteten Opfer klar definiert.

Wir fordern die Kommission auf, sicherzustellen, dass jeder Maßnahme in Bezug auf finanzielle Durchführbarkeit vonseiten der Arbeitnehmer und deren Vertretern zugestimmt wird, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war. Zur Sicherstellung der Zukunft von Opel Europa fordern wir, dass zukünftige Projekte den eigentlichen Kriterien wirtschaftlicher und industrieller Durchführbarkeit im europäischen Rahmen entsprechen, damit eine Wiederholung von Situationen vermieden wird, mit denen wir jetzt konfrontiert sind und damit die europäische Automobilindustrie ein innovativer, nachhaltiger Sektor mit Zukunft wird.

Die Bürger, die unsere Diskussionen und Entscheidungen über die Kraftfahrzeuge der Zukunft verfolgen, möchten immer noch in sichereren, bequemeren und nachhaltigeren Fahrzeugen reisen, die den hohen europäischen Qualitätsnormen entsprechen, an die sie gewöhnt sind. Deshalb wünschen sie auch, dass europäische Arbeitnehmer auch in Zukunft diese Fahrzeuge bauen.

**Seán Kelly (PPE).** – Frau Präsidentin, erstens möchte ich mich meinen belgischen Kollegen anschließen, da ich mit den Arbeitnehmern von Dell in meinem eigenen Wahlkreis zu tun habe, die ihre Stellen verloren haben, als das Unternehmen nach Polen umzog. Ich kann ihren Standpunkt völlig nachvollziehen. Aus meiner Erfahrung heraus möchte ich meine Kollegen auf einige Dinge hinweisen.

Erstens ist es absolut wichtig, dass die Hilfe so schnell wie möglich bereitgestellt wird, denn sobald die Uhr läuft, sind die Hände der Kommission gebunden, die ohne Rechtsvorschriften nichts tun kann, und das wird eine Zeit dauern, wenn überhaupt.

Zweitens muss jede geleistete Hilfe ausschließlich die Bedürfnisse der Arbeitnehmer betreffen, nicht Arbeitnehmer in vorgeschriebene Kurse drängen usw., die von staatlichen Behörden unter Umständen angeboten werden. Das ist unbedingt wichtig. Ich beschäftige mich zurzeit mit den Arbeitnehmern von Dell und ähnlichen Problemen. Ich würde meinem Kollegen, Ivo Belet, und anderen daher vorschlagen, dass es vielleicht interessant wäre, wenn wir uns treffen, Erfahrungen austauschen und im Laufe dieses Prozesses gemeinsam daran arbeiten. Ich stehe komplett dahinter.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Ich möchte mit drei wichtigen Fragen beginnen. Was ist die Zukunft der europäischen Industriepolitik? In welche Richtung bewegt sich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft? Und drittens, was wird aus den europäischen Arbeitskräften und infolgedessen mit der Lebensqualität der Bürger Europas?

Zu Beginn dieses Jahres betrug die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 10 %. In Ländern wie Lettland und Spanien beträgt diese Zahl 20 %. Deshalb glaube ich, dass dieses Thema so wichtig ist. Das ist auch der Grund, warum ich finde, dass im Falle eines europäischen multinationalen Unternehmens, in dem ein Umstrukturierungsprozess stattfindet, Gewerkschaften aus anderen Mitgliedstaaten sowie der Europäische Betriebsrats in den Beratungsprozess eingebunden werden sollen, und nicht nur der Staat, in dem sich die

Hauptverwaltung des Unternehmens befindet. Ich finde, dass Sie als Kommissar für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten oder die Person, die Ihnen nachfolgen wird, diese Maßnahme beschließen können.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL).** – (PT) Frau Präsidentin, Opel hatte ein großes Werk in Portugal in Azambuja und hat insgesamt beinahe 2 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Allerdings wurde das Unternehmen geschlossen, die Produktion in Portugal eingestellt und nach Spanien verlagert. Diese Entscheidung brachte die Arbeitslosigkeit für tausende Arbeitnehmer, die entweder direkt oder indirekt von der Opelstrategie betroffen waren.

Ich muss darauf hinweisen, dass das nicht aufgrund der Löhne passierte, die in Portugal geringer als in Spanien waren. Das Unternehmen hat zum Zweck der Produktionssteigerung so agiert, ohne die sozialen Folgen dieser Entscheidung in Betracht zu ziehen. Deshalb ist es wichtig, sich an Opels Geschichte zu erinnern und bei der Überwachung der Unternehmensaktivitäten effizient zu agieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass im Rahmen der staatlichen Hilfe für multinationale Unternehmen die Industrieproduktion, die Rechte der Arbeitnehmer sowie die Rechte der Gemeinden in den betroffenen Gebieten zu unterstützen sind, und wir müssen auch Gewerkschaften und anderen Vertretern von Arbeitnehmern garantieren, dass wir auf effiziente Weise eingreifen werden.

**Krisztina Morvai (NI).** – Frau Präsidentin, das wichtigste Gesetz oder die wichtigste Regel des globalisierten, neoliberalen Kapitalismus scheint zu sein, dass eine kleine Gruppe Reicher Gewinne privatisiert, die Verluste und Schäden verstaatlicht und diese von den Steuerzahlern zahlen lässt, von denen die Mehrheit arm sind.

Was hat das mit Gerechtigkeit zu tun? Was hat das mit Moral zu tun? Oder können diese Konzepte nicht in einem wirtschaftlichen Zusammenhang gesehen werden? Ist das nicht ein System, das von Grund auf falsch ist? Liegt hier nicht ein struktureller Fehler in diesem System vor? Und sollten wir nicht als das Europäische Parlament und die Europäische Union damit beginnen, diese ganze Struktur und das System als solches kritisch zu betrachten?

**Czesław Adam Siekierski (PPE).** – (PL) Frau Präsidentin, die jüngsten Ankündigungen von Gruppenentlassungen in den Mitgliedstaaten der EU, einschließlich der vom Opelkonzern angekündigten, decken sich mit den großen Problemen, denen sich seit kurzem die Automobilindustrie und andere Industriezweige als Folge der Wirtschaftskrise gegenübersehen. Im Zusammenhang mit den Problemen der Automobilindustrie sollten wir uns die folgende Frage stellen: um Arbeitsplätze zu erhalten, ist es akzeptabel, Autokonzernen und anderen Produzenten staatliche Subventionen zu geben? Während der letzten ein oder zwei Jahre hatten wir zahlreiche Beispiele von staatlichem Protektionismus, der auf die Produzenten verschiedener Güter ausgedehnt wurde, sowie verschiedene Reaktionen und Entscheidungen vonseiten der Europäischen Kommission. Das ist von der öffentlichen Meinung bedenklich aufgenommen worden. Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass derartige Subventionen den Wettbewerb auf dem internationalen Markt verzerren, und andererseits wurde betont, dass die Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit essenziell ist und dass staatliche Beihilfen dazu notwendig sind.

Meiner Meinung nach ist auf diesem Gebiet in einer Zeit der Wirtschaftskrise eine flexiblere Politik notwendig, eine Politik, der die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission zugestimmt haben und die auf diesen Sektor sowie auf andere in gleicher Weise angewandt wird.

**Jutta Steinruck (S&D).** – Frau Präsidentin! Ich habe noch eine Ergänzung zu der Kollegin, die sagte, ihr fehlen die Deutschen hier im Parlament. Ich bin deutsche Sozialdemokratin, aber ich teile auch ihre Kritik daran, dass der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, der zur Union, zur CDU gehört, sich darüber erfreut gezeigt hat, dass Antwerpen und nicht Bochum geschlossen wird. Wir, die deutschen Sozialdemokraten, sind für eine europäische Lösung, genau für den Plan, den der europäische Betriebsrat auch vorgestellt hat. Und das möchte ich noch einmal deutlich sagen: Ich habe keine Ahnung, warum sich die Konservativen und die Liberalen aus Deutschland hier wegducken!

**Vladimír Špidla, Mitglied der Kommission.** – (CS) Meine Damen und Herren, die Aussprache hat zahlreiche Punkte angesprochen, wobei einige davon, meiner Meinung nach, Themen für die nächste Kommission sind. Die zweifellose eingehende Diskussion betrifft das allgemeine Konzept der Industriepolitik sowie das Konzept der staatlichen Beihilfen und andere Themen.

Soweit der hier angesprochene Fall betroffen ist, in anderen Worten der Fall Opel, geht es nicht um Industriepolitik per se. Es ist klar, dass die Kommission im Rahmen des Vertrags einigen Freiraum besitzt. Ich denke, dass ich mit einer gewissen Zufriedenheit sagen kann, dass die Kommission alle im Vertrag verfügbaren Möglichkeiten genutzt und diese auch auf nicht ganz konventionelle Art eingesetzt hat. Ich

könnte auf die beiden von meinem Kollegen, Günter Verheugen, geplanten Besprechungen hinweisen, in denen Mitgliedstaaten die aktuelle Situation besprochen haben, und in gewissem Maße hat das einen koordinierten Ansatz ermöglicht. Die Beurteilung der Pläne *ex ante* war ebenso unkonventionell. Ich muss dazu sagen, dass die Struktur der EU-Gesetzgebung keine solide Rechtsgrundlage für derartige Ansätze bietet. Dennoch wurde sie angesichts der Wichtigkeit des Problems herangezogen.

Was die staatlichen Beihilfen betreffen, so wurde bislang nichts ausgehandelt, es wurde kein Staat vorgeschlagen, und es obliegt der Kommission zu beurteilen, ob staatliche Beihilfen im Rahmen der Regelungen angeboten wird. Ich glaube fest daran, dass der Ablauf so strikt wie möglich erfolgen soll. Wir können nicht zulassen, dass eine derartig schwerwiegende Entscheidung von nicht wirtschaftlich basierten Faktoren beeinflusst wird, und dass eine Situation aufkommt, in der es statt des Wettbewerbs zwischen Unternehmen zu einem Wettbewerb der Staaten darüber kommt, wer die umfassendsten Subventionen leisten kann. Die Kommission wird aus dieser Sicht den Plan für staatliche Beihilfe sowie alle damit verbundenen Sachverhalte genauestens bewerten.

In meiner letzten Rede vor etwa drei Monaten habe ich betont, dass wir alles unternommen haben, um eine Übereinstimmung mit allen Regelungen zu Mitarbeiterbefragungen zu gewährleisten. Das haben wir getan, und das werden wir weiterhin so handhaben. Auch zögern wir in der Zwischenzeit nicht, alle Maßnahmen, die im Rahmen unseres Regelwerks möglich sind, zu beschließen. Ich glaube, dass mein Nachfolger in diesem Zusammenhang nicht nachsichtiger als ich sein wird.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Fall zahlreiche Fragen aufwirft, die besprochen werden müssen. Ich glaube auch, dass die Kommission die Pflicht hat, alle verfügbaren Optionen bestens zu nutzen.

Ich möchte abschließend noch einen Punkt ansprechen, den ich bereits in meiner Eröffnungsansprache erwähnt habe: Wenn irgendwelche Arbeitnehmer entlassen werden, und es wurde erwähnt, dass General Motors die Entlassung von etwa 8 000 - 10 000 Mitarbeitern in Betracht zieht, dann werden die Auswirkungen dieser Angelegenheit zweifellos über Antwerpen hinausgehen. Die Kommission verwendet und mobilisiert wieder alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, die in diesem Fall nützlich sind. Dazu gehören der Europäische Sozialfonds sowie der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung.

Wir werden uns sehr bemühen, damit diese Angelegenheit so schnell wie möglich entschieden wird. Das Parlament übernimmt hier natürlich eine aktive Rolle, weil die von der Kommission eingereichten Anträge nur dann Realität werden können, nachdem sie vom Parlament erörtert wurden.

Meine Damen und Herren, jegliche EU-Beihilfe muss sich zuerst an die Menschen und nicht an Unternehmen richten, und das stellt auch eine wesentliche Grundlage unserer Entscheidungsfindung dar.

**Die Präsidentin.** – Die Aussprache wird geschlossen.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Veronica Lope Fontagné (PPE), schriftlich.** – (ES) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte einfach meine Solidarität mit den Familien ausdrücken, die von den entsetzlichen Nachrichten von der Werksschließung in Antwerpen betroffen sind. Wir denken nicht nur an diejenigen, die davon direkt betroffen sind und ihre Stellen verlieren werden, sondern auch an die Zulieferungsunternehmen, die auch darunter leiden werden. Wir müssen auch an sie denken. Das Werk in Figueruelas liegt in meinem Gebiet in Aragón, also betrifft uns diese Angelegenheit direkt. Wir befürworten daher eine aktive Politik für den Automobilsektor, mit neuen umweltfreundlichen und innovativen Modellen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen.

### **16. Gleichstellung von Frauen und Männern — 2009 (Aussprache)**

**Die Präsidentin.** – Der nächste Punkt ist ein Bericht von Marc Tarabella im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter über die Gleichstellung zwischen Frau und Mann in der Europäischen Union – 2009 (KOM(2009)0077 – 2009/2101(INI)) (A7-0004/2010).

**Marc Tarabella, Berichterstatter.** – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zuerst möchte ich der Europäischen Kommission zu diesem ausgezeichneten Bericht gratulieren. Tatsächlich hat dieser Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann, über die jedes Jahr abgestimmt wird, für mich eine besondere Bedeutung. Es ist der erste Bericht, den ich im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, dessen aktives Mitglied ich bin, vorgestellt habe. Außerdem ist dies ein Bericht, der angesichts



der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Krise, unter der die Europäische Union besonders leidet, absolut wichtig ist.

Deshalb war es mir wichtig, in meinem Bericht die Auswirkungen der Krise auf die Frauen hervorzuheben. In meiner Beobachtung waren Männer zu Beginn der Krise mehr Entlassungen ausgesetzt, was besonders aufgrund der Auswirkungen auf die Schwerindustrie zu erwarten war, allerdings sind in den letzten Monaten die Arbeitslosenzahlen sowohl bei Frauen als auch bei Männern in gleicher Weise stark angestiegen.

Immerhin sind in mindestens einem Dutzend der Mitgliedstaaten Frauen von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen, und der Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigungen ist ebenfalls höher. Ich ersuche die Kommission und die Mitgliedstaaten daher, genaue Statistiken über die Auswirkungen der Krise auf Frauen und Männer vorzulegen. Dies sollte geschehen, bevor irgendwelche Budgetsparmaßnahmen umgesetzt werden, um Studien über die Auswirkungen auf die Geschlechter durchzuführen und somit ein disproportionaler Anteil von Frauen davor geschützt werden kann.

Meiner Meinung nach ist auch die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein wichtiger Punkt. Zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent europäischer Frauen sind im Laufe ihres Lebens als Erwachsene körperlicher Gewalt ausgesetzt. Das ist eine Tatsache, aber 10 % davon sind auch Opfer sexueller Gewalt. Deshalb glaube ich, dass sich Männer auch verpflichten müssen, die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.

Der spanische Ratsvorsitz der Europäischen Union hat nicht nur die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zu einem seiner wichtigsten Anliegen gemacht, indem er u. a. ein Europäisches Überwachungszentrum zu Gewalt gegen Frauen geschaffen hat, um über harmonisierte Daten zu verfügen, sondern er hat auch eine europäische Schutzanordnung für Opfer ausgearbeitet. Ich unterstütze deshalb diesen Ansatz. Ich würde auch die Schaffung eines Europäischen Jahres zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit in allen Mitgliedstaaten befürworten und um sicherzustellen, dass dieser Kampf zur Priorität wird.

Befassen wir uns nun mit der Beschäftigung. Hier die Fakten: Frauen haben stark in den Arbeitsmarkt investiert. 59,1 % der Frauen gehen einer Beschäftigung nach. Die Strategie von Lissabon hat sich 60 % zum Ziel gesetzt. Wir haben es beinahe geschafft, aber die Unterschiede zwischen einigen Mitgliedstaaten sind immer noch maßgeblich; das gilt auch für das durchschnittliche Lohngefälle, das je nach Studie zwischen 17 und 25 % variiert.

Daher würde ich die Mitgliedstaaten direkt ansprechen, die Richtlinien für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen. Ich würde diese Mitgliedsstaaten auffordern, Gesetzgebungsmaßnahmen ergreifen, um das Gleichgewicht der Geschlechter in verantwortungsvollen Positionen, besonders in Privatunternehmen, zu fördern. Ich glaube, dass wir gegen sexistische Vorurteile ankämpfen müssen. In meiner vorherigen Aufgabe als Minister für Schule und Weiterbildung habe ich eine Frau getroffen, die ihre Ausbildung als Schulbusfahrerin abrechnen musste, weil ihr Lehrer sich über sie lustig gemacht hat.

Ich hoffe, dass in Zukunft sich niemand darüber wundern wird, wenn ein Mann den Abwasch erledigt oder eine Frau einen Schulbus lenkt, wie ich eben erwähnt habe. Kurzum müssen die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Sensibilisierungskampagnen zu diesem Problem in den Schulen zu starten.

Sexuelle und reproduktive Rechte sind ein wichtiges Kapitel, weil Frauen über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte bestimmen können müssen. Tausende von Frauen haben im Kampf um diese Rechte ihr Leben aufs Spiel gesetzt, und heute haben 24 von 27 europäischen Ländern die Abtreibung legalisiert. Das Europäische Parlament hat die Pflicht, diesen *Besitzstand* zu schützen, der für Frauen von grundlegender Bedeutung ist. Wir bestehen darauf, dass Frauen über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte bestimmen können, nicht zuletzt durch problemlosen Zugang zu Verhütung und Abtreibung.

Befassen wir uns nun mit dem Vaterschaftsurlaub. Hier die Fakten: Männer haben das Recht, in die ersten Tage nach der Geburt ihres Kindes völlig eingebunden zu sein. Es ist wahr, dass wir in diesem Zusammenhang die Kommission bitten, alle Maßnahmen zu unterstützen, die auf die Einführung von Vaterschaftsurlaub auf europäischer Ebene abzielen. Wir sehen ein, dass Mutterschaftsurlaub mit Vaterschaftsurlaub verknüpft sein muss.

Ich komme nun zum Abschluss, Frau Präsidentin, Herr Kommissar. Als dieser Bericht dem Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter vorgelegt wurde, wurde er mit großem Lob von Vertretern aller politischer Gruppen im Europäischen Parlament aufgenommen. Die Abstimmung in diesem

Ausschuss ist auch sehr positiv verlaufen, und der Bericht wurde von einer deutlichen Mehrheit angenommen. Ich lade daher alle meine Kollegen ein, meinen Bericht erneut zu unterstützen, wenn darüber am Mittwoch abgestimmt wird. Ich werde allerdings die betreffende Aussprache genau verfolgen und kann dann auf Ihre Fragen antworten.

**Vladimír Špidla**, Mitglied der Kommission. – (FR)Frau Präsidentin, ehrenwerte Mitglieder, die jetzige Kommission begrüßt den Bericht und den Entschließungsentwurf zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union 2009.

Ich bedanke mich beim Berichterstatter, Herrn Tarabella, für die vom Parlament ausgesprochene Unterstützung für den Ansatz und die von der Europäischen Kommission angenommenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Gleichstellung von Frauen und Männern stellt einen der grundlegenden Werte der Europäischen Union dar und ist eine Vorbedingung dafür, dass die Europäische Union ihre Ziele in den Bereichen Wachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion erreicht.

Auf dieser Grundlage hat die Europäische Union eine Politik zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern aufgebaut. Obwohl fraglos Fortschritte auf diesem Gebiet erreicht wurden, gibt es noch wichtige Herausforderungen. Die Kommission stimmt mit dem Berichterstatter überein, dass es wichtig ist, die Bemühungen fortzusetzen.

Während meines Mandats waren die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Rechte der Frauen eines meiner Hauptanliegen. Im Laufe der letzten fünf Jahre war das Engagement der Kommission im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter Bestandteil der Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Im Rahmen der Umsetzung dieser Strategie hat die Kommission einige bemerkenswerte Initiativen vorgestellt. Zur Erläuterung möchte ich drei erwähnen.

Die Kommission hat einige praktische Maßnahmen vorgeschlagen, um dem Lohngefälle zwischen Männern und Frauen beizukommen. Dieses Gefälle, das 17 % beträgt, ist einfach inakzeptabel. 2010 wird die Kommission eine Studie über die Wirksamkeit der europäischen Gesetzgebung vorlegen und Maßnahmen zur Überwindung des Lohngefälles vorstellen.

Der Kommission sind die interessanten Ideen in der Entschließung des Europäischen Parlaments aufgefallen. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass die Kommission im März 2009 eine Sensibilisierungskampagne gestartet hat, die alle Parteien mobilisieren sollte, das Lohngefälle zu bekämpfen. Aufgrund des Erfolgs der Kampagne wird sie bis 2010 verlängert.

Während meines Mandats habe ich mich ebenfalls bemüht, eine zahlenmäßig bessere Vertretung von Frauen in Politik und Wirtschaft zu fördern. Auf dieser Grundlage habe ich im Juni 2008 ein Europäisches Netzwerk zur Förderung von Frauen in Führungspositionen vorgestellt. Wir haben einige Fortschritte erzielt. Im gegenwärtigen Europäischen Parlament ist der Anteil der Frauen so hoch wie nie zuvor: 35 %.

Dennoch sind ernsthafte Bemühungen immer noch erforderlich, vor allem auf nationaler Ebene, wo Frauen im Durchschnitt nur 24 % aller Mitglieder im Nationalparlament repräsentieren und in Unternehmen, wo Frauen weniger als 11 % der Vorstandsmitglieder der wichtigsten börsennotierten Firmen ausmachen.

Die dritte bemerkenswerte Initiative ist die Einführung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. Ich bin stolz darauf, heute sagen zu können, dass trotz einer langsameren Anlaufphase das Institut nun Aktivitäten in Brüssel begonnen und bereits Büros in Vilnius eingerichtet hat.

Die gegenwärtige Krise hat schwere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und bedroht dadurch den erst kürzlich erlangten Fortschritt bezüglich der Beschäftigung von Frauen; vor allem aufgrund der Tatsache, dass Frauen schwerer eine Stelle finden und dass sie generell eher im Nachteil sind.

Meine Damen und Herren, während meines Mandats habe ich mich dazu verpflichtet, das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben zu verbessern. Ich stimme dem Europäischen Parlament zu, wenn es die Bedeutung hervorhebt, Väter dabei zu unterstützen, eine größere Rolle im Familienleben zu spielen. Deshalb habe ich meine Dienststellen gebeten, eine Kosten-Nutzenanalyse einer potenziellen Kommissionsinitiative auf diesem Gebiet zu erstellen.

Der Bericht des Europäischen Parlaments unterstreicht auch die Wichtigkeit, Gewalt gegen Frauen zu unterbinden. Die Kommission wird mit Einsatz und großer Entschlossenheit auf dieses Ziel hinarbeiten.

Ich möchte diese Rede nicht beenden, ohne die gute Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Kommission hervorzuheben. Diese Zusammenarbeit war ein wichtiger Faktor bei den erzielten Fortschritten

bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur ein isoliertes Ziel. Die Verwirklichung von Wachstum, Beschäftigung sowie Ziele sozialer Kohäsion hängen davon ab.

Vielen Dank für die Zusammenarbeit und Ihre Aufmerksamkeit.

**VORSITZ: FRAU ANGELILLI**

*Vizepräsidentin*

**Astrid Lulling**, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat, da sechs seiner 33 Mitglieder fehlten, mit einer äußerst geringen Mehrheit von 3 Stimmen für diesen Bericht gestimmt. Meiner Ansicht nach können wir hier nicht von einer „komfortablen“ Mehrheit sprechen. Es ist klar, dass wir alle die Bedenken über die Diskriminierung teilen, die hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern trotz der soliden europäischen Rechtsvorschriften, die wir auf diesem Gebiet seit 1975 haben, noch immer bestehen.

Warum hält sich diese Diskriminierung noch immer so beharrlich? Es ist entweder, weil diese Richtlinien schlecht umgesetzt werden, oder weil diejenigen, die diskriminiert werden, aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, sich ihre Rechte vor den Gerichten zu erstreiten. Statt ständig neue Richtlinien mit dem Risiko des daraus resultierenden Verwässerungseffekts zu verlangen, sollten wir sicherstellen, dass die vorhandenen Rechtsvorschriften von den Behörden, den Sozialpartnern und in der täglichen Arbeitswelt vollständig umgesetzt werden.

Dieser Bericht umfasst erneut jede Beanstandung, jede grobe Verallgemeinerung über arme, geschlagene und vergewaltigte Frauen ... Daher müssen einige Erklärungen mithilfe von Änderungen ins richtige Licht gerückt werden. Was ich allerdings für eine schwerwiegendere Angelegenheit halte, ist, dass diese wahre Verherrlichung der sozialen oder solidaritätsbezogenen Wirtschaftspolitik uns in dem Glauben lassen soll, dass durch das „Hineinzwängen“ von Frauen in eben diese Wirtschaft ihre Vermittelbarkeit demonstriert wird, und es ihnen somit ermöglicht wird, ihren Sozialstatus zu verbessern und finanziell unabhängiger zu werden.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Sie würden in großer Armut versinken, jeden Antrieb und jede Motivation, Geld durch die eigene Leistung zu verdienen, verlieren und ihnen würde jede Verantwortung genommen werden.

Darüber hinaus sind die Vorschläge für die Erarbeitung einer Europäischen Charta für die Rechte der Frau und somit einer zusätzlichen Stärkung der Menschenrechte - in deren Genuss Frauen glücklicherweise bereits kommen - sowie eine neue Form von Bürokratie in Form eines Europäischen Überwachungszentrums zu Gewalt, obgleich wir bereits genügend Abteilungen für diese Arbeit haben, entweder kontraproduktiv oder nicht mit dem Grundsatz der Gleichstellung der Gleichstellung, der in der Tat fest im Vertrag verankert ist, vereinbar. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wären einige Mitglieder des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter nicht mehr am Leben.

Und schließlich verurteile ich den Starrsinn einiger Mitglieder, die bei jeder Gelegenheit - ungeachtet dessen, ob es angemessen ist, einschließlich in diesem Bericht - eine nicht erforderliche Abtreibung befürworten, immer unter dem Vorwand, dass wir uns, um eine gesunde sexuelle und reproduktive Gesundheit zu gewährleisten, frei für Abtreibungen entscheiden können müssen und zu diesen einen leichten Zugang haben sollten. Nein. Die Priorität muss darin bestehen, jungen Mädchen bessere Informationen, insbesondere in Bezug auf Verhütung zur Verfügung zu stellen. Diese sind heutzutage bereits vorhanden, um einer Schwangerschaft in sehr frühen Jahren vorzubeugen. Als ich jung war, gab es das nicht. Wir haben daher Einzelabstimmungen vorgeschlagen, sodass wir nicht gegen den Bericht von Herrn Tarabella stimmen müssen, den keine Schuld trifft, sondern der wieder einmal Opfer extremer Positionen einiger seiner Kollegen geworden ist.

**Iratxe García Pérez**, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (ES) Frau Präsidentin, ich möchte zunächst Herrn Tarabella und allen Mitgliedern, die uns bei der Erstellung dieses Berichts geholfen haben, für die geleistete Arbeit danken.

Vor einem Jahr haben wir einen sehr ähnlichen Bericht wie den vorliegenden erörtert. Leider müssen wir uns weiterhin auf Hauptprobleme konzentrieren, bei denen wir hinsichtlich der Gleichstellung von Mann und Frau noch Fortschritte erreichen müssen. Darunter fällt auch geschlechtsspezifische Gewalt, die eine der Hauptgeißeln der Gesellschaft zu sein scheint, nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Und

dann ist da das Lohngefälle, das unverändert bleibt, und das wir noch nicht überbrücken konnten. Andere Probleme sind u. a. sexuelle und reproduktive Gesundheitsrechte, Familie und Berufsleben in Einklang zu bringen, die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Situation von besonders schutzbedürftigen Frauengruppen, wie behinderte Frauen oder Frauen in ländlichen Bereichen, sowie die Darstellung von Frauen im öffentlichen Leben.

Wir haben diese Probleme Jahr für Jahr angesprochen und konnten bisher keinen großen Fortschritt verzeichnen. Ich möchte nur erwähnen, dass Frauen nur in 3 von 27 Mitgliedstaaten mehr als 40 % der Parlamentsmitglieder ausmachen.

Ich halte es für wesentlich, auf der Notwendigkeit der Intensivierung unserer Arbeit zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu bestehen. Es ist wichtig, Initiativen, wie die des spanischen Vorsitzes, der die Gleichheit von Frauen und Männern zu einer seiner Prioritäten erklärt hat, zu unterstützen. Dies ist eine Verpflichtung gegenüber den Frauen von heute sowie auch gegenüber den Frauen künftiger Generationen. Es wurden Fortschritte gemacht, aber es liegt noch ein langer Weg vor uns, und wir müssen bei der Entwicklung von Politiken ehrgeizig sein, um sicherzustellen, dass die Hälfte der Bevölkerung Europas auch dieselben Rechte genießt und Chancen hat wie die andere Hälfte.

**Sophia in 't Veld**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (NL) Zunächst einmal mein Kompliment an den Berichterstatter. Ich möchte nur einige Punkte aufzeigen, bei denen ich mit ihm nicht übereinstimme. Was die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frauen anbelangt, halte ich es tatsächlich für äußerst wichtig, dass wir unsere öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung bringen und schnellstmöglich wieder zu gesunden Finanzen zurückfinden. Denn davon, nicht von der Stundung von Staatsschulden, profitieren die Frauen. Ich denke ferner, dass der Bericht einige sehr gute Vorschläge enthält, jedoch wohl eher symbolische Politik sind - wie beispielsweise ein Jahr hierfür, ein Überwachungszentrum dafür. Konzentrieren wir uns einfach auf spezifische Maßnahmen.

Dennoch enthält der Bericht auch vieles, das ich sehr begrüße. Zunächst einmal - danke für eine Änderung, die die Gruppe der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa eingebracht hat - ein Verweis zur Situation von Ein-Personen-Haushalten. Ich möchte an die Europäische Kommission appellieren, zunächst einmal eine Studie zu diesem Thema durchzuführen, da wir eine europäische Familienpolitik haben, jedoch nur wenige Menschen realisieren, dass einer von drei Haushalten in Europa ein Ein-Personen-Haushalt ist. Diese Menschen leiden oft unter einer starken Diskriminierung, was die soziale Sicherheit, Steuer- und Wohnungsfragen usw. anbelangen.

Zweitens - und da beziehe ich mich auch auf Frau Lulling - bin ich tatsächlich hochofret über die klaren Verweise auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und die sexuelle Autonomie von Frauen; und der Zugang zu sicherer legaler Abtreibung ist ein fester Bestandteil dieser sexuellen reproduktiven Gesundheit. Ich stimme Frau Lulling vollkommen zu, dass die Bereitstellung von Informationen sicherlich äußerst wichtig ist - zumindest in meinem Heimatland; in Luxemburg mag dies anders sein - dass es immer die Christdemokraten sind, die diesen Dingen einen Riegel vorschieben. Wenn wir daher zusammen gut fundierte, konkrete Informationen für junge Menschen ausarbeiten können, können Sie meiner Unterstützung sicher sein, und ich denke darüber hinaus, dass wir der Heuchelei ein Ende setzen müssen. Wir können Frauen nicht ins Gefängnis werfen oder sie unsicheren Abtreibungen aussetzen.

Und schließlich, Frau Präsidentin, bezüglich der Gewalt gegen Frauen begrüße ich die Initiative des spanischen Vorsitzes sehr, dieses Thema zu einem seiner Schwerpunkte zu machen. Schließlich erkennen nur wenige, dass Gewalt gegen Frauen sehr viel mehr Opfer jedes Jahr fordert als der Terrorismus, und dennoch - völlig zu Unrecht - als reine Frauenangelegenheit angesehen wird.

**Marije Cornelissen**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, wir haben ein verhältnismäßig neues Europäisches Parlament, und wir haben fast eine neue Europäische Kommission. Der Tarabella-Bericht ist im Wesentlichen das erste Mal, dass wir über die Maßnahmen, die der neue Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in den kommenden Jahren durchgeführt sehen will, abstimmen.

Die Grünen sind über diesen doch recht progressiven Bericht sehr glücklich. Es ist randvoll mit Plänen, die wir umsetzen wollen. Wir wollen, dass endlich gesetzgebende Maßnahmen durchgeführt werden, um die gemeinsame Kindesbetreuung durch Frauen und Männer mit einem Antrag auf Vaterschaftsurlaub weiter voranzutreiben. Und schließlich schlagen wir vor, Frauen mehr in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, indem wir uns die norwegische Praxis einer Frauenquote für Vorstandsmitglieder ansehen.

Die Grünen sind zudem wirklich glücklich über die Bedeutung, die den Auswirkungen der Krise auf Frauen beigemessen wird: Die Arbeitslosigkeit von Frauen differiert, und die Auswirkungen von Kürzungen bei staatlichen Ausgaben auf Frauen differieren. Wir sollten das ernst nehmen.

Wir hoffen sehr, dass das Parlament den Mut und die Bereitschaft für die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen zeigen und die Gleichstellung mit konkreten Maßnahmen, die tatsächlich Resultate bringen, vorantreiben wird, indem es für diesen Bericht stimmt. Wir hoffen, dass die Kommission entsprechende Maßnahmen ergreifen wird.

**Konrad Szymański**, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Frau Präsidentin, durch den Vorschlag, Abtreibungen in der Europäischen Union leicht zugänglich zu machen, verletzt dieser Bericht die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet. Dies ist jedoch nicht der wichtigste Grund, gegen dieses Dokument zu stimmen. Heutzutage bedarf es keines Glaubens, um einen Menschen in einem ungeborenen menschlichen Fötus zu sehen. Eine einfache Ultraschalluntersuchung, die in Belgien in jeder Stadt, selbst der kleinsten, möglich ist, reicht aus, um auf dem Bildschirm das Bild eines ungeborenen menschlichen Wesens zu sehen. Daher sollte jeder verantwortungsbewusste Gesetzgeber alles in seiner Macht Stehende tun, damit die Anzahl an Abtreibungen sinkt. Abtreibungen leichter zugänglich zu machen ist ein Indikator dafür, wie sehr unsere Kultur gesunken ist; zudem zeigt es unsere Abkehr von menschlichen Werten. Daher möchte ich, dass alle hier in diesem Plenarsaal dies bedenken, bevor sie für dieses bedenkliche Dokument stimmen.

**Ilda Figueiredo**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) Frau Präsidentin, wie die Realität zeigt und Eurostat bestätigt, hat die Wirtschafts- und Sozialkrise ernsthafte Auswirkungen auf Frauen. Der Grund dafür ist die steigende Arbeitslosenrate, unsichere Arbeitssituationen und niedrige Löhne, zusammen mit einem Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, das wieder größer geworden ist und auf EU-Ebene durchschnittlich 17 % überstiegen hat. Der Grund dafür ist ferner die daraus resultierende Armut, entweder auf Grund von Problemen wie niedrige Löhne und Einkommen, wie u. a. auch Rentenbezüge für ältere Frauen, oder auf Grund der Schwierigkeit, kostengünstige oder kostenfreie öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Darüber hinaus gibt es die Probleme mit Menschenhandel und Prostitution von Frauen und Mädchen, Gewalt am Arbeitsplatz und häusliche Gewalt sowie die verschiedenen Formen der Diskriminierung von Frauen in prekären Situationen.

Wie in dem Bericht hervorgehoben - und ich möchte dem Berichtersteller dazu gratulieren - ist es daher notwendig, bei der Entwicklung der Gemeinschaftspolitik der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Frauen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dazu müssen die sozialen Auswirkungen neuer Gemeinschaftsstrategien untersucht werden, um einen Anstieg der Diskriminierung und der Ungleichheit zu verhindern und somit die Gleichstellung und nicht den Niedergang der wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungsbezogenen Rechte zu gewährleisten und um den sozialen Zweck von Mutterschaft und Vaterschaft zu schützen. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, in eine echte Strategie für Entwicklung und sozialen Fortschritt zu investieren, die einer Beschäftigung mit Rechten, der Produktion, hochwertigen öffentlichen Diensten und der sozialen Eingliederung Priorität einräumt. Es ist an der Zeit, maßgebliche Schritte zur Verbesserung des Lebens, auch auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, für einen Großteil der Frauen einzuleiten und der Heuchelei, die die Angelegenheit der Abtreibung noch immer umgibt, ein Ende zu setzen.

**Gerard Batten**, *im Namen der EFD-Fraktion.* – Frau Präsidentin, es gibt eine Ideologie, die in Europa schnell an Boden gewinnt, und die die Ungleichheit von Frauen und Männern lehrt. Sie besagt, dass Frauen von geringerem Status seien als Männer. Sie besagt, dass gemäß dem Erbrecht der Anteil eines Mannes doppelt so hoch wie derjenige der Frau sein muss. Sie besagt, dass vor einem Gericht zwei weibliche Zeugen gegenüber der Aussage eines einzigen männlichen Zeugen erforderlich sind. Sie besagt, dass bei einer Verhandlung wegen einer Vergewaltigung vier männliche Zeugen zur Überführung eines Mannes erforderlich seien, die Zeugenaussage einer Frau jedoch nicht akzeptiert wird, noch nicht einmal die der vergewaltigten Frau. Die vier Zeugen müssen übrigens Muslime sein, sie dürfen keine Nicht-Muslime sein.

Sie haben wohl schon erraten, dass ich vom Recht der Scharia spreche. Einige Muslime glauben anscheinend, dass im Paradies 72 Jungfrauen auf die Selbstmordattentäter warten, ich finde jedoch keinen Hinweis darauf, dass weiblichen Selbstmordattentätern ein ähnlich großes „Männerkontingent“ zusteht. Dies ist in der Tat ein offenkundiger Fall von Diskriminierung auf Grund des Geschlechts.

Die britische Regierung hat das Recht der Scharia bereits in einigen Gerichten offiziell anerkannt. Zwar ist Bigamie in Großbritannien noch immer illegal, polygame islamische Frauen werden jedoch bei Steuererleichterungen und Unterstützungs-/Sozialhilfezahlungen offiziell als Familienmitglieder gewertet.

Europa fällt ganz offensichtlich in das Arabien des 16. Jahrhunderts zurück. Wenn wir echte Gleichheit wollen, dann dürfen die einzelnen europäischen Staaten das Recht der Scharia in keiner Weise anerkennen.

**Angelika Werthmann (NI).** - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Mehr Frauen sind in den Arbeitsmarkt eingetreten. Dennoch bedeutet ein Mehr an Arbeitsplätzen nicht immer auch ein Mehr an Qualität des Arbeitsplatzes. So sind Frauen sehr stark in der Gruppe der Teilzeitarbeitnehmer zu finden und in Jobs, die von der gegenwärtigen Krise besonders betroffen sind. Annähernd 60 % aller Universitätsabsolventen sind Frauen. Doch es gibt Barrieren für Frauen, die sie effektiv daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Deshalb ist es notwendig, gewisse verbindliche Mindeststandards zu setzen: EU-weite Mindestvorschriften für den Elternurlaub, Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots, verbessertes Pflegeangebot. Damit könnten so manche geschlechtsspezifische Stereotype aufgebrochen und der Forderung nach einer realen Gleichheit der Geschlechter endlich nachgekommen werden.

**Edit Bauer (PPE).** - (HU) Herr Tarabella wird mir sicher vergeben, wenn ich ihm an dieser Stelle nicht danke, sondern mich zunächst bei Kommissar Špidla bedanke, da er wahrscheinlich zum letzten Mal in seiner Funktion als Kommissar unter uns weilt. Ich möchte sein Engagement hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Beschäftigung von Frauen und ähnlichen Problemen hervorheben.

Im Zusammenhang mit diesem Bericht wurden mehrere Fragen aufgeworfen. Ich möchte die Aufmerksamkeit zumindest auf zwei Punkte lenken: Einer ist das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. Die neuesten Statistiken zeigen eine Differenz von mehr als 17 %. Eine Verbesserung auf diesem Gebiet ist nicht nur bescheiden, sondern auch ehrgeizig, da diese Zahl höher ist als noch vor zwei Jahren. Und wir wissen noch nicht genau, welche Folgen die Krise haben wird. Tägliche Erfahrungen scheinen darauf hinzudeuten, dass kurzfristige Verbesserungen unwahrscheinlich sind.

Was jedoch grundsätzlich inakzeptabel ist, ist jedoch die Tatsache, dass sich die Lohndifferenzen nicht nur bei denjenigen zeigen, die am Anfang ihrer Karriere stehen, sondern auch, wenn Mütter nach dem Mutterschafts- oder Elternurlaub wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren. In einem Europa, das mit einer demografischen Krise kämpft, ist dies an sich irritierend und vollkommen inakzeptabel. Eine derartige Diskriminierung ist laut EU-Bestimmungen verboten.

Wie bereits erwähnt, geht die einschlägige Rechtsnorm auf das Jahr 1975 zurück, und es ist offensichtlich, dass diese Richtlinie, wie so viele andere auch, vollkommen unwirksam ist. Ich bin sehr froh, dass Kommissar Špidla bekannt gab, dass wir 2010 einen Bericht über die Maßnahmen, die die Kommission einzuleiten beabsichtigt, erwarten können, um die Gesetzgebung effektiver zu gestalten. Ich möchte nur noch einen Satz zur Charta der Rechte von Frauen hinzufügen. Es ist wahrscheinlich wichtiger und dringlicher, die Wirksamkeit und Zugänglichkeit der bestehenden Gesetze zu verbessern, als eine neue Rechtsnorm auszuarbeiten, die genauso ineffektiv sein wird, wie die vorherigen.

**Edite Estrela (S&D).** - (PT) Frau Präsidentin, ich möchte zunächst dem Berichterstatter zu seiner hervorragenden Arbeit danken, und ich hoffe, dass die in dieser Entschließung enthaltenen Vorschläge angenommen werden. Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sehen wir, wie das Antlitz der Armut immer weiblichere Züge annimmt. Ein Großteil der fast 80 Millionen Menschen, die in Europa in Armut leben, sind Frauen und Kinder. Frauen leiden mehr als sonst jemand unter der Wirtschafts- und Sozialkrise. Frauen sind die Letzten, die auf den Arbeitsmarkt gelangen, und die Ersten, die arbeitslos werden. Darüber lag das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen 2004 bei 15 % und betrug 2009 über 17 %.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einige Vorschläge richten, von denen ich meine, sie seien innovativ und von großer Bedeutung. Und ich möchte um die Unterstützung der Kollegen bei diesen Vorschlägen bitten: die dringend erforderliche Europäische Charta für die Rechte der Frau, wie bereits erwähnt, der Vorschlag für eine Richtlinie zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, von häuslicher Gewalt und Menschenhandel mit Frauen, der Aufnahme des Vaterschaftsurlaubs in die europäische Gesetzgebung - der bereits in die Rechtsvorschriften der meisten Mitgliedstaaten aufgenommen wurde - als Mittel zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Geburtenrate.

Abschließend möchte ich Kommissar Špidla für alles danken, was er für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter getan hat, sowie für sein Engagement im Europäischen Parlament. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Herr Kommissar.

**Antonyia Parvanova (ALDE).** - (BG) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Tarabella, für diesen Bericht danken. Ich glaube fest daran, dass dieser Bericht der

Notwendigkeit, Klischees und sexuelle Diskriminierung zu bekämpfen, gerecht wird. Dieser Bericht mag vielleicht für viele meiner Kollegen ganz gewöhnlich sein, ich betrachte ihn jedoch als ein neues, wirksameres Engagement für das Ziel einer Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter auf europäischer Ebene, das darauf ausgelegt ist, den sozio-ökonomischen Status von Frauen zu stärken, insbesondere von Frauen aus den neuen Mitgliedstaaten, eine größere Präsenz von Frauen in der Politik und im Geschäftsleben zu gewährleisten und ihre beruflichen Karrieren zu fördern.

Ausgehend davon, dass soziale, rechtliche und wirtschaftliche Institutionen den Zugang von Frauen und Männern zu den jeweiligen Ressourcen, Möglichkeiten und Befugnissen bestimmen, empfinde ich es als äußerst wichtig, dass Frauen gleiche Rechte eingeräumt werden, was ihre Einbindung in die Politik, die Bekleidung wichtiger politischer Ämter und leitender Positionen in Unternehmen sowie ihre Vertretung auf höchster Ebene in den Vorständen der Unternehmen anbelangt. Dies gilt auch für die Verbesserung der Bildungs- und Weiterbildungsangebote, um Frauen, insbesondere nach einer längeren Abwesenheit durch einen Mutterschaftsurlaub, die gleichen Karrierechancen wie Männern zu bieten. Gleichzeitig muss stets die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Wir müssen ein institutionelles Verfahren zur Initiierung einer einheitlichen Politik in dieser Frage ausarbeiten, da die Bekämpfung der sexuellen Diskriminierung durch langfristige positive Anreize und Gesetzesreformen sowie die Anhebung der Einkommen und die Verbesserung der Lebensqualität erfolgreich sein wird. Ansonsten würden wir diese Angelegenheit heute nicht in diesem Plenarsaal erörtern.

Um maßgebliche Fortschritte hinsichtlich der Gleichheit vor dem Gesetz, der Chancengleichheit, einschließlich eines gleichen Entgelts für die gleiche Arbeit und des gleichen Zugangs zu Humanressourcen und anderen effektiven Produktionsressourcen zu erzielen, haben wir - das Europäische Parlament und die Europäische Kommission - die Möglichkeit zur Ergreifung wirksamer Maßnahmen und müssen die Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft ebenfalls dazu ermutigen.

Meiner Ansicht nach hat die gleichberechtigte Einbindung von Frauen in die Verwaltung von Ressourcen, im Geschäftsleben sowie im behördlichen und politischen Leben, positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft und stärkt somit die Fähigkeit der Länder zur Weiterentwicklung, zur Verringerung der Armut sowie zu einer effizienteren und besseren Führung.

Diesbezüglich ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern eine wesentliche Komponente der Strategie zur Beendigung der Wirtschaftskrise und Bereitstellung einer zufriedenstellenden Lösung für die demografische Krise. Dies bietet Frauen und Männern die Möglichkeit, das Problem der Armut anzugehen und ihren Lebensstandard zu verbessern.

**Franziska Katharina Brantner (Verts/ALE).** – Frau Präsidentin, ich möchte die Aufmerksamkeit der neuen Kommission auf zwei Aspekte des Berichts lenken, die für unsere Fraktion, die Grünen, von besonderer Bedeutung sind, und ich hoffe, dass diese Kommentare an den demnächst zuständigen Kommissar weitergeleitet werden können.

Zwei Punkte: Erstens: Die lang erwartete Revision der Richtlinie über gleiches Entgelt für gleiche Arbeit. Wir halten dies für entscheidend für die Frauen in Europa. Das Lohngefälle ist inakzeptabel: Wir haben jetzt das Jahr 2010, und es ist an der Zeit, dass Maßnahmen zur Beseitigung dieses Gefälles getroffen werden. Herr Špidla, Sie haben erkannt, dass wir neue gesetzliche Maßnahmen brauchen. Wir freuen uns auf den Vorschlag der Kommission zu einer neuen gesetzlichen Maßnahme im Verlauf dieser Legislaturperiode.

Zweitens: Dieser Punkt betrifft die Berechtigung zum Vaterschaftsurlaub. Hier möchte ich betonen, dass es bei diesem Bericht um die Gleichstellung von Frauen und Männern geht. Wir wollen auch die Gleichstellung der Männer, sodass diese Zeit mit ihren Kindern verbringen und Verantwortung übernehmen können, wenn sie dies wünschen. Wir brauchen die gleichen Wahlmöglichkeiten für Frauen und Männer in Bezug auf ihre Lebensgestaltung und Arbeit und ihre Entscheidungen zur familiären Fürsorge. Während wir also der Ansicht sind, dass es für das Europäische Parlament ausschlaggebend ist, den Vätern ein Signal zu senden, möchten wir jedoch mehr als nur Signale senden: Wir möchten die Tür zu einer modernen Gesellschaft öffnen. Wir verlassen uns auf die Kommission, endlich eine zeitgemäße, vorausschauende Richtlinie in dieser Frage auszuarbeiten.

Und schließlich freuen wir uns sehr auf die Vorschläge des spanischen Vorsitzes in Bezug auf die Eliminierung von Gewalt gegen Frauen in ganz Europa, und wir hoffen, dass die Kommission diese Vorschläge aufgreifen wird.

**Julie Girling (ECR).** – Frau Präsidentin, wir weibliche Abgeordneten sind definitiv in der Minderheit. Wir haben eine befriedigende und interessante Arbeit mit gleicher Bezahlung, gleichen Rentenansprüchen, gleichem Zugang zu verantwortungsvollen Stellen im Vergleich zu unseren männlichen Kollegen: und unterscheiden uns dadurch sehr von vielen unserer WählerInnen.

Ich begrüße diesen Bericht und auch die Nachdrücklichkeit, mit der Herr Tarabella das wirtschaftliche Wohlergehen von Frauen verfolgt. Ich halte dies für den wichtigsten Faktor bei der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Wenn Frauen ihr Leben wirtschaftlich regeln können, können sie alle anderen Aspekte ihres Lebens sehr viel besser bewältigen. Wir müssen sicherstellen, dass Frauen in diesen herausfordernden wirtschaftlichen Zeiten nicht in Jobs mit niedriger Bezahlung und geringer Sicherheit zurückgelassen werden.

Ich möchte der „European Engineering Industries Association“ für ihre kürzlich vorgestellte politische Vision danken, derzufolge die Organisation eine Förderung der Bildung im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften insbesondere für Frauen fordert. Sie will - und ich zitiere - „sehr viel mehr qualifizierte Frauen integrieren, die so lange aus vielen Ingenieursbereichen ferngehalten wurden“.

Ja, bei der Stellung der Frau geht es um Politik, um Führung, aber auch um Taten: Taten, die mehr sagen als Worte. Dies ist der Weg in die Zukunft, mit aufgeklärten Arbeitgebern, die die Stärken von Frauen anerkennen und ihr wirtschaftliches Wohlergehen fördern.

**Eva-Britt Svensson (GUE/NGL).** – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte Herrn Tarabella und seinen Kollegen im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter für einen guten Bericht danken.

Ich möchte insbesondere auf zwei Punkte eingehen. Ich hoffe, dass das Plenum die Bedeutung des Vaterschaftsurlaubs unterstützt. Der Vaterschaftsurlaub sendet nicht nur das wichtige Signal, das beide Elternteile für ihre Kinder verantwortlich sind, sondern hat auch noch andere positive Folgen. Studien zeigen, dass Väter, die den Vaterschaftsurlaub in Anspruch genommen haben, später auch weiterhin eine größere Verantwortung für das häusliche Leben, die Familie und die Kinder zeigen. Mit anderen Worten: Durch die Beteiligung der Väter wird eine gesunde Basis für die künftige Gleichstellungsarbeit geschaffen.

Der zweite Punkt, den ich gern ansprechen möchte, und den ich unterstütze, ist der, dass Frauen die Entscheidung über ihren eigenen Körper, ihre Sexualität und ihre Reproduktion zugestanden werden muss. Frauen dieses Recht zuzugestehen bedeutet, dass die Kinder, die geboren werden, gewollt sind, und sich wirklich entwickeln können - was das fundamentale Recht eines jeden Kindes ist. Wir wollen die Verletzungen von Frauen - bis hin zur Tatsache, dass Frauen auch heute noch an illegalen Abtreibungen sterben - beendet wissen. Gebt Frauen das Recht auf Selbstbestimmung - nicht nur, was Finanzen, Politik und Gesellschaft anbelangt, sondern auch ihren eigenen Körper betreffend.

**Morten Messerschmidt (EFD).** – (DA) Frau Präsidentin, auch ich bin der Ansicht, dass dieses Thema wichtig ist, und daher frage ich mich, während ich hier sitze und der Aussprache zuhöre, warum alle Fraktionen, mit Ausnahme der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie, der Ansicht sind, dass der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau etwas ist, das Frauen allein bewältigen müssen. Möglicherweise bekommen Sie diesen Eindruck ohnehin, wenn Sie den ansonsten hervorragenden heutigen Rednern zuhören. Ich denke, es gibt einen auffallenden Mangel an männlichen Rednern, und ich bin froh, dass meine Fraktion zwei entsenden konnte.

Nachdem ich dies über Stil und Form der Aussprache gesagt habe, möchte ich hinzufügen, dass sich der Bericht vor allem auf sozio-ökonomische Aspekte konzentriert. Es gibt viele Informationen zum Arbeitsmarkt, zu Lohngefällen, Ausbildung, Regelungen für die Unternehmensleitung usw., und natürlich sind diese Dinge in der Tat wichtig: Aber es gibt insbesondere einen Bereich - wie einer der vorherigen Redner bereits erwähnt hat - der vollkommen fehlt, und das ist das gewaltige kulturelle Problem, dem wir uns infolge der Immigration aus der islamischen Welt gegenübersehen. Ich halte es für ein wenig peinlich, dass ein Bericht, der sich mit der Gleichberechtigung von Frauen befasst, Probleme wie Zwangsehen, das zwangsweise Tragen eines Kopftuchs, Ehrenmorde, Beschneidung, fehlender Zugang zu Bildung usw., nicht einmal streift. Diese Elemente müssen aufgenommen werden, wenn wir ein präzises Bild von Europa im Jahr 2010 zeichnen wollen.

**Krisztina Morvai (NI).** – (HU) Ich möchte vorschlagen, dass das Europäische Parlament eine neue Herangehensweise an die Frage der Abtreibung wählt. Ich fordere, dass wir endlich der ungeheuerlichen Lüge ein Ende setzen, nach der eine Abtreibung für Frauen etwas Gutes, ja sogar ein Beurteilungsmaßstab für die Freiheit von Frauen darstelle. Nein! Wie viele Menschen, Frauen und Männer gleichermaßen, wissen,



ist eine Abtreibung ein schmerzhafter und schädlicher Eingriff in Körper und Seele einer Frau. Genau aus diesem Grund sollten wir - anstatt endlos über einen einfachen Zugang zur Abtreibung zu reden - über die Verhinderung von Abtreibungen sprechen, dies thematisieren und Frauen entsprechend helfen. Lassen Sie uns Frauen helfen, geplante Schwangerschaften vorzubereiten - und wenn es zu einer ungeplanten Schwangerschaft kommt, wenn ein ungeplantes Kind empfangen wird, sollte dieses Kind auf die Welt gebracht werden dürfen und mit Liebe von Frauen, von Paaren, großgezogen werden, da sie alle nur erdenkliche Hilfe und Unterstützung dazu erhalten sollten.

**Anna Záborská (PPE).** – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, der Antrag auf eine Entschließung von Herrn Tarabella, der bei den letzten europäischen Wahlen zum Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter stieß, ist ehrgeizig. Ich beziehe mich insbesondere auf den Absatz 20: „Das Parlament wünscht die Erarbeitung einer Europäischen Charta für die Rechte der Frau“.

Jeder, der mit der Geschichte der europäischen Integration vertraut ist, wird sich daran erinnern, dass der Vertrag von Rom bereits den Grundsatz der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt beinhaltet. Gesetze zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern existieren in jedem Mitgliedstaat. Es ist eine einfache Lösung, einfach neue Chartas zu fordern. Es ist deutlich arbeitsintensiver, die vorhandenen Instrumente anzuwenden.

Wenn wir Absatz 20 in Wirklichkeit nicht aus diesem Entschließungsantrag entfernen, fügen wir der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte des Europarates, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und dem brandneuen Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen ein viertes Instrument in Form einer speziellen neuen Charta, die der Förderung von Frauen gewidmet ist, hinzu.

Ich habe dazu einige Fragen. Wozu würde eine neue Charta für die Rechte der Frau dienen? Welchen Mehrwert würde sie bringen? Es gibt keinen. Es ist ein Fehler zu glauben, dass eine Charta die Probleme von Frauen lösen kann. Die Naturgesetze, die unsere Gedanken und unser verantwortungsvolles politisches Handeln lenken sollten, lassen keine Sonderrechte zu. Niemand kann sagen, dass die Rechtsinstrumente die Rechte der Frau ignorieren. Dies wäre intellektuell unehrlich und sachlich falsch.

Daher stimme ich gegen den Absatz 20. Die Charta ist das Hauptproblem. Wenn Absatz 20 im Entschließungsantrag bleibt, kann ich ihn nicht unterstützen.

Und schließlich, Herr Kommissar, möchte ich Ihnen für die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter während Ihres Mandats danken.

**Sylvie Guillaume (S&D).** – (FR) Frau Präsidentin, zunächst einmal möchte ich meinem Kollegen, Herrn Tarabella, zur Qualität des von ihm verfassten Berichtes sowie zur erfolgreichen Bewältigung dieser Aufgabe danken. In dem Bericht zeigt er eine Vielzahl von Problemen zur Gleichstellung der Geschlechter auf.

Wir müssen anerkennen, dass bezüglich der Gleichstellung definitive Fortschritte erzielt wurden. Es ist jedoch noch viel Arbeit erforderlich, insbesondere im Rahmen der Wirtschafts- und sozialen Krise, die noch größere Auswirkungen auf einen bereits extrem schutzbedürftigen Teil der Bevölkerung hat, nämlich die Frauen.

Wir müssen auch die doppelte Diskriminierung hervorheben, von der einige Frauen auf Grund einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit manchmal betroffen sind. Ich möchte auf drei spezielle Punkte eingehen. Wir müssen auf europäischer Ebene gemeinsame, zuverlässige und einheitliche Indikatoren entwickeln. Dadurch sollten Lösungen vorgeschlagen werden, die lebenssechte Umstände widerspiegeln, die sich mithilfe von zuverlässigen Daten zur Gleichstellung der Geschlechter messen lassen.

Wenn wir uns wirklich in Richtung einer echten Gleichberechtigung bewegen wollen, muss der Vaterschaftsurlaub auf europäischer Ebene eingeführt werden. Dies ist ein wesentlicher Faktor, was die Chancengleichheit bei der Beschäftigung und im Familienleben anbelangt.

Mein dritter und letzter Punkt ist, dass die Gleichstellung unbedingt darauf beruhen muss, dass Frauen die Kontrolle über ihren eigenen Körper haben. Und das bedeutet ganz klar, dass Empfängnisverhütung und Abtreibungen für Frauen möglichst leicht zugänglich sein müssen. Ich bedaure, dass dieser Punkt noch immer so heikel ist; es ist jedoch offensichtlich, dass wir unser Ziel im Kampf um wahre Gleichberechtigung von Frauen und Männern so lange nicht erreicht haben, wie Frauen keine Kontrolle über ihre sexuellen Rechte haben.

**Siiri Oviir (ALDE).** – (ET) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich mich bei Herrn Tarabella bedanken – aber nun zum Bericht: Gleichheit von Frauen und Männern ist kein Ziel an sich, sondern eine Vorbedingung zur Erreichung unserer allgemeinen Ziele.

Gleichheit im täglichen Leben liegt in jedermanns Interesse, sowohl im Interesse von Frauen als auch von Männern, aber dieses Problem wird nicht einfach durch einzelne Rechtsvorschriften gelöst. Die Tatsache, dass wir heute noch immer darüber reden, und dies bereits seit 40 Jahren tun, ist ein Anzeichen dafür, dass uns nur eine vielschichtige, integrierte Politik unserem Ziel näher bringen wird. Ich möchte daher besonders auf die große Bedeutung der Umsetzung und Überwachung hinweisen.

Zweitens: Die Verbreitung überholter Geschlechtsstereotypen hält Frauen und Männer im Wesentlichen in mittelalterlichen Rollen in der Gesellschaft und verstärkt die Ungleichheit von Frauen und Männern. Wir wollen diese Situation ändern, sollten jedoch auch selber mit gutem Beispiel vorangehen. Morgen wird die neue Europäische Kommission ratifiziert, wobei der Anteil der Frauen nur ein Drittel beträgt. Wir können das heute nicht mehr ändern. Ich fordere, dass bei der nächsten Wahl der Kommission zwei Kandidaten aus jedem Mitgliedstaat für die Position des Kommissars nominiert werden – ein Mann und eine Frau. Und wir werden nicht auf der Grundlage ihres Geschlechts wählen, sondern auf der Grundlage ihrer Kompetenz. Bildungsstatistiken zeigen, dass Frauen davor nicht zurückschrecken sollten, und ich bin mir sicher, dass es uns nicht peinlich wäre. Abschließend möchte ich Herrn Špidla danken und hoffe, dass er alle Ziele, die er sich selber gesetzt hat, realisieren kann.

**Michail Tremopoulos (Verts/ALE).** – (EL) Frau Präsidentin, dieser wichtige Bericht von 2009 führt zu Recht an, dass Gewalt ein grundsätzliches Hindernis für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist. Er bezieht sich dabei jedoch nicht speziell auf häusliche Gewalt. Leider ist dieses Problem weit verbreitet und betrifft jede Gesellschaft. In Griechenland gab es beispielsweise 35 Morde an Ehefrauen in den vergangenen 18 Monaten.

Und doch sind die Unterstützungsstrukturen für missbrauchte Frauen allenfalls grundlegend oder schlicht nicht vorhanden. Das Europäische Parlament sollte die Mitgliedstaaten, einschließlich Griechenland, ermutigen, Unterstützungsstrukturen für missbrauchte Frauen in den kommunalen Körperschaften zu implementieren, mit vollständiger psychologischer, rechtlicher und professioneller Beratung und gut besetzten Frauenhäusern.

Die Mitgliedstaaten sollten auch die von den Frauenorganisationen und Anwälten vorgeschlagenen Änderungsanträge berücksichtigen, um die Zweideutigkeiten und Schlupflöcher im Gesetz im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt zu beseitigen. Und schließlich sollten antisexistische Bildungsprogramme an Schulen eingeführt werden, um soziale Stereotypen zu ändern.

**Jaroslav Paška (EFD).** – (SK) Ich möchte zunächst sagen, dass ich es für richtig halte, dass das Europäische Parlament sich engagiert mit dem Thema der Gleichstellung der Geschlechter befasst. Ich denke jedoch, dass unsere europäische Politik unter einer ernsten Form der Schizophrenie leidet. Ich möchte aus einem neueren Agenturbericht zitieren: „Die 16-jährige Medine Memi aus dem Dorf Kahta in der türkischen Provinz Adiyaman wurde von ihrer Familie in einem Hühnerstall neben dem Familienhaus lebendig begraben. Die Polizei fand sie zwei Meter unter der Erdoberfläche begraben in sitzender Stellung. In der Autopsie wurde festgestellt, dass das Mädchen große Mengen Erde in der Lunge und im Magen hatte. Der Vater des Mädchens gab die Tat gegenüber der Polizei ruhig zu und sagte, er habe das Mädchen begraben, weil sie Freundschaft mit einigen Jungen geschlossen habe.“ Meine Damen und Herren, in der Türkei und ähnlichen Ländern werden Frauen und sogar Mädchen auf diese Weise ermordet, um ein Exempel zu statuieren, nur weil sie mit anderen Männern geredet haben. Wenn wir die Gleichberechtigung ernst nehmen, wie können wir dann überhaupt erwägen, dass ein Land mit einer solchen Haltung gegenüber dem schönen Geschlecht Teil eines zivilisierten Europas sein kann. Bei der Gleichberechtigung geht es nicht nur um die Berechnung kleiner Differenzen im Einkommen, sondern vor allem um das Recht auf Leben und Menschenwürde, das Frauen in vielen unserer Nachbarstaaten immer wieder verweigert wird.

**Laurence J.A.J. Stassen (NI).** – (NL) Frau Präsidentin, heute erörtern wir den Fortschrittsbericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union. Es wurde bereits viel diskutiert, aber wenn ein Thema in diesem Bericht fehlt, ist es die erschreckende Ungleichheit von Frauen und Männern in der europäischen muslimischen Gemeinschaft, in der Frauen den Männern auf der Grundlage der Regeln des Korans vollkommen untertan sind. Die Partizipation von muslimischen Frauen am Arbeitsleben oder höhere Bildung steht für die Männer nur selten zur Diskussion und, wenn überhaupt, dann müssen die Frauen die Burkha oder ein Kopftuch tragen, wodurch ihre Chancen, eine Arbeit zu finden, deutlich sinken.

Daher sollte die Europäische Union nicht für das Recht, die Burkha tragen zu dürfen, kämpfen, sondern für das Recht, arbeiten zu dürfen, ohne sie zu tragen. Die Niederländische Freiheitspartei (PVV) unterstützt Frankreich bei dem Verbot der Burkha an öffentlichen Orten und möchte diese Verbote auch auf nationaler Ebene in den anderen Mitgliedstaaten durchgesetzt sehen. Frau Präsidentin, etwas muss bezüglich der schockierenden Unterwerfung dieser Frauen getan werden.

Die PVV verlangt, dass diese Rückständigkeit energisch bekämpft wird. Diese Frauen haben ein Recht auf Meinungsfreiheit und auf Lernfreiheit, ohne dass sie einen Islam fürchten müssen, der sie isoliert. Es ist an der Zeit für eine neue Welle der Emanzipation. Die PVV wird den aktuellen Bericht nicht befürworten, weil er die wirklich wichtigen Probleme auslässt, was wir für eine große Schande halten.

**Christa Klaß (PPE).** - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir stellen heute zum wiederholten Male fest, dass Frauen in Europa im Arbeitsleben noch immer nicht gleichberechtigt sind. Zwar ist die Erwerbstätigenquote von 51 % im Jahr 1997 auf 58 % im Jahr 2007 gestiegen. Frauen sind heute hochqualifiziert, der Anteil weiblicher Führungskräfte ist aber in den letzten Jahren unverändert geblieben – unverändert niedrig. Dabei ist der Anteil weiblicher Studierender gerade in den Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften, Betriebswirtschaft und Rechtswissenschaften höher als der der männlichen Studierenden.

Wir müssen feststellen, dass auch 2007 noch 31 % der Frauen teilzeitbeschäftigt waren, das sind viermal so viele wie Männer. Frauen verdienen im Schnitt 17,4 % weniger als Männer, sie tragen das größte Armutsrisiko und sie sind besonders im Alter nicht nur von Einsamkeit und Hilfsbedürftigkeit, sondern auch von Armut betroffen. Das wollen wir ändern.

Frauen in die Wirtschaft, Frauen in die Arbeit – so die Forderungen. Wir rufen nach Sonderstellungen, um Elternzeit und Mutterschutz auszugleichen, und wir erreichen damit das Gegenteil: Frauen werden zu teuer und deshalb nicht eingestellt. Alle Maßnahmen sind von der Wirtschaft aus gedacht. Dabei liegt die eigentliche Ungerechtigkeit in der minderwertigen Stellung und in der geringen Anerkennung der Familien- und der hauswirtschaftlichen Tätigkeit.

Herr Kommissar, Sie haben eben gesagt, Sie wollen eine Kosten-Nutzen-Analyse dieser Situation erstellen. Man kann das nicht berechnen, und man kann es nicht bezahlen. Warum erkennen wir nicht, dass Mütter und Väter sich gerne für die Familientätigkeit entscheiden würden, wenn diese nicht als minderwertig angesehen würde und in der Regel auch einen Karriereknick bedeutete? Wer heute Familienarbeit leistet, macht den eigentlich wichtigen Job in der Gesellschaft, denn er gestaltet unsere Zukunft, er erwirbt Kompetenzen und Fähigkeiten, ja Lebenstüchtigkeit, auch für spätere Berufstätigkeit.

Deshalb muss die Wirtschaft sich für die Familien und für die Frauen engagieren! Wir brauchen viel dringender ein gesellschaftliches Umdenken als neue europäische Beobachtungsstellen und Institute.

**Antigoni Papadopoulou (S&D).** – (EL) Frau Präsidentin, die internationale Wirtschaftskrise hat eindeutig negative Auswirkungen auf Frauen und Männer. Sie hat zu dem Verlust von Arbeitsplätzen und zu einer finanziellen Sparkurspolitik geführt. Auf keinen Fall sollte sie jedoch als Entschuldigung genutzt werden, um die Förderung der Gleichstellungspolitik einzustellen, da diese Politiken die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und Erholung in Europa vorantreiben können.

Gleichzeitig ist die Krise eine einzigartige Gelegenheit und eine Herausforderung für die Europäische Union und die Behörden der Mitgliedstaaten für die Schaffung von Bedingungen für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene durch die Prüfung und Aufnahme der Gleichberechtigungsstrategie in jede Politik, um so die langjährigen Demokratiedefizite auf Kosten von Frauen anzugehen.

Wir müssen unsere Bemühungen zur Beseitigung von ungleicher Bezahlung, Gewalt, der gläsernen Decke, von Diskriminierung und Armut verstärken. Wir müssen Wege finden, Arbeit und Privatleben miteinander zu vereinbaren, Versorgungseinrichtungen für Kinder, Säuglinge und ältere Menschen auszubauen, arbeitende Frauen und arbeitende Paare sowie allein erziehende Eltern und Menschen mit Behinderungen zu unterstützen. Vor allem müssen wir jedoch alle Gesetze zur Gleichstellung in die Praxis umsetzen.

**Nadja Hirsch (ALDE).** - Frau Präsidentin! Wir haben das europäische Jahr der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Frauen haben immer noch eine sehr viele höhere Wahrscheinlichkeit, arm zu sein oder in Armut leben zu müssen. Es sind viele kleine Schritte, die dort zusammengefügt werden: Es ist die Berufswahl von Mädchen, die sich oft für einen Beruf entscheiden, der nicht so gut bezahlt wird. Es ist die Entscheidung für ein Kind, die dann oft dazu führt, dass man nur noch Teilzeit arbeiten kann. Es ist die Entscheidung dafür,

dass man vielleicht seine Eltern oder die Großeltern pflegt, was dann wieder dazu führt, dass auch die älteren Frauen wieder nicht in die Erwerbstätigkeit zurückkehren können. Diese Zeiten summieren sich, und das führt dazu, dass die berufliche Laufbahn von Frauen in deutlich kleineren Schritten vorangeht. Dies spiegelt sich später auch darin wider, dass z. B. die Renten deutlich niedriger sind. Wir haben hier viele Aspekte, auch in diesem Bericht.

Was wirklich wichtig ist: Es gibt bereits sehr viele Chancen, die aber von den Mädchen, von den Frauen auch genutzt werden müssen. Das Bewusstsein, den Mut, dass ein Mädchen Ingenieurwissenschaften studiert – das müssen wir in den Schulen fördern. Dies gilt vor allem auch für Migrantinnen. Auf einen weiteren Aspekt möchte ich hinweisen: Wenn man sich heute hier umschaute, so stellt man fest, dass von den Anwesenden ungefähr zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer sind. Wir müssen auch die Männer dafür gewinnen, dass sie sich sehr viel stärker für dieses Thema einsetzen, damit hier einmal vielleicht noch zwei Drittel Männer zusätzlich sitzen und sich für die Frauen einsetzen.

**Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE).** – (PL) Frau Präsidentin, in dem Bericht von Herrn Tarabella zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union wurden viele wichtige Vorschläge für die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten gemacht. Einmal mehr wurde auf das Problem der Ungleichheit in Bezug auf die Bezahlung von Frauen hingewiesen, ebenso auf ein fehlendes Angebot der Kommission zur Verringerung dieser Differenzen. Die Frage von Frauen, die in kleinen Familienunternehmen arbeiten, wurde aufgeworfen, wo Frauen häufig ohne ein System der sozialen Sicherheit sind und ihre Arbeit nicht gemäß der Dauer ihrer Arbeit protokolliert wird und somit nicht für ihre Rentenansprüche zählt. Es wurde auf die Bedeutung und Notwendigkeit einer Berufsberatung hingewiesen, um den Frauen, die ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt verloren haben – sehr oft, weil sie ein Kind geboren haben oder zur Pflege eines älteren Menschen zu Hause geblieben sind – bei ihrem beruflichen Wiedereinstieg zu helfen. Es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, Frauen bei der Unternehmensgründung zu unterstützen. Es wurde zur Förderung der technischen Berufe unter jungen Frauen, die am Anfang ihres Arbeitslebens stehen, aufgerufen, um so den Anteil an Frauen in typischen Männerberufen zu erhöhen. Es wurde auf die Notwendigkeit eines Schwerpunkts auf Gruppen von Frauen hingewiesen, die sich in besonders schwierigen Situationen befinden, wie Frauen mit Behinderungen, älteren Frauen und Frauen mit unterhaltsberechtigten Personen.

Innerhalb all dieser wichtigen und grundlegenden Bereiche sind jedoch auch unnötige Bestimmungen zur reproduktiven Gesundheit sowie andere, die einen uneingeschränkten Zugang zur Abtreibung vorsehen. Ich möchte die Aufmerksamkeit meiner Kollegen auf die Tatsache lenken, dass Entscheidungen in Abtreibungsangelegenheiten der Zuständigkeit der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten unterliegen. Wir kämpfen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, aber wir sollten dies nicht abhängig von geschlechtsspezifischen Entscheidungen machen. Diese Praxis kann die Unterstützung für den Bericht, über den wir diskutieren, möglicherweise maßgeblich verringern.

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D).** – (LT) Zunächst möchte ich dem Berichterstatter, Herrn Tarabella, für seine Arbeit danken.

Zur Überwindung der Rezession ist es sehr wichtig, in Humankapital und eine soziale Infrastruktur zu investieren und so Bedingungen für Frauen und Männer zu schaffen, unter denen ihr volles Potenzial ausgeschöpft werden kann.

Die Europäische Union hat sich nun dem strategischen Ziel von Lissabon, bis 2010 eine weibliche Beschäftigungsrate von 60 % zu erreichen, genähert. Die weibliche Beschäftigungsrate variiert jedoch stark je nach Mitgliedstaat. Daher müssen die Kommission und die Mitgliedstaaten effektive Maßnahmen ergreifen, um die Umsetzung der Richtlinie zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Bezug auf Beschäftigung und Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

Heute variiert das Entgelt von Frauen und Männern in den Mitgliedstaaten stark, und daher müssen wir die Mitgliedstaaten nachdrücklich auffordern, den Grundsatz „gleiches Entgelt bei gleichwertiger Arbeit“ umzusetzen. Die Kommission muss noch einen Vorschlag zur Anwendung dieses Grundsatzes zur Aussprache vorlegen.

Es ist absolut unverzichtbar, ein ausgewogenes Verhältnis der Aufgabenteilung im Privat- und Berufsleben von Frauen und Männern zu gewährleisten sowie die für bezahlte und unbezahlte Arbeit aufgewandte Zeit besser aufzuteilen.

Die Mitgliedstaaten müssen alle möglichen Maßnahmen für den Zugang zu Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder ergreifen.

Die Angelegenheit des Vaterschaftsurlaubs muss noch geklärt werden. Daher müssen wir eine gemeinsame Lösung für eine Neufassung dieses Urlaubsanspruches in der Richtlinie finden.

Darüber hinaus wird in den Anhörungen der Kommission zu dieser neuen 2020-Strategie der Gleichstellung von Frauen und Männern nur unzureichende Aufmerksamkeit geschenkt. Die Angelegenheiten der Gleichstellung der Geschlechter müssen gestärkt und in die neue Strategie eingebunden werden.

Abschließend möchte ich dem Mitglied der Kommission für unsere lange Zusammenarbeit in den Bereichen Gleichstellung der Geschlechter, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten herzlich danken. Vielen Dank und viel Glück!

**Lena Kolarska-Bobińska (PPE).** – (PL) Frau Präsidentin, Europa befindet sich im Wandel - wie aus dem Bericht ersichtlich ist -, wobei die Veränderungen insbesondere eine bessere Bildung und steigende Beschäftigungszahlen von Frauen begünstigen, obgleich es noch immer große Unterschiede gibt. Diese Verbesserung erfolgt in Bereichen, in denen Frauen selbstständig entscheiden und Eigeninitiative und Stärke zeigen. In den Bereichen, in denen Frauen jedoch nur wenig Einfluss haben, sind Klischees vorherrschend, die ihnen Entwicklungsmöglichkeiten oder die Teilnahme am öffentlichen Leben verwehren. Deshalb steigt die Anzahl an Frauen in leitenden Positionen nicht an und deshalb wird ihre Beteiligung am politischen Leben nur langsam intensiver. Es ist daher wichtig, dass wir die Stereotypen hier bekämpfen und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen und im politischen Leben ergreifen. Im Bericht ist von einer Intensivierung dieser Maßnahmen die Rede, aber das reicht nicht. Wir müssen solche Vorschläge zusammen machen. Wir müssen die Kommission und die Mitgliedstaaten ermutigen, eine Debatte zu beginnen und Maßnahmen zur Steigerung der Beteiligung von Frauen am politischen Leben ergreifen. Dort, wo Frauen stärker in die Politik eingebunden sind, wird sozialen Angelegenheiten, Betreuungseinrichtungen für Kinder, den Angelegenheiten von Frauen und der Gleichberechtigung von Frauen generell mehr Beachtung geschenkt.

In Polen haben wir eine Debatte zum Thema Prioritäten in der Politik begonnen. Eine Gruppe von Frauen hat eine grundlegende Initiative für den Entwurf eines Gesetzes zur Parität in der Politik gestartet, das vorsehen soll, dass 50 % der Kandidaten bei Wahlen Frauen sein müssten. Wir haben über 100 000 Unterschriften zugunsten dieses Gesetzes gesammelt und der polnischen Regierung eingereicht. Eine große Debatte hat begonnen, und ich weiß nicht, ob die Idee erfolgreich sein wird - wenn das Parlament zugunsten unseres Vorschlags stimmen wird. Ich weiß nicht, ob es ein großer Erfolg werden wird, aber die Debatte an sich, die derzeit stattfindet, hat das Bewusstsein der Gesellschaft stark verändert. Wir haben die Umfrageergebnisse, die dies belegen. Ich rufe daher zum Start einer solchen Debatte zur Beteiligung von Frauen am politischen Leben in den Ländern der Europäischen Union auf.

#### VORSITZ: RAINER WIELAND

*Vizepräsident*

**Joanna Senyszyn (S&D).** – (PL) Herr Präsident, es ist positiv, dass die zur Diskussion stehende Entschließung den Punkt 38 aufnimmt, nach dem Frauen über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte insbesondere durch ungehinderten Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung verfügen können und dass eine sichere Abtreibung möglich ist. Dies ist vor allem für Bürgerinnen und Bürger in Ländern mit restriktiven Anti-Abtreibungsgesetzen von Bedeutung, in denen irreführende Propaganda gegen Schwangerschaftsabbrüche verbreitet wird. In meinem Heimatland Polen ist nach dem politischen Recht, das von der Geistlichkeit vereinnahmt wird, eine echte Sexualekunde nicht erlaubt, wobei Verhütung und straffreie Abtreibung eingeschränkt sind. Sogar das Wort „Abtreibung“ wurde fast vollständig aus der polnischen Sprache eliminiert und durch den Ausdruck „Töten eines gezeugten Kindes“ ersetzt. Um dem straffreien Schwangerschaftsabbruch ein Ende zu setzen, der jährlich lediglich mehrere Hundert Mal vorgenommen wird, wird seit mehreren Jahren versucht, der polnischen Verfassung eine Klausel hinzuzufügen, die das Leben vom Augenblick der Empfängnis an schützen würde. Die Zahl der 100 000 illegalen Abtreibungen beunruhigt die so genannten Abtreibungsgegner keineswegs, die heuchlerisch die Existenz dieser Schwangerschaftsabbrüche abstreiten.

Die Europäische Union muss der Geringschätzung von Mitgliedstaaten gegenüber den reproduktiven und sexuellen Rechten von Frauen ein Ende setzen.

**Danuta Maria Hübner (PPE).** – Herr Präsident, Frauen stellen zur Hälfte die Talente Europas. Wir dürfen dieses kreative Potenzial nicht vergeuden. Gelingt es uns, dieses Potenzial in die Wirtschaft zu kanalisieren, können wir sowohl hinsichtlich der Ansichten, die in den europäischen Gesellschaften weiterhin vertreten

werden, als auch in Bezug auf die neue Agenda der Union für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerb einen gewaltigen Schritt nach vorne tun.

Die Chancengleichheit besteht auf dem Papier. Die Union hat mindestens 13 Richtlinien zur Gleichstellung der Geschlechter ausgearbeitet. Der Grundsatz ist im Vertrag und in den Verfassungen und Rechtssetzungsakten von Mitgliedstaaten verankert, die realen Kennzahlen sagen jedoch etwas anderes aus. Zwar waren Frauen noch nie so gebildet wie heute, doch im Unternehmertum sind sie weiterhin stark unterrepräsentiert.

In den letzten Jahren hat sich eigentlich nichts in Bezug auf das geschlechtsspezifische Lohngefälle verändert. Unternehmerisch tätige Frauen sind bei der Tilgung ihrer Darlehen selten in Verzug. Trotzdem erhalten Frauen nur schwer Zugang zu Finanzmitteln, was auf die Forderung von Banken nach Sicherheiten zurückzuführen ist. Nur diejenigen, die über mehr Mittel verfügen, können Kredite aufnehmen. Dabei befinden sich lediglich 1% der weltweiten Vermögenswerte im Besitz von Frauen.

Trotz höherer Qualifikationen, trotz besserer Ausbildung sind Frauen weiterhin unter den Entscheidungsträgern völlig unterrepräsentiert. Der Schlüssel zu allem besteht darin, Führungspositionen vermehrt mit Frauen zu besetzen. Frauen können für sich und ihre Qualifikationen werben; die eigentliche Macht liegt jedoch in der Entscheidungsfindung, weshalb Frauen daran beteiligt werden sollten.

Für den Wandel ist eine kritische Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung. Ist in einem Entscheidungsorgan nur eine einzige Frau vertreten, wird diese ihre Verhaltensweisen schnell anpassen müssen, um von der männlichen Mehrheit akzeptiert zu werden. Zu Beginn könnten mehrere Frauen in einem beschlusskräftigen Vorstand bereits einen Unterschied machen. Insgesamt können all diese Strategien jedoch nur wenig bewirken, wenn wir das größte Hindernis für Frauen nicht beseitigen können: die Unvereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Die verbleibenden Hindernisse erfordern politische Maßnahmen. Daher sind sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf europäischer Ebene weiterhin geschlechterspezifische Strategien notwendig.

**Georgios Papanikolaou (PPE).** – (EL) Herr Präsident, ich befürworte, was von meinen Kolleginnen und Kollegen, den vielen Frauen und zahlreichen Männern und unserem Berichterstatter Herrn Tarabella ausgeführt wurde, den ich zudem beglückwünschen möchte. Wir unterstützen alle mit großer Anteilnahme jegliche Maßnahme und Initiative, die die Ausmerzung aller Formen der Diskriminierung von Frauen und Männern zum Ziel haben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, da wir so in der offenen, demokratischen und liberalen Gesellschaft, in der wir alle leben möchten, vorgehen müssen.

Wir müssen verstärkt darauf hinweisen, dass bereits wichtige Maßnahmen ergriffen wurden. Auf europäischer Ebene möchte ich das Haus an die Richtlinie 2006/54/EG erinnern, die festlegt, jegliche Formen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung bis August 2009 zu beseitigen. Zudem möchte ich dem Haus den Europäischen Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010) in Erinnerung rufen.

Ich möchte das Haus an all die begrüßenswerten Initiativen erinnern, die zu diesem Themenbereich von den nationalen Regierungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unternommen wurden. Die jüngste Initiative ging von der Regierung des Präsidenten Sarkozy aus und bezog sich auf die Befürwortung von Rechtsvorschriften, die das Tragen der Burka an öffentlichen Plätzen verbietet.

Es sind mehr dieser konkreten Handlungsschritte erforderlich, um in erster Linie unsere Einstellung zu verändern und allen Formen der Diskriminierung vorzubeugen. Angesichts der leider weiterhin bestehenden Diskriminierung möchte ich auf die schutzbedürftige Gruppe junger Mütter hinweisen. Mit Befremden musste ich in einem Bericht der Europäischen Kommission zu den Barcelona-Zielen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der Europäischen Union lesen, dass fast alle Mütter in Europa angeben, dass sie ihre Kinder aufgrund des Übermaßes an täglich zu bewältigenden Aufgaben nicht ihren Wünschen entsprechend erziehen können. Wir müssen begreifen und verstärkt auf die Tatsache hinweisen, dass das Nichterreichen einer echten Gleichstellung der Geschlechter eine Gefahr für die Kinder von heute darstellt, denen ein stabiles familiäres Umfeld fehlt, in dem die Präsenz der Mutter spürbar ist. Es gefährdet das psychologische Gleichgewicht und die Entwicklung einer ausgeglichenen Persönlichkeit der heutigen Kinder, die morgen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sein werden.

**Zita Gurmai (S&D).** – Herr Präsident, die Wirtschaftskrise hat verstärkt aufgezeigt, dass die Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter mit aktuellen wirtschaftlichen Fragestellungen verflochten sind.

In Ländern, die Rechtsvorschriften zur Gleichstellung der Geschlechter erlassen haben, sind deutlich mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Geburtenrate ist prozentual höher. Diese Staaten haben tendenziell eine ausgewogenere Situation in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Renten. Überdies ist der Verdienst von Frauen in der Familie von wesentlicher Bedeutung.

Natürlich muss die zukünftige Europa 2020-Strategie klare Zusagen zum Gender Mainstreaming in allen europäischen Politikbereichen machen. Die Strategie muss mit dem neuen Fahrplan für Gleichstellung der Geschlechter und auch mit der zukünftigen Charta für die Rechte der Frau koordiniert werden. Wie mein Kollege Marc Tarabella in seinem Bericht ausführte, sind auch die Gesundheit und die sexuellen Rechte von Frauen ein wichtiges Instrument für ihre sozio-ökonomische Machtgleichstellung. Es müssen Zugang zu Wissen, Informationen, medizinischer Versorgung und Hilfe bereitgestellt werden, damit alle Frauen über Wahlfreiheit und gleiche Rechte und Zugang verfügen.

Ich möchte Vladimír Špidla für die fünf Jahre unserer Zusammenarbeit danken, da dies die letzte Gelegenheit ist, ihn zu grüßen. Vielen herzlichen Dank für den ausgezeichneten Beitrag, den Sie und Ihr Team geleistet haben.

**Hella Ranner (PPE).** - Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in dieser äußerst interessanten Diskussion zu diesem Thema sicherlich schon alles gesagt worden. Ich kann mir kaum vorstellen, jetzt noch einen neuen Aspekt einbringen zu können. Eines aber möchte ich von meiner Seite zusammenfassend bemerken: Es muss für uns alle ein Ziel sein, dass sich Frauen nicht in der Lage sehen müssen, immer wieder zwischen Beruf einerseits und Familie andererseits entscheiden zu müssen. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden. Es müsste möglich sein, dass demnächst alle Maßnahmen getroffen werden, damit eine Frau ihre Rolle als Mutter einerseits und im Beruf andererseits möglichst gut erfüllen kann.

Ein Ausstieg aus einem bestehenden Gehaltsschema ist zwar wohl unvermeidlich, wenn man realistisch ist. Es müsste aber möglich sein, nach dem Wiedereinstieg die verlorene Zeit in der Lebensarbeitszeit rasch nachholen zu können. Ich glaube, dass dies gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Lösung ist, die wir anstreben müssten und sollten. Wenn uns das gelingt – und wir im Europäischen Parlament können sehr viel dazu beitragen –, dann erreichen wir ein modernes Europa der wirklichen Chancengleichheit. Denn dass dies wirklich nur mit einer konsequenten Gleichstellung von Frauen und Männern möglich ist, ist für uns alle klar.

**Britta Thomsen (S&D).** – (DA) Herr Präsident, Herr Tarabellas Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern zeigt die großen Herausforderungen, denen wir uns im Bereich Gleichstellung in der EU gegenübersehen, auf anschauliche Weise auf. Eine dieser Herausforderungen besteht darin, den Anteil von Frauen in den Führungspositionen öffentlicher und privater Unternehmen, nicht zuletzt im Finanzsektor, zu steigern. Wir stecken mitten in einer wirtschaftlichen Krise, in der wir alle zur Verfügung stehenden Talente nutzen müssen, um das erforderliche Wachstum zu produzieren. Unsere Wettbewerbsfähigkeit steht auf dem Spiel.

Die EU sollte daher von Norwegen lernen. Im Jahr 2002 ergriff der norwegische Minister für Handel und Industrie die Initiative und schlug vor, dass mindestens 40% beider Geschlechter in den Unternehmensvorständen vertreten sein sollten. Die Grundlage dafür war eiskalte Berechnung: dass Norwegen das ihm zur Verfügung stehende Potenzial nutzen muss, um auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig zu sein. Das derzeitige Einstellungsverfahren, bei dem sich Männer hauptsächlich für männliche Bewerber entscheiden, hat in Bezug auf Innovation und Wachstum eine zerstörerische Wirkung. Wir müssen das Potenzial beider Geschlechter ausschöpfen und in der EU ähnliche Rechtsvorschriften wie in Norwegen einbringen. Im Jahr 2002 waren in Norwegen rund 200 Frauen in den Unternehmensvorständen vertreten, heute beläuft sich ihre Zahl auf annähernd das Fünffache. Gleichzeitig konnte in Studien aufgezeigt werden, dass Unternehmen, deren Führungspositionen mit beiden Geschlechtern besetzt sind, rein wirtschaftlich besser abschneiden. Daher verlangt allein der gesunde Menschenverstand, dass wir uns für Gleichstellung stark machen.

**Carlo Casini (PPE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Kommissar, der Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern hat bereits Ausländern, Sklaven und schwarzen Menschen Freiheit gebracht hat. Er symbolisiert den Grundsatz der menschlichen Würde, der für jeden gilt. Der Tarabella-Bericht und der Bericht der Kommission sind daher beide lobenswert, denn dieser Grundsatz muss stets Grundlage politischen Handelns sein.

Es gibt jedoch zwei kritische Bemerkungen, die ich denke einbringen zu müssen. Der Grundsatz der menschlichen Würde und Gleichstellung muss für wirklich alle gelten, wozu auch diejenigen gehören, die auf den Eintritt in diese Welt warten: die ungeborenen Kinder. Es ist daher unannehmbar, wie in diesem Bericht den Wortlaut von Punkt 38 zu vertreten und von Abtreibung als einem Aspekt sexueller reproduktiver Rechte oder Rechte der Frau zu sprechen. Niemand streitet die Komplexität von Problemen ab, die schwierige und ungewollte Schwangerschaften aufwerfen, denn in diesem Zusammenhang kann es zu schwer wiegenden Problemen kommen. Doch sollte über diese Dinge vor allem gesprochen werden, wenn es darum geht, die Achtung vor dem Leben zu wahren und Müttern jegliche Art von Unterstützung zu bieten, damit sie sich frei für die Fortsetzung ihrer Schwangerschaft entscheiden können.

Mein zweiter Kritikpunkt betrifft die Ausweitung des Ansatzes zu sexueller und reproduktiver Gesundheit - wie in Erwägung X aufgeführt - über körperliche und geistige Aspekte hinaus und unter Einbeziehung sozialer Aspekte.

Ich frage mich, was es bedeuten soll, dass jegliches Sexualverhalten von anderen als Zeichen des Wohlbefindens gerechtfertigt werden muss und somit Anerkennung und Lob erhält. Wird dies nicht dazu führen, dass wir letztlich nicht nur die Gewissensfreiheit, sondern auch die Meinungsfreiheit verletzt werden? Ich stelle diese Anfrage lediglich, weil ich sie nicht für banal halte.

**Mairead McGuinness (PPE).** – Herr Präsident, ich möchte den Kolleginnen und Kollegen meine Zustimmung aussprechen, die anführten, dass mehr Gesetze nicht die Lösung sein kann, wenn die bestehenden Rechtsvorschriften zur Gleichstellung nicht umgesetzt werden.

Zweitens befürchte ich als jemand, der mit der Bewegung für mehr Gleichstellung aufgewachsen ist, dass junge Frauen davon ausgehen, der Kampf sei vorbei. Wir müssen daher die Diskussion zur Gleichstellungsagenda von jungen Frauen und jungen Männern neu beleben.

Ja, die Wirtschaftskrise betrifft Frauen, denn Frauen sind natürlich auch in Mitleidenschaft gezogen, wenn Männer ihre Arbeitsplätze verlieren. Nach meiner Ansicht sollten wir klar herausstellen, dass die Wirtschaftskrise jeden Einzelnen und insbesondere Familien beeinträchtigt.

Ich stimme vollkommen mit den Absätzen 34 und 35 überein und unterstütze die Forderung, dass die Länder, die dies bisher nicht getan haben, die Konvention des Europarates gegen Menschenhandel ratifizieren. Ich hoffe, dass die irische Regierung ihrer Verpflichtung noch in diesem Jahr nachkommen wird.

Häusliche Gewalt ist grausame Realität: Viele Frauen werden in ihrem eigenen Zuhause ermordet. In Irland wurde ein solcher Fall kürzlich in einem Gerichtsverfahren verhandelt.

Absatz 38 entspricht jedoch nicht der Subsidiaritätsklausel in Bezug auf Abtreibung und müsste meiner Meinung nach abgeändert werden.

**Olga Sehnalová (S&D).** – (CS) Herr Kommissar, meine Damen und Herren, als vor ungefähr hundert Jahren der Kampf für das Frauenwahlrecht begann, forderten Frauen kein Privileg ein, sondern lediglich die Anerkennung ihrer grundlegenden Bürgerrechte. Bitte lassen Sie uns auch heute versuchen, diesen Weg zu beschreiten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die verstärkte Teilnahme von Frauen am politischen Leben insbesondere auf einzelstaatlicher Ebene durch einen echten freien Wettbewerb zwischen Kandidaten bei Wahlen gestützt wird. Unter solchen Bedingungen werden sich Frauen zweifelsohne behaupten. Während der letzten parlamentarischen Wahlen in der Tschechischen Republik beispielsweise hätte die Gesamtzahl der von den Parlamentsparteien gewählten Frauen durch einen freien Wettbewerb zwischen den Kandidaten von dürftigen 15 % auf vertretbare 26 % heraufgesetzt werden können. Ähnliche Ergebnisse gelten für andere Wahlen.

Frauen dürfen nicht in der Rolle von Bittstellern sein. Sie werden sich durchsetzen, wenn ihnen gleiche Chancen geboten werden. Solange jedoch für Wahlsysteme Wettbewerbe zwischen ausgesuchten Gruppen von Kandidaten für vorhersehbare Sitze kennzeichnend sind und andere Kandidaten nicht wirklich über die Möglichkeit verfügen, gewählt zu werden, gibt es keine Chancengleichheit. Wir müssen uns daher um echte gleiche Chancen für alle, mit anderen Worten für Frauen einsetzen. Dann besteht auch kein Bedarf an Quotenregelungen.

**Gesine Meissner (ALDE).** – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor Kurzem habe ich in Deutschland einen Vortrag über meine Arbeit im Europäischen Parlament gehalten und auch über die Aufgaben, die ich hier erfülle, und die vielen Termine. Ich wurde dann von einem Mann gefragt: Was sagt denn Ihr Mann dazu?



Diese Frage habe ich schon häufiger gehört. Ich weiß, dass sie Frauen gestellt wird, ich glaube aber, im umgekehrten Fall wird nie ein Mann gefragt: Was sagt denn Ihre Frau dazu?

(Zwischenruf)

Bei Ihnen schon? Na, dann ist das ja in diesem Fall tatsächlich Gleichberechtigung.

Ein anderer Fall: Ein mit mir befreundetes junges Ehepaar hat jetzt ein Kind bekommen. Die beiden Eltern teilen sich einen Job. Für die Frau ist es akzeptiert, der Mann wurde gefragt, warum er sich denn dazu hergebe, den halben Tag lang Windeln zu wechseln, ob er sich nicht in seiner beruflichen Karriere zurückgesetzt fühle. Auch das ist noch keine Gleichberechtigung.

Als Letztes: Wir haben über gleiche Bezahlung gesprochen. Es gibt Firmen, in denen nach Tarif bezahlt wird und trotzdem nachweislich Frauen in Abteilungen arbeiten, wo es weniger Aufstiegsmöglichkeiten gibt und weniger Zuschläge gezahlt werden. Und ein abschließendes Beispiel: Firmen, in denen mindestens 30 % Frauen im Management sind, verzeichnen bessere Unternehmenserfolge. Gleichberechtigung lohnt sich!

**Rareș-Lucian Niculescu (PPE).** – (RO) Ich begrüße die Entschliebung und freue mich darüber, dass dem Thema der Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind und hinsichtlich Eigentumsrecht und ihrer Rolle im Familienhaushalt über keinen eindeutig festgelegten Rechtsstatus verfügen, ein zentraler Platz eingeräumt wurde. Dieser Themenbereich, der bedeutende Konsequenzen nach sich ziehen kann, steht auch als wichtige Zielsetzung auf der Agenda des Spanischen Ratsvorsitzes. Wir müssen hierbei nach den besten praktischen Lösungen suchen.

Zudem hoffe ich, dass der Rolle der Frauen in der europäischen Wirtschaft ein wichtiger Stellenwert bei der zukünftigen Europa 2020-Strategie eingeräumt wird, die wir diese Woche beim Informationsgipfel in Brüssel erörtern werden.

**Karin Kadenbach (S&D).** - Herr Präsident, Herr Kommissar! Ein herzliches Dankeschön an den Kollegen Tarabella. Mehr als 40 Ziffern machen deutlich, dass das Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen einfach eines ist, das man nicht in einer knappen Stunde abhandeln kann. Es gäbe Stoff für viele Diskussionen. Ich kann mich heute nur auf zwei Punkte konzentrieren. Der eine ist Ziffer 8, der die Tatsache kritisiert, dass das Thema Gender Mainstreaming in der aktuellen Strategie von Lissabon praktisch nicht aufgegriffen wird. Ich möchte mich der Forderung anschließen, dass der Rat und die Kommission in ihrer Post-Lissabon-Strategie EU 2020 auf ein Gleichstellungskapitel hinarbeiten.

Weiters ist es ganz wesentlich, dass die Mitgliedstaaten eine gleichstellungsspezifische Folgenabschätzung vornehmen, denn wenn wir die Auswirkungen dieser Krise wirklich sinnhaft bekämpfen wollen, dann brauchen wir Maßnahmen, die auch die besondere Situation der Frauen berücksichtigen. Ich glaube, dass die Mitgliedstaaten wirklich aufgefordert werden müssen, auf der Grundlage solcher Daten und Folgenabschätzungen entsprechende Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs auszugestalten. Ich bin weiters der Meinung, dass Frauen ein Recht auf ihren eigenen Körper und auf ihre eigene Gesundheit haben.

**Norica Nicolai (ALDE).** – (RO) Ich begrüße diesen Bericht, möchte jedoch insbesondere auf einen Punkt hinweisen. Meiner Ansicht nach sind Rechtsvorschriften nicht relevant, insbesondere, weil die Gleichstellung von Frauen und Männern ein wichtiger Bestandteil in der Gesellschaft und Kultur der Völker darstellt. Zu Beginn der Entwicklung jedes Einzelnen muss es positive Maßnahmen und eine Form der Erziehung geben, die Stereotypen ausschaltet und die Gleichstellung der Geschlechter direkt von Kindheit an befürwortet und unterstützt. Wird diese Denkweise nicht angenommen und Integration nicht auf diese Art vorangetrieben, werden wir weiterhin die gleiche Diskussion zur Untersuchung dieses Themas führen, anstatt tatsächlich etwas zu bewegen.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen. Ungleichheiten sind in einer Informations- und Wissensgesellschaft weniger sichtbar. Meiner Ansicht nach handelt es sich hierbei um wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung.

**Zuzana Roithová (PPE).** – (CS) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass die überholten Barcelona-Ziele, auf die in diesem Bericht verwiesen wird, mit den Empfehlungen von Sachverständigen kollidieren. Es konnte von Fachleuten nachgewiesen werden, dass die kleinsten Kinder, also diejenigen bis zwei Jahren, nicht in Einrichtungen betreut werden sollten. Aus diesem Grund ist es unmöglich, den Mitgliedstaaten eine solche Zielsetzung aufzuerlegen. Für die gesunde geistige Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern ist es von grundlegender Bedeutung, dass sie den ganzen Tag über von

ihrer Mutter oder ihrem Vater versorgt werden. Außerdem greift der Bericht in die Rechte von Mitgliedstaaten ein, da er deren familienfreundliche Politiken verändern will. Unsere Aufgabe besteht natürlich darin, uns für effektive europäische Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Gewalt gegen Frauen und Kinder einzusetzen. Für meine Begriffe wird in diesem Bericht dem Recht auf Leben des ungeborenen Kindes keine Beachtung geschenkt, worauf ich verstärkt hinweisen möchte. Diesem Bericht fehlt es meines Erachtens an Ausgewogenheit. Abschließend möchte ich Kommissar Špidla danken und ihm für seinen weiteren Werdegang viel Erfolg wünschen.

**Katarína Neveďalová (S&D).** – (SK) Die Europäische Union hat in den vergangenen dreißig Jahren viel getan, um die Stellung und die Rechte der Frau zu stärken. Der augenfälligste Unterschied jedoch, der weiter besteht und sich sogar vertieft, ist die Entlohnung von Männern und Frauen.

Frauen verdienen im Durchschnitt fast 20% weniger, wobei die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern sich deutlich auf die lebenslangen Einkünfte und Renten von Frauen auswirken, was zunehmend als die Feminisierung der Armut bezeichnet wird. Die Einkommensunterschiede sind mit zahlreichen rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren verbunden, deren Ausmaß weitgreifender ist und über die Fragestellung von gleichem Entgelt bei gleichwertiger Arbeit hinausgeht.

Zudem sollten wir eine europaweite Kampagne auf den Weg bringen, um die tief verwurzelten Vorurteile in Bezug auf die angeblich natürliche Tatsache auszumerzen, nach der es diejenigen gibt, die die Hosen tragen oder „anhaben“, und die weniger angesehenen Personen Röcke tragen. Das Thema der häuslichen Gewalt und des Menschenhandels, das weiterhin tabuisiert wird, und natürlich auch der Einbindung der Gleichstellung der Geschlechter in den Bildungs- und Erziehungsprozess von Grundschulern muss offen erörtert werden.

Ich möchte meinen Beitrag mit einer Frage beenden, die sich an alle heute hier Anwesenden richtet. Wie kann eine Gesellschaft Frauen als einzigartige und außergewöhnliche Geschöpfe, als Träger des Lebens wertschätzen und beschützen, wenn der Internationale Frauentag als ein sozialistisches Überbleibsel angesehen wird?

**Piotr Borys (PPE).** – (PL) Herr Präsident, ich freue mich darüber, dass heute auch Männer das Wort ergreifen, wenn wir auch deutlich in der Minderheit sind. Ich wünsche mir, dass die Gleichstellungspolitik in Kategorien eines großen, unausgeschöpften sozialen Potenzials gesehen wird. Angesichts einer sich rasch entwickelnden Gesellschaft sollten daher in den nächsten zehn Jahren in dieser Generation die Unverhältnismäßigkeiten in allen Bereichen ausgeglichen werden.

Es gibt drei Problembereiche: Erstens Missverhältnis in der akademischen Welt. Obwohl Frauen über bessere Qualifikationen verfügen, haben sie keine Aufstiegschancen. Zweitens sollten Frauen deutlich stärker am politischen Leben teilnehmen, weshalb meiner Ansicht nach Bestimmungen zur Parität in allen Mitgliedstaaten eingeführt werden müssen. Drittens der Bereich des Unternehmertums. Frauen sind beispielsweise in Kleinstunternehmen erfolgreicher, in den Vorständen von Großunternehmen sind sie jedoch kaum vertreten. Der gegenwärtige Zuwachs deutet darauf hin, dass eine gleichberechtigte Teilhabe erst im Jahr 2280 erreicht wird. Hier ist Wandel gefordert.

Es gibt drei Schlussfolgerungen. Erstens sollte sich das Überwachungszentrum mit bewährten Verfahren beschäftigen. Zweitens möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Špidla dafür bedanken, dass er die Möglichkeit von Investitionen in Kindergärten im Europäischen Sozialfonds als bestem Finanzinstrument der Europäischen Union geschaffen hat. Drittens möchte ich mitteilen, dass ich, falls ich während dieser Amtsperiode ein Kind haben möchte, mit Erlaubnis von Herrn Buzek einen Vaterschaftsurlaub in Anspruch nehmen werde.

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Ich bin der Überzeugung, dass ein effektives System zur Karriereplanung erforderlich ist, um Chancengleichheit für Männer und Frauen zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass es ausreichend Kinderbetreuungsmöglichkeiten wie Kinderkrippen und Kindergärten geben muss.

In der Europäischen Union gibt es gegenwärtig Wartelisten für Kinder, die auf einen Platz in Kinderkrippen und Kindergärten warten. Für eine große Anzahl von Kindern ist eine Anmeldung in solchen Bildungseinrichtungen nicht möglich, da nicht genügend Plätze vorhanden sind. Jeder Euro, der in die Entwicklung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder investiert wird, entspricht infolge der geschaffenen Arbeitsplätze und der Verbesserung der Lebensqualität für europäische Bürgerinnen und Bürger einem Zugewinn von sechs Euro für die Gesellschaft. Aus diesem Grund hoffe ich, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten in Zukunft höhere Investitionen in die Betreuungseinrichtungen für sehr kleine Kinder tätigen werden.

Nicht zuletzt möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Situation von allein erziehenden Eltern, die bei der Erziehung ihrer Kinder auf sich allein gestellt sind, und ihren Schwierigkeiten lenken.

**Sidonia Elżbieta Jędrzejewska (PPE).** – (PL) Herr Präsident, meiner Meinung nach gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Eine Lösungsmöglichkeit besteht im gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, und die zweite Lösung ist der gleichberechtigte Zugang zu Führungspositionen im öffentlichen Leben. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, die weiterhin bestehen, sind unannehmbar. Gleiche Arbeit sollte mit gleichem Verdienst entlohnt werden. Zudem möchte ich betonen, dass es meiner Ansicht nach sehr wichtig ist, dass Frauen verstärkt am politischen und am öffentlichen Leben allgemein teilnehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine höhere Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben auf der Grundlage gerechterer Grundsätze dazu führen wird, dass unsere Haushalte, unsere Politik und Strategieplanungen die Träume, Bedürfnisse, Wünsche und Pläne der gesamten Gesellschaft besser widerspiegeln werden.

**Elena Băsescu (PPE).** – (RO) Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Arbeitslosigkeit von Frauen 2009 um 1,6% gestiegen, während die Arbeitslosigkeit von Männern um 2,7% zunahm.

Die Einbindung von Frauen in politische Entscheidungsfindungsprozesse wurde deutlich verbessert. Der Frauenanteil im Europäischen Parlament ist verglichen mit der vorhergehenden Legislaturperiode von 31% auf 35% gestiegen. Der Anteil der rumänischen weiblichen Abgeordneten beträgt 36%. In Bezug auf Rumänien ist die Wahl einer Frau, einer früheren Abgeordneten, zu Präsidenten der Abgeordnetenkammer des rumänischen Parlaments ein erster Schritt. Persönlich war ich als junge Frau zu Beginn meiner politischen Karriere als unabhängige Kandidatin für das Europäische Parlament aufgestellt und konnte ohne Unterstützung durch die Liste einer Partei die erforderliche Anzahl an Stimmen vereinen. Im privaten Sektor sind Frauen mit einem Drittel besser vertreten...

*Der Präsident unterbricht die Rednerin*

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident, der Titel der Aussprache heute Abend lautet: „Gleichstellung von Frauen und Männern“. Die meisten Redner, die sich zu diesem Thema äußerten, sprachen jedoch von „Männern und Frauen“.

Dies beantwortet zum Teil die von Frau Lulling gestellte Frage danach, warum seit 1975 nicht mehr Fortschritte erzielt werden konnten. Der Grund dafür ist traditionsbedingt. Es handelt sich um ein kulturelles Problem. Frauen kam bisher eine niedrigere, untergeordnete Rolle zu. In vielen Ländern weltweit ist diese Haltung weiter präsent, und es ist eine große Herausforderung, dies zu verändern.

Glücklicherweise hat die EU gute Fortschritte gemacht, was nirgends deutlicher zu Tage tritt als in diesem Parlament, in dem zahlenmäßig und von der Einstellung her echte Gleichstellung herrscht. Diese Entwicklung muss durch Rechtsvorschriften, durch Zielsetzungen und durch Richtlinien weiter vorangetrieben werden.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass junge Mädchen besser informiert sein müssen. Ich stimme diesem zu, möchte jedoch darauf hinweisen, dass auch mehr Informationen für kleine Jungen gefordert sind, insbesondere um den Schaden auszugleichen, der durch viele Filme und Fernsehprogramme angerichtet wurde, da sie nicht alle der Schaffung einer gerechten Gesellschaft im Sinne der Gleichstellung förderlich sind. Es gibt noch viel zu tun, und wir müssen nun mit der Arbeit beginnen.

**Czesław Adam Siekierski (PPE).** – (PL) Herr Präsident, in schwierigen Zeiten ist es häufig der Fall, dass die vermehrten Probleme bei der Sicherstellung des Wohlergehens der Familien auf den Schultern von Frauen liegen. Sie sollten hierfür nicht nur von allen Seiten Dankbarkeit, sondern zudem im Rahmen der Sozialpolitik erhebliche Unterstützung erhalten. Meiner Ansicht nach besteht in diesem Bereich viel Handlungsbedarf.

Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau leiten sich aus den Menschenrechten ab. Es scheint, als ob die Schaffung überzogener Rechtsvorschriften zum Schutz dieser Grundrechte als eine offene Absage an diesen Grundsatz erachtet werden können. Schließlich können wir im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern am meisten durch ein angemessenes Bildungssystem erreichen, weil es an Achtung vor Frauen mangelt und dies auch in den besten Texten nicht eindeutig bestimmt und aufgenommen werden kann, wenn diese Achtung nicht Bestandteil unserer Kultur, unserer Gebräuche und unserer Erziehung ist.

Einem polnischen Sprichwort zufolge stützt eine Frau drei Ecken des Hauses und der Mann nur eine. Dieser Umstand kann als eine Auszeichnung und Wertschätzung von Frauen ausgelegt werden, oder als ein Zeichen für die unverhältnismäßige Ausnutzung von Frauen und somit als Beispiel von Ungleichheit.

**Vladimír Špidla**, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Meine Damen und Herren, die Aussprache war ungewöhnlich lang. Ich habe vielen Aussprachen im Parlament beigewohnt, doch diese ist mit Sicherheit eine der fruchtbarsten. Meiner Ansicht nach zeigt sie zudem deutlich auf, dass die von der Europäischen Kommission und von Europa entwickelte Politik eine Politik mit eigener innerer Bedeutung und eigener innerer Logik ist, an der festgehalten werden muss. Chancengleichheit ist als Herleitung aus den Menschenrechten ein echtes fundamentales Element für unsere Entwicklung, wobei eindeutig davon ausgegangen werden muss, dass wir dieses Element jedem zusichern müssen. Wir können nicht akzeptieren, dass es isolierte Bereiche gibt, in denen Chancengleichheit keine konsequente Anwendung findet.

Die in unserem Aktionsplan für Gleichstellung formulierte Politik sollte in meinen Augen auch in Zukunft fortgesetzt werden, und ich stimme auch dem zu, dass den Gleichstellungsfragen in der kommenden „Europa 2020-Strategie“ ein größerer Stellenwert beigemessen werden sollte. Wie bereits häufig in dieser Erörterung angesprochen wurde – und ich stimme diesem völlig zu –, kann es sich eine moderne Gesellschaft nicht leisten, bei ihrem Streben nach Erfolg ihr menschliches Potenzial nicht vollständig auszuschöpfen. Für meine Begriffe ist die Chancengleichheit ein einzigartiger Wettbewerbsvorteil für Europa.

Meine Damen und Herren, wir haben auch Maßnahmen, kulturelle Aspekte, Gesetzgebung und andere Elemente dieses komplexen Themenbereichs erörtert. Ich denke, dass es *keinegrundsätzlich* negative oder positive Stellungnahme zu etwaigen Abhilfemaßnahmen gibt. Natürlich müssen bestehende Rechtsvorschriften konsequent angewandt werden. Darüber kann kein Zweifel bestehen, obwohl es in diesem Bereich viele Schwierigkeiten gibt. Neue und sehr gewagte Rechtsvorschriften können häufig einen grundlegenden Wandel der Situation bewirken. Es wurde hier das norwegische Beispiel der Quotenregelungen in Verwaltungsorganen von großen Aktiengesellschaften angeführt. Dieses Gesetz hat die Situation deutlich verändert, und ich denke, dass es nutzbringend wäre, die Erfahrung Norwegens eingehender zu untersuchen. Trotzdem sollte die vollständige Anwendung von geltenden Rechtsvorschriften eine Priorität bleiben.

Meine Damen und Herren, es wurde klar auf die Bedeutung der Vereinbarkeit von Berufsleben und Familie hingewiesen und meiner Meinung nach zudem klar ausgeführt, dass die Chancengleichheit Männer und Frauen angeht. Ich freue mich daher darüber, dass wir diese Aussprache auf der Grundlage von Erfahrungen beider Geschlechter gehalten haben und vertrete die Auffassung, dass dies immer der Fall sein sollte.

**Der Präsident**. – Herr Kommissar Špidla! Ich darf mich dem Dank, der Ihnen von verschiedenen Seiten des Hauses abgestattet worden ist, und allen guten Wünschen anschließen. Alles Gute und Gottes Segen!

**Marc Tarabella**, *Berichterstatter*. – (FR) Herr Präsident, ich möchte ebenfalls dem Kommissar zu dieser letzten Arbeit gratulieren – ja, ich haben ihn in anderen Foren häufig herausgefordert – und zudem allen für diese sehr bereichernde Aussprache, in der viele Abgeordnete das Wort ergriffen haben, danken.

Ich habe allen aufmerksam zugehört und freue mich darüber, dass sich ein Teil der Männer daran beteiligt haben. In jedem Fall war der Anteil der Männer hier höher als im Ausschuss für die Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter, wo lediglich vier der 61 Mitglieder Männer waren, was viel zu wenig ist. Natürlich stimme ich denjenigen zu, die sagten, dass in diesem Kampf auch die Beteiligung von Männern gefragt ist.

Ich kann nicht auf jeden Beitrag antworten. Frau Lulling sagte jedoch, dass es bei der Abstimmung im Ausschuss keine deutliche Mehrheit gab. Nun, es wurde 15 mal mit Ja gestimmt und 5 mal mit Nein, es gab also dreimal mehr „Ja-Stimmen“ als „Nein-Stimmen“ und zudem sieben Enthaltungen.

Ich weiß, dass wir viel Zeit auf Abschnitt Kapitel 38 verwendet haben, der sich mit der reproduktiven Gesundheit, den sexuellen Rechten und insbesondere mit der Verhütung und der Abtreibung beschäftigt. Ich weiß, dass dieses Thema vielleicht sensibler als andere ist. Doch obwohl ich aus meinem Bericht kein Sammelsurium machen wollte, konnte ich diese Frage nicht übergehen.

Ich möchte insbesondere auf das Leid junger Mädchen hinweisen, die ungewollt schwanger werden, weil sie nicht ausreichend informiert waren. Was mich am meisten bedrückt, ist die häufig anzutreffende Scheinheiligkeit derjenigen, die diese Situationen ignorieren möchten und sich über die Schwierigkeiten dieser jungen Mädchen mokieren. Geschieht dies jedoch einem ihrer Kinder, verfügen sie über die Mittel, um diesen, ohne viel Aufsehen zu erregen, eine „revitalisierende“ Therapie in der Schweiz oder andersorts zu finanzieren.

Frau Bauer hat das Thema des Lohngefälles angemessen dargestellt. Es handelt sich hierbei um eine Kluft in Höhe von 25%, wenn die begrenzte Auswirkung von Teilzeitarbeitsstunden hinzugerechnet wird. Natürlich ist eine präzise Bemessung schwierig.

Obwohl in diesem Bericht – und dies wird mein letzter Punkt sein, da mir nur noch wenige Sekunden bleiben – auch auf Genitalverstümmelung, die Burka und Zwangsehen hingewiesen wurden, handelt es sich nicht um ein Sammelsurium-Bericht. Seien Sie versichert, dass ich davon überzeugt bin, dass in einer Demokratie solche Praktiken nicht kulturell bedingt sind. Vielmehr handelt es sich um Gebräuche, die wir mit demokratischen Mitteln bekämpfen müssen.

Wenn ich dies in meinem Bericht ausgeführt hätte, wäre davon der Rest überschattet worden, der meiner Meinung nach wichtiger war.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, dem 10. Februar, statt.

### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Corina Crețu (S&D), schriftlich.** – (RO) Obwohl die Anzahl der Frauen im Arbeitsmarkt zum ersten Mal in der Geschichte höher als die der Männer ist, gibt es weiterhin Fälle geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Ein erheblicher Teil der Arbeit, die von Frauen ausgeführt wird, basiert auf Teilzeit- oder befristeten Arbeitsverträgen, die mit unangemessener Entlohnung verbunden sind. Mehr als ein halbes Jahrhundert, nachdem der Grundsatz des gleichen Entgelts in die Gemeinschaftsverträge aufgenommen wurde, muss eine Frau in der Europäischen Union 418 Kalendertage arbeiten, um genauso viel zu verdienen wie ein Mann in 365 Tagen.

Die EU-Politik war bahnbrechend, trotzdem hat sich das Lohngefälle seit dem Jahr 2000 hartnäckig gehalten. Wir verfügen über die erforderlichen Rechtsinstrumente, um dieses Phänomen anzugehen. Aus diesem Grund fordere ich die zukünftige Europäische Kommission auf, sich an der Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen in allen Mitgliedstaaten zu beteiligen. Während die Rezession in erster Linie Sektoren getroffen hat, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, besteht auch in Rumänien die Gefahr, dass Haushaltskürzungen die Vernichtung zahlreicher Arbeitsplätze im öffentlichen Dienstleistungsbereich nach sich ziehen können, einem Bereich, in dem vor allem Frauen beschäftigt sind. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Strategien zur Gleichstellung nicht durch diskriminierende Maßnahmen, die auf Angestellte des öffentlichen Sektors abzielen, verändert werden.

**Vasilica Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich.** – (RO) Der Bericht zur Gleichstellung sieht vor, der Chancengleichheit innerhalb der Europäischen Union eine neue Dynamik zu verleihen, weil die Förderung von echter demokratischer Gleichstellung von Frauen und Männern weiterhin ein Maßstab zur Schaffung einer Demokratie ist, die die gesamte Gesellschaft miteinbezieht.

Chancengleichheit, die dem sozialen Fortschritt Aufschwung geben kann, darf nicht nur ein Rechtsinstrument bleiben. In den meisten europäischen Ländern ist die Trennung nach Berufen und Sektoren fast unverändert vorhanden. Ausdruck hierfür sind die niedrigeren Löhne und Gehälter von Frauen, die geringe Anzahl erwerbstätiger Frauen, die eine Familie haben, sowie die Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Männern und Frauen im Familienleben.

Außerdem darf die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft in Europa und deren Beitrag dazu nicht vergessen werden, denn ein Drittel der in der Landwirtschaft Beschäftigten sind Frauen. Häufig erhalten sie weder Lohn noch angemessenen Sozialschutz. Der Grund hierfür ist, dass ihre Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben in der Nahrungsversorgung ihrer eigenen Familien besteht.

Das Europäische Parlament muss die Initiative unterstützen, die auf die Einrichtung eines Europäischen Überwachungszentrums zu Gewalt gegen Frauen und somit auf europäische Rechtsvorschriften abzielt, die den Schwerpunkt auf den Opferschutz und die Einrichtung eines Organs legen, das die Chancengleichheit auf Ebene der Vereinten Nationen fördert.

**Sirpa Pietikäinen (PPE), schriftlich.** – (FI) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte Herrn Tarabella für seinen ausgezeichneten Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union danken. Die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich in der Tatsache wider, dass Frauen weiterhin 80 Cent für jeden Euro erhalten, den Männer bei der Ausführung

der gleichen Arbeit verdienen. Es sind Maßnahmen für eine gleiche Entlohnung vorhanden, und es ist nun an der Zeit, sie effektiv in die Praxis umzusetzen. Beispielsweise sollte es verbindlich sein, die Anforderungen einer Arbeitsstelle zu bewerten und die Entlohnung auf der Grundlage dieser Bewertung festzusetzen. Sanktionen sollten gegen Arbeitgeber verhängt werden, wenn für die Arbeitsstätte kein eigenes Gleichstellungsprogramm entworfen wurde. Frauen dürfen bei ihrer Karriere aufgrund ihres Geschlechts weder auf Hindernisse stoßen noch darf ihr beruflicher Werdegang stagnieren. Sowohl Unternehmen als auch der öffentliche Sektor müssen verstärkt sicherstellen, dass mehr Frauen Führungspositionen besetzen. Für die neue Europäische Kommission sollte jeder Mitgliedstaat sowohl Männer als auch Frauen als Kommissare vorschlagen. Wie im Bericht ausgeführt wird, bestehen zudem Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Berufs- und Familienleben, die sich ebenfalls auf die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Berufsleben auswirken. Die Einrichtung von öffentlichen Diensten, um Betreuungsmaßnahmen zugänglicher zu machen und mehr Spielraum für Elternurlaub zu geben, ist ein Mittel, um die Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Die Europäische Union braucht eine soziale Gesetzgebung. Sie hat jedoch ihre Bemühungen um ein gerechteres Europa bereits aufgenommen: Der Rechtsstatus europäischer Frauen wurde dank der EU-Rechtsvorschriften erheblich gestärkt. Bei der Gleichstellung geht die Union in die richtige Richtung, doch die Dinge können nicht von selbst ins Rollen kommen. Für die Zukunft ist daher eine stärkere soziale Dimension in der EU erforderlich, um eine gerechtere und sozialere Union zu gewährleisten.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich.** – (RO) Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wesentlicher Grundsatz der Europäischen Union. Über die Jahre wurden in diesem Bereich erhebliche Fortschritte erzielt. Es bestehen jedoch weiterhin bedeutende Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten, was das Angebot an gleicher Entlohnung für die ausgeführte Arbeit, die Anzahl der Frauen in Führungspositionen und den Anteil von Frauen auf dem Arbeitsmarkt betrifft. Trotz der geltenden EU-Rechtsvorschriften besteht in den Mitgliedstaaten ein Gefälle von durchschnittlich 15% - 17% bei den von Männern und Frauen bezogenen Löhnen und Gehältern. Der Grund hierfür ist, dass Frauen schlechtbezahlten Jobs nachgehen oder auf Teilzeitbasis angestellt sind. Infolge der Einbußen bei Einkommen und Rentenbezügen von Frauen im Laufe ihres Lebens stürzt diese Lohndifferenz ältere Frauen in die Armut. 21% der Frauen ab 65 Jahren sind von Armut bedroht gegenüber 16% der Männer in der gleichen Situation. Um gleiche Rechte für Frauen und Männer zu gewährleisten, müssen sich die Mitgliedstaaten über bewährte Verfahren bei der Sicherstellung von Gleichstellung austauschen. Darüber hinaus möchte ich auf die Erfordernis pädagogischer Programme in Schulen hinweisen, damit die Stereotypen von Frauen nicht weitergegeben werden.

**Livia Járóka (PPE), schriftlich.** – (HU) Die wichtigste Aufgabe in Bezug auf die Politik der Europäischen Union zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist die Bewertung der Erfolge und Misserfolge des vierjährigen Plans, der in diesem Jahr abgeschlossen wird und das Konzept einer neuen Strategie aufzeigt. Der Fahrplan, der im nächsten Jahr umgesetzt wird, muss genau wie der aktuelle Fahrplan verstärkt auf das Phänomen mehrfacher und „sektionaler“ Diskriminierung ausgerichtet sein und zudem den Aspekten von Frauenrechten in Bezug auf die Situation ethnischer Minderheiten besondere Beachtung schenken. Der Bericht weist zu Recht auf die negativen Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die Lage von Frauen hin, insbesondere was die Beschäftigung und das geschlechtsspezifische Lohngefälle betrifft. Für die neue Strategie ist es daher entscheidend, der wirtschaftlichen Bedeutung der Chancengleichheit von Frauen und Männern Beachtung zu schenken, da geschlechtsspezifische Diskriminierung nicht nur ungerecht ist, sondern zudem die Wirtschaft schwächt. Die Mitgliedstaaten und die betroffenen Unternehmen müssen aus diesem Grund aufgefordert werden, einerseits die Gleichstellung von Frauen und Männern in ihren Strategien zum Krisenmanagement zu berücksichtigen und andererseits von finanziellen Restriktionen, die zulasten der Chancengleichheit von Frauen und Männern gehen, abzusehen. Der nach 2010 in Kraft tretende Fahrplan muss an den Prioritäten der vorhergehenden Strategie festhalten und den Schwerpunkt vermehrt auf Aspekte legen, die dazu beitragen, die Armut und soziale Ausgrenzung, insbesondere in einem Europäischen Jahr, das diesem Themenbereich gewidmet ist, zu verringern. Die neue Strategie muss über einen konkreten Aktionsplan mit realistischen, nachprüfbaren Zielsetzungen verfügen. Darüber hinaus ist in Anbetracht ihrer Umsetzung eine effizientere Koordinierung zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten erforderlich.

## 17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

## **18. Schluss der Sitzung**

*(Die Sitzung wird um 22.50 Uhr geschlossen.)*